

Kathrin Philipps

Die Sowjetunion in der Einschätzung
westdeutscher Experten von den frühen
siebziger Jahren bis 1991

Staatsexamensarbeit 2007

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte

Gutachter: Prof. Dr. Dietmar Neutatz

Herausgegeben

vom Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München

▶ www.collegium-carolinum.de

im Auftrag des Fachrepositoriums für Osteuropastudien OstDok

▶ <https://www.vifaost.de/ostdok/>

Digitale Reihe der Graduierungsschriften OstDok

▶ [Universitäten Deutschland, Band 1](#)

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die Bayerische Staatsbibliothek

DOI: 10.23665/DRG-D/2007-1

Empfohlene Zitierweise

Philipps, Kathrin: Die Sowjetunion in der Einschätzung westdeutscher Experten von den frühen siebziger Jahren bis 1991. Staatsexamensarbeit. München 2013.

DOI: <https://dx.doi.org/10.23665/DRG-D/2007-1>



Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Collegium Carolinum e.V., München 2013

1. Einleitung 5

1.1 Thema 5

1.2 Methodisches Vorgehen und Aufbau der Arbeit 12

1.3 Forschungsstand 16

2. Die Sowjetunion in den siebziger und achtziger Jahren 18

2.1 Stagnation und Krise: die zweite Hälfte der Ära Brežnev 18

2.1.1 Partei und Ideologie 19

2.1.2 Gesellschaft und Kultur 21

2.1.3 Wirtschaft 23

2.1.4 Außenpolitik 25

2.2 „Interregnum“: Die Sowjetunion unter Andropov und Černenko 27

2.3 Von der Reformierung zum Ende der Sowjetunion: Die Ära Gorbačev 28

2.3.1 Perestrojka, Glasnost und „Neues Denken“ 29

2.3.2 Auflösungserscheinungen in Partei und Staat 31

2.3.3 Das Ende der Sowjetunion 344

3. Die Experten und ihr Forschungsumfeld 36

3.1 Der innenpolitische Kontext 36

3.1.1 Die siebziger Jahre 37

3.1.2 Die achtziger Jahre 40

3.2 Der institutionelle Kontext und die methodisch-theoretischen Rahmenbedingungen 42

3.2.1 Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) 43

3.2.2 Die Sowjetunion als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung 47

4. Quellenanalyse: Die Sowjetunion in der Einschätzung der Experten 52

4.1 Aufbau und Struktur der Jahrbücher *Sowjetunion* 52

4.2 Innenpolitik in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev 53

4.2.1 Partei, Macht und Ideologie 54

4.2.2 Bevölkerung, Dissens und Nationalitäten 59

4.3	Wirtschaft in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev	63
4.3.1	9. Planjahr fünf 1971-1975	64
4.3.2	10. Fünfjahresplan 1976-1980 und Beginn des 11. Planjahr fünf 1981-1985	67
4.4	Außenpolitik in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev	72
4.4.1	Zwischen Entspannung und Aufrüstung	73
4.4.2	Sowjetische Hegemonialpolitik	76
4.5	Über Andropov und Černenko zu Gorbačev	78
4.6	Innenpolitik unter Gorbačev	81
4.6.1	Reformversuche	82
4.6.2	Auflösungserscheinungen	84
4.7	Wirtschaft unter Gorbačev	87
4.7.1	Möglichkeiten der Perestrojka	88
4.7.2	Fehlschläge und Grenzen der Reformen	89
4.8	Außenpolitik unter Gorbačev	91
4.8.1	Aspekte des „Neuen Denkens“	92
4.8.2	Entwicklungen in Osteuropa	94
5.	Bewertung der Expertenarbeit	96
5.1	Leistungen und Versäumnisse	96
5.2	Die Rolle des Kontextes	105
6.	Fazit und Ausblick	112
7.	Quellen und Sekundärliteratur	116
7.1	Editierte Quellen	116
7.2	Quellen im Internet	117
7.3	Sekundärliteratur	117

1. Einleitung

1.1 Thema

„Aufgabe des Historikers ist es, sich vom Anderen, das ihm begegnet, etwas sagen zu lassen, anstatt es mit scheinbar aufgeklärten Vor-Einsichten zu erdrücken.“¹

Am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion nach 74 Jahren auf zu bestehen. Unspektakulär und unerwartet trat sie von der weltpolitischen Bühne ab und beendete damit das Experiment des ersten sozialistischen Staates der Weltgeschichte.² Im Gegensatz zu ihrer gewaltsamen Entstehung in der Oktoberrevolution 1917 vollzog sich ihre Auflösung überraschend friedlich. In der Forschungsliteratur ist von einem „implosionsartigen Zerfall des sowjetischen Imperiums“³ die Rede, von „schleichendem Selbstmord“⁴ und einem „perfektem systemischen Kollaps“⁵, der die zweite Welt- und Atommacht neben den USA zu Fall brachte und sowohl Politiker als auch Experten im Westen in Erstaunen versetzte.⁶

So hatte in der Tat kaum jemand den Zusammenbruch der Sowjetunion erwartet. Nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg war die Sowjetunion trotz ungünstiger Aus-

- 1 Baberowski, Jörg: Die Entdeckung des Unbekannten: Russland und das Ende Osteuropas. In: Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, hg. v. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart u. a. 2001, S. 9-42, hier S. 13.
- 2 Vgl. Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 31). München 2001, S. 1.
- 3 Franzke, Jochen: Imperium unter dem roten Banner. Überlegungen zum Ende der Sowjetunion. In: WeltTrends 6/1995, S. 55-75, hier S. 57.
- 4 Horn, Hannelore: Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen. In: Osteuropa 1/1993, S. 33-43, hier S. 35.
- 5 Plaggenborg, Stefan: Macht und Ohnmacht der Sowjetunion. In: Russlands langer Weg zur Gegenwart, hg. v. Gottfried Schramm. Göttingen 2001, S. 70-83, hier S. 70.
- 6 Vgl. Laqueur, Walter: Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945-1992. München 1992, S. 681-682.

gangsbedingungen zu einer den USA in vielerlei Hinsicht ebenbürtigen Supermacht aufgestiegen, die der westlichen kapitalistischen Welt im Kalten Krieg antagonistisch gegenüberstand. Auch wenn durchaus offensichtlich war, dass das Land neben internationalen Erfolgen sowie rüstungs- und wirtschaftstechnischen Leistungen sehr viele Defizite und Rückständigkeiten aufwies, attestierte man ihm dennoch über lange Zeit hinweg Stabilität.⁷ Die Möglichkeit eines Untergangs der Sowjetunion sei bis kurz vor Schluss von kaum jemandem in der westlichen Politik und dem Hauptstrom der Osteuropawissenschaften in Betracht gezogen worden, so die heute weit verbreitete Überzeugung.⁸

Das jähe Wegfallen ihres bisherigen Untersuchungsgegenstandes stellte die westlichen Osteuropawissenschaften vor eine Neuorientierung. Vor allem musste sie sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, die sowjetische Entwicklung nicht besser vorhergesehen zu haben. Bereits kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte Gerhard Simon, selbst langjähriger Sowjetunionexperte, anklagend fest: „Die Osteuropawissenschaft hat versagt.“⁹ In seinen weiteren Ausführungen machte er den Forschern seines Faches schwerwiegende Vorwürfe:

„Sie [die Osteuropawissenschaft] hat nicht nur den Umbruch nicht vorausgesehen, was vielleicht verzeihlich ist. Große Teile der Osteuropawissenschaft sind in den vergangenen Jahrzehnten damit beschäftigt gewesen, die Konsolidierung, Stabilität, Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit sowie manchmal sogar die Vorbildlichkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa herauszuarbeiten. [...] Die Osteuropawissenschaft hat sich also nicht nur als unfähig erwiesen, das herannahende Ende des kommunistischen Systems zu erkennen, sie hat – jedenfalls in beträchtlichen Teilen ihrer wissenschaftlichen Bemühungen – Nachdruck und Augenmerk genau auf das Gegenteil von dem gelegt, was schließlich eintrat. Sie hat nicht nur keinen Beitrag zur Erkenntnis von Realität geleistet, sie hat sogar gezielt zur Ver-

7 Vgl. Plaggenborg: Macht und Ohnmacht, S. 71, sowie Simon, Gerhard: Die Desintegration der Sowjetunion. In: Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion, hg. v. Alexander Demandt. München 1997, S. 174-210, hier S. 177.

8 Vgl. zu dieser Einschätzung Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 174-177. Bonwetsch, Bernd: Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht. In: Osteuropa 7/1992, S. 551-563, hier S. 551, sowie Simon, Gerhard/Simon, Nadja: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1993, S. 10-11.

9 Simon, Gerhard: Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 52-53/1992, S. 32-38, hier S. 32.

schleierung der Realität beigetragen. Die Osteuropawissenschaft hat in erheblichem Umfang auf die falsche Karte gesetzt. Dieser Sachverhalt wird auch dadurch nicht besser, dass er zur Zeit weitgehend verschwiegen wird.¹⁰

Wie Simon weiter ausführt, sei man sich der Mängel des sowjetischen Systems durchaus bewusst gewesen, aber dennoch von einer langfristigen Stabilität des Landes ausgegangen. Damit habe man sich zum einen in Übereinstimmung mit dem Zeitgeist befunden, der sich seit den sechziger Jahren nach und nach mit dem Status quo in Europa angefreundet habe und dem der Gedanke einer Konvergenz zwischen Ost und West nicht fremd war. Zum anderen seien eine falsche theoretische Herangehensweise, beispielsweise die Übertragung der Untersuchungsmethoden der westlichen Industriegesellschaften auf die Verhältnisse des osteuropäischen Sozialismus, wie auch die Quellenproblematik weitere spezifische Gründe für das Versagen der Experten gewesen.¹¹

Die von Simon intendierte Diskussion über die zurückliegenden Erfolge und Fehlleistungen innerhalb der Osteuropawissenschaften kam trotz der vorwurfsvollen Töne erst einige Jahre später und auch nicht in derselben Schärfe wie in den USA im Zuge einer allgemeinen Orientierungsdebatte des Faches zustande.¹² 1997 und 1998 fand in der Fachzeitschrift *Osteuropa* eine Auseinandersetzung statt, die von einem polemischen Beitrag Assen Ignatows in Gang gesetzt worden war.¹³ Im Zentrum der sich anschließenden kontroversen Debatte standen neben den Zukunftsperspektiven der Osteuropawissenschaften in erster Linie die theoretischen und methodischen Her-

10 Simon: Die Osteuropaforschung, S. 32.

11 Vgl. ebd., S. 32-34.

12 Zwar wurde immer wieder auf Konferenzen und in wissenschaftlichen Gremien auch durchaus selbstkritisch über die Probleme diskutiert, insgesamt fand jedoch keine bilanzierende Debatte über das Selbstverständnis des Fachs statt. Vgl. dazu Creuzberger, Stefan, Ingo Mannteufel u. a.: Osteuropaforschung im Umbruch. Motive, Hintergründe und Verlauf einer Fachdebatte in Deutschland. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 13-23, hier S. 15.

13 Vgl. Ignatow, Assen: Osteuropaforschung: Fehler der Vergangenheit aufarbeiten. Einige theoretisch-methodische Lehren aus dem Zusammenbruch des Kommunismus. In: *Osteuropa* 10-11/1997, S. 1099-1114. Ignatow versucht in seinem Aufsatz in recht aggressiver Weise, ein Urteil über die „richtige“ Theorie zur Erklärung des Kommunismus zu fällen. Wie es scheint, ging es ihm dabei allerdings weniger um eine Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit als vielmehr um eine Abfertigung sozialwissenschaftlicher Ansätze in der Osteuropaforschung und eine Rechtfertigung der Totalitarismustheorie. Die Reaktionen auf Ignatows Beitrag sind zu einem großen Teil in folgendem Sammelband zusammengefasst: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000.

angehensweisen des Faches an seinen Untersuchungsgegenstand sowie die Frage nach der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften im Allgemeinen.

Der Diskussionsverlauf in allen Einzelheiten ist an dieser Stelle nicht von Belang. Als Fazit und Ausgangspunkt für meine Arbeit sollen jedoch folgende grundlegenden Ergebnisse festgehalten werden: Offenbar herrscht auch heute noch keine Einigkeit unter den Wissenschaftlern hinsichtlich der in der Vergangenheit eingesetzten Methoden und Theorien zur Erforschung der Sowjetunion. Wie anhand der Diskussionsbeiträge von Ignatow, Bremer u. a., Umbach sowie Christophe u. a.¹⁴ deutlich zu erkennen ist, wird unter den Vertretern der Totalitarismustheorie und den Verfechtern der sozialwissenschaftlichen Ansätze vielmehr nach wie vor heftig und zum Teil mit harscher Kritik um das „richtige“ Erklärungsmodell gestritten. Kontroverse Meinungen existieren darüber hinaus auch in Bezug auf die Beurteilung der Prognosefähigkeiten der Osteuropawissenschaften. Der Ansicht von Anweiler, Baberowski und Beyrau, die Prognose von Ereignissen sei definitiv nicht Aufgabe der wissenschaftlichen Arbeit von Historikern, Soziologen und Politologen, daher könne der Osteuropaforschung kein Versagen vorgeworfen werden¹⁵, steht die Auffassung von Vogel gegenüber, es sei aber zumindest möglich, aus der Beobachtung von Ereignissen auf eventuelle weitere Entwicklungen hinzuweisen und die „Bugwelle von Problemen, deren Turbulenzen dann Trend- und Strukturbrüche auslösen können“¹⁶, zu erkennen.

14 Vgl. Ignatow: Osteuropaforschung, S. 1100-1112. Bremer, Thomas, Wim van Meurs u. a.: Vorwärts in die Vergangenheit? Zur Zukunft der Osteuropaforschung. In: Osteuropa 4/1998, S. 408-416, hier S. 408-412. Umbach, Frank: Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 211-224, hier S. 220 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 800-813), sowie Christophe, Barbara/Legutke, Annette: Vorwärts und nicht vergessen! Zur Zukunft der Osteuropaforschung. In: Osteuropa 11-12/1998, S. 1202-1207, hier S. 1202.

15 Vgl. Steininger, Andreas: Osteuropaforschung – gestern heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 263-271, hier S. 266 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 759-766). Baberowski, Jörg: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 27-42, hier S. 34 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 784-799), sowie Beyrau, Dietrich: Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplinen im Dschungel der Wissenschaften. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 43-51, hier S. 43 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 10/1998, S. 1041-1049).

16 Vogel, Heinrich: Transformation in Russland und Probleme der politikbezogenen Forschung. Thesen. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 205-210, hier S. 207 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 767-772). Siehe dazu auch einen Beitrag von Manfred Hildermeier, der nicht unmittelbar an der Diskussion beteiligt war: Hildermeier, Manfred: Osteuropäische

Dieser Meinung ist auch Ignatow, indem er feststellt, dass von Sozialwissenschaftlern sicherlich keine Zukunftsprognosen mit genauen temporalen und räumlichen Bestimmungen erwartet werden dürften, aus den Entwicklungen des Untersuchungsgegenstandes gezogene Schlussfolgerungen für die Zukunft aber im Bereich des Möglichen lägen.¹⁷

Insgesamt fällt auf, dass die Wissenschaftler in ihrer zum Teil sehr polemisch geführten Diskussion über die zurückliegende Forschungsarbeit kaum auf konkrete Beispiele einstiger Sowjetunionanalysen eingehen. Zwar werden das Werk des sowjetischen Dissidenten Andrej Amalrik sowie die Einschätzungen Zbigniew Brzezinskis als Einzelfälle erfolgreicher Sowjetunionforschung genannt¹⁸, des Weiteren versäumen es Assen Ignatow und Fritjof Meyer nicht, in diesem Zusammenhang auf ihre eigenen Arbeiten hinzuweisen.¹⁹ Es finden sich jedoch an keiner Stelle Hinweise darauf, dass eine systematische, sich über die Forschungsarbeiten der vergangenen Jahrzehnte erstreckende Auseinandersetzung mit den Analysen der Experten über die Sowjetunion stattgefunden hätte, die eine Bewertung der vergangenen Forschung überhaupt stichhaltig machen würde. Wie es scheint, hat man sich bislang damit begnügt, anhand teilweise doch recht pauschaler Urteile und mit dem Hinweis auf die Prognoseunfähigkeit der Sozialwissenschaften die Forschungsarbeit von mehreren Jahrzehnten abzuhandeln, ohne jemals differenziert untersucht zu haben, wie die Experten die sowjetische Entwicklung über die Jahre hinweg tatsächlich bewerteten, und ob ihr Versagen wirklich so groß gewesen ist, wie ihnen dies im Nachhinein von vielen Seiten vorgeworfen wurde. An dieser Stelle möchte ich daher mit meiner Fragestellung ansetzen: Wie haben die Experten die Sowjetunion *konkret* eingeschätzt? Haben sie die „Bugwelle von Problemen“, die dem Zusammenbruch vorangegangen

Geschichte an der Wende. Anmerkungen aus wohlwollender Distanz. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46, 1/1998, S. 244-256, besonders S. 244.

17 Vgl. Ignatow: Osteuropaforschung, S. 1112.

18 Vgl. Umbach: Zukunftsperspektiven, S. 211 und Sharman, Jason C.: Vorhersage und Vergleich. Zur Osteuropaforschung in den USA. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 189-204, hier S. 191 (erstmalig veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 821-836). Andrej Amalrik hatte schon früh den Untergang der Sowjetunion prophezeit, als Ursache allerdings eine kriegerische Auseinandersetzung mit China vermutet. Vgl. Amalrik, Andrej: Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Zürich 1970. Zbigniew Brzezinski ging in seinem Werk von 1969 davon aus, dass das sowjetische System unter Schwächen leide, die sein Überleben auf lange Sicht unmöglich machen würden; er gab aber im Gegensatz zu Amalrik keinen konkreten Zeitrahmen für seine Einschätzungen an. Vgl. Brzezinski, Zbigniew: Dilemmas of Change in Soviet Politics. New York 1969.

19 Vgl. Ignatow: Osteuropaforschung, S. 1112 und Meyer, Fritjof: Nicht die Osteuropaforschung hat versagt... In: Osteuropa 2/1998, S. 173-177, hier S. 174.

ist, erkannt oder haben sie tatsächlich „auf die falsche Karte gesetzt“ und die Entwicklungen in der Sowjetunion in einem gänzlich falschen Licht gesehen? Was *könnte* zeitgeschichtliche Sowjetunionforschung überhaupt leisten, was waren die Ausgangs- und Rahmenbedingungen ihrer Forschungsarbeit?

Vor dem Hintergrund der etablierten öffentlichen Meinung, die Osteuropawissenschaftler hätten den Untergang der Sowjetunion nicht vorhergesehen, und der Auffassung eines großen Teils der Diskussionsteilnehmer, solche Prognosen hätten auch nicht zum Aufgabenbereich der damaligen Experten gehört, daher müsse man sich auch nicht mit ungerechtfertigten Vorwürfen auseinandersetzen²⁰, könnte man nun denken, eine Beschäftigung mit solchen Fragen sei im Prinzip müßig. Nichtsdestotrotz erscheint es mir – gerade angesichts des doch sehr pauschalen Vorwurfs des Versagens – sinnvoll, den einstigen Expertenbeobachtungen etwas genauer auf den Grund zu gehen und zu schauen, wie die Entwicklung der Sowjetunion über die Jahre hinweg tatsächlich eingeschätzt wurde. Des Weiteren bietet der bloße Hinweis auf die Unmöglichkeit sozialwissenschaftlicher Prognosen meiner Ansicht nach keinen Anlass dafür, die nachträgliche Beschäftigung mit den einstigen Einschätzungen der Sowjetunionexperten für abgeschlossen oder gar sinnlos zu erklären; dies vor allem nicht, da einer kritischen Diskussion im Prinzip das Fundament in Form einer umfassenden Untersuchung der vergangenen Sowjetunionforschung fehlt. Daher möchte ich im Rahmen meiner Arbeit versuchen, die zuvor aufgeworfenen Fragen anhand einer umfassenden Analyse der Einschätzungen westdeutscher Experten über die Sowjetunion von den frühen siebziger Jahren bis 1991 zu beantworten. Auf diese Weise soll ein Beitrag zur Aufarbeitung der Sowjetunionforschung geleistet werden, der in der Beschäftigung mit dem Thema bislang noch nicht existiert.

Die Grundlage für meine Untersuchung bilden die seit 1973 vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln herausgegebenen Jahrbücher *Sowjetunion*²¹. Diese Jahrbücher *Sowjetunion* eignen sich aufgrund folgender Tatsachen für eine genauere historiographiegeschichtlich motivierte Quellenuntersuchung: Zum ersten ist ihre inhaltliche Kontinuität von Vorteil, da diese eine durchgehende Analyse der zeitgeschichtlichen Dokumentation der sowjetischen Ent-

20 Stellvertretend für diese Ansicht sei hier die Aussage Jörg Baberowskis zitiert: „Es ist nicht Aufgabe der Historiker, die Zukunft zu deuten und sich in rückwärtsgewandter Prophetie zu üben [...] Es ist deshalb auch vergebliche Mühe, sich mit Vorwürfen dieser Art [Vorwürfen des Versagens] auseinanderzusetzen.“, s. Baberowski: *Das Ende der Osteuropäischen Geschichte*, S. 34.

21 *Jahrbuch Sowjetunion 1973-1991*, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 11 Bände. München u. a. 1974-1991.

wicklung seit den siebziger Jahren ermöglicht. Des Weiteren sind die Jahrbücher als interdisziplinäres Projekt angelegt worden, an dem Wissenschaftler aus den Geschichts- und Politikwissenschaften, der Soziologie, den Wirtschaftswissenschaften, der Slawistik sowie den Rechtswissenschaften beteiligt waren. Somit wird ein breites Spektrum an Sichtweisen auf die Sowjetunion abgedeckt. Darüber hinaus stand das BIOst als dem Bund zugeordnete Einrichtung der Osteuropaforschung an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft, so dass sich aufgrund des Interesses der Politik an langfristigen Einschätzungen interessante und durchaus auch zukunftsgerichtete Analysen der Sowjetunion erwarten lassen.

Für den gewählten Untersuchungszeitraum sprechen folgende Gründe: In der heutigen Forschung ist man sich weitgehend darüber einig, dass in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Brežnevs, somit seit den frühen siebziger Jahren, die problematischen Entwicklungen in verschiedenen Bereichen des sowjetischen Staates offensichtlich wurden. Prozesse der Degeneration gab es nicht erst seit Gorbačevs *Perestrojka*, sondern schon im vorangegangenen Jahrzehnt.²² In ihren Wurzeln teilweise bis in die Zeit der Entstehung und Ausformung des bolschewistischen Sowjetstaates und vor allem auf die unter Stalin geschaffenen Strukturen zurückgehend, traten sie seit dem Anfang der siebziger Jahre immer deutlicher zu Tage, akkumulierten und verstärkten sich in den Folgejahren und führten letztendlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991.²³ Da sie somit als die oben zitierte „Bugwelle von Problemen“ angesehen

22 Vgl. dazu Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 192-193; Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991: Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 827 und S. 1014. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 10, sowie Oldenburg, Fred: Glasnost, Perestrojka und neues Denken. Rahmenbedingungen und Praxis sowjetischer Außenpolitik unter Gorbatschow. In: Russland – Sowjetunion – Russland. Hundert Jahre russische Außenpolitik, hg. v. Elisabeth Vyslonzil und Paul Leifer (= Wiener Osteuropastudien, Bd. 10). Frankfurt/Main 1999, S. 115-152, hier S. 119.

23 Die Frage, woran der Sowjetsozialismus letztendlich scheiterte, ist in der Forschung kontrovers diskutiert. Der Ansicht, das Ende der Sowjetunion sei vermeidbar gewesen, Gorbačevs Politik habe die Sowjetunion zum Zusammenbruch geführt und ohne Perestrojka und Glasnost würde es den sowjetischen Staat immer noch geben, steht die Überzeugung gegenüber, dass sich über die Jahre hinweg die vielen negativen Entwicklungen in allen Bereichen gegenseitig verstärkt hätten und ihre Akkumulation letztendlich zum Kollaps der Sowjetunion geführt habe. Die Perestrojka habe in dieser Hinsicht als Katalysator gewirkt, sei aber nicht der alleinige Grund für den Zusammenbruch. Vgl. stellvertretend für die zuerst genannte Meinung Dallin, Alexander: Causes of the Collapse of the USSR. In: The Structure of Soviet History. Essays and Documents, hg. v. Ronald Grigor Suny. New York u. a. 2003, S. 549-564, besonders S. 551 und S. 560-562 (erst-mals veröffentlicht in: Post-Soviet Affairs VIII, 4/1992, S. 279-302). Für die gegensätzliche Auffassung seien an dieser Stelle die Arbeiten von Manfred Hildermeier und Gerhard Simon genannt:

werden können, erscheint es mir als sinnvoll, die Untersuchung zu diesem Zeitpunkt anzusetzen.

1.2 Methodisches Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Mit den zuvor angestellten Überlegungen spannt sich ein weites und nicht unproblematisches Feld auf. Die Beschäftigung der Osteuropaforscher mit der Sowjetunion fand im Kontext des Kalten Krieges statt. Die Konfrontation der Blöcke prägte die Entwicklung und die Forschungsbedingungen des Faches entscheidend. Weitaus stärker als andere Wissenschaftsdisziplinen waren die Osteuropawissenschaften von der jeweils herrschenden politischen Konjunktur und von gesamtgesellschaftlichen Interessen und Werten abhängig.²⁴ Mit der Bedeutung des Kontextes für die Genese wissenschaftlicher Aussagen wird ein Charakteristikum zeitgeschichtlicher Forschung deutlich, das bei der nachträglichen Bewertung ihrer Erfolge oder Fehlleistungen nicht übersehen werden darf.²⁵ Dies gilt insbesondere dann, wenn eine Forschungsinstitution wie das BIOst eng mit der operativen Politik verbunden war. Wie Wolfgang

Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 156 und S. 161, sowie Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 192. Auch Stefan Plaggenborg und Helmut Altrichter vertreten diese Ansicht, gehen allerdings noch einen Schritt weiter, indem sie die Wurzeln eines Großteils der Fehlentwicklungen in der Entstehungszeit der Sowjetunion verorten, vgl. Plaggenborg: Macht und Ohnmacht, S. 71-83. Ders.: Die Sowjetunion – Versuch einer Bilanz. In: Osteuropa 7/2001, S. 761-777, hier S. 762-764. Ders.: Experiment Moderne: Der sowjetische Weg. Frankfurt/Main 2006, S. 47-48, sowie Altrichter, Helmut: Die Auflösung der Sowjetunion. In: Das Ende von Großreichen (= Erlanger Studien zur Geschichte, Bd. 1), hg. v. Helmut Altrichter und Helmut Neuhaus. Erlangen u. a. 1996, S. 283-310, hier S. 302. Grundlegend für meine Arbeit ist das Verständnis der Entwicklungszusammenhänge und -kausalitäten, wie sie von Hildermeier, Simon, Plaggenborg und Altrichter dargelegt wurden.

- 24 Vgl. Kreuzberger u. a.: Osteuropaforschung im Umbruch, S. 13. Konkret zur politikbezogenen Wissenschaft vgl. die Anmerkung von Anweiler: „Diese Profession, deren Aufgabe es geworden ist, jene realen Vorgänge in ihren verschiedenen Verästelungen, in ihren Ursachen und voraussetzlichen Folgen akribisch zu erfassen und wenn möglich plausibel zu machen, steht den Vorgängen in Osteuropa nicht in einer interesselosen Distanz gegenüber. Ihre Urteile und Bewertungen werden umso stärker ‚politisch‘ sein, je geringer die zeitliche Distanz ist und je politischer der Gegenstand selbst ist.“, s. Anweiler, Oskar: Aspekte und Probleme der Osteuropaforschung seit 1945. In: Osteuropa 8-9/1980, S. 673-687, hier S. 686.
- 25 Vgl. dazu Kleßmann, Christoph: Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung. In: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, hg. v. Martin Sabrow, Ralph Jessen u. a. München 2003, S. 240-262, hier S. 244 und S. 249.

J. Mommsen betont, bringt der Historiker – und meiner Ansicht nach nicht nur der Historiker, sondern jeder Wissenschaftler, der sich mit zeitgeschichtlichen Fragestellungen beschäftigt, sei es nun aus historischer, politologischer oder soziologischer Perspektive – Kategorien, Hypothesen und Theorien in den Erkenntnisprozess mit ein, die aus seiner Standortbezogenheit resultieren.²⁶ Aus dieser Situation heraus ergeben sich die möglichen Fragen, die man an den Untersuchungsgegenstand stellt. Es ist für die Analyse der Einschätzungen der Experten daher grundlegend, sich in ihren Fragehorizont einzuarbeiten und den Kontext zu definieren, der ihre Sichtweise auf die Sowjetunion bestimmt hat.²⁷ Nur so ist eine sinnvolle Untersuchung und anschließende gerechte Bewertung ihrer Forschungsergebnisse möglich. Vor diesem Hintergrund bietet sich für den Aufbau meiner Arbeit die im Folgenden dargestellte Vorgehensweise an:

Für die historische Einbettung der Fragestellung wird die sowjetische Geschichte im gewählten Untersuchungszeitraum zunächst einführend skizziert. Die Darstellung kann aufgrund der großen Zeitspanne von zwei Jahrzehnten nur in Grundzügen erfolgen und nicht mehr als einen Überblick bieten. Sie konzentriert sich dabei auf die Schilderung der Strukturen und Ereignisse im innenpolitischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich, die nach dem heutigen Forschungsstand in ihrer Gesamtheit letzten Endes zum Zusammenbruch der Sowjetunion geführt haben. Diese Gesamtüberschau liefert somit das nötige Hintergrundwissen für die Einordnung der Experteneinschätzungen in den historischen Kontext und dient als Spiegel für die sich anschließende Bewertung der Untersuchungsergebnisse.

Der Hauptteil der Arbeit gliedert sich in drei große Bereiche: in die Charakterisierung des Forschungsumfeldes der Experten, die sich anschließende umfassende Quellenanalyse und -interpretation und die darauf folgende Bewertung der Experteneinschätzungen. Die dabei leitenden methodischen Überlegungen entstammen dem Vorgehen der Qualitativen Inhaltsanalyse. Bei diesem Textauswertungsverfahren handelt es sich nicht um eine spezielle theoretisch fundierte Methodologie, sondern vielmehr um eine Art „Instrumentenkasten zum pragmatischen Umgang mit Tex-

26 Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis. In: Objektivität und Parteilichkeit (= Theorie der Geschichte: Beiträge zur Historik, Bd. 1), hg. v. Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen u. a. München 1977, S. 441-468, hier S. 445.

27 Vgl. Baberowski, Jörg: Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault. München 2005, S. 121.

ten²⁸, der je nach Untersuchungsgegenstand und Fragestellung somit verschiedene Vorgehensweisen anbietet. Folgende Aspekte aus dem Verfahren der Qualitativen Inhaltsanalyse sind für mein Untersuchungsvorhaben von Bedeutung: Für eine umfassende Untersuchung und Interpretation von Texten ist es wesentlich, den Kontext ihrer Entstehung zu erforschen und diesen in Bezug zu den Textinhalten zu setzen.²⁹ Die meisten Texte werden nicht zum Zweck der späteren Auswertung verfasst, sondern sind in ihrer Entstehung vielmehr in reale soziale Prozesse eingebettet, die sich in den Inhalten niederschlagen.³⁰ Dies gilt auch für die Jahrbücher *Sowjetunion*, die mit dem Ziel publiziert wurden, Lageanalysen für die operative Politik bereitzustellen und der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich in fachlich vertieften und fundierten Untersuchungen über die Sowjetunion zu informieren.³¹ Eine grundlegende Prämisse der qualitativen Inhaltsanalyse ist somit, dass solche prozessgenerierten Daten und Informationen nicht als neutrale Zeitzeugen betrachtet werden können, sondern bei ihrer Analyse eine Hinterfragung des Entstehungszusammenhangs und des Kontextes³² – somit des Forschungsumfeldes, des Forschungsvorhabens und der Forschungsbedingungen der Sowjetunionexperten – erfordern. Dazu muss in einem ersten Schritt der innenpolitische Hintergrund in der BRD in den siebziger und achtziger Jahren in Grundzügen geklärt werden. Des Weiteren ist die Darstellung des institutionellen Kontextes der Expertenarbeit von Bedeutung, ebenso wie die Erläuterung der methodischen und theoretischen Forschungsgrundlagen. Auf diese Weise wird der Rahmen abgesteckt, in dem sich die Experten mit ihren Forschungsarbeiten bewegt haben, und zugleich die Grundlage erarbeitet, auf der die Expertenarbeit schlussendlich bewertet werden soll.

In einem zweiten Schritt erfolgt die eigentliche Quellenanalyse vor dem Hintergrund der zuvor bereits formulierten Erkenntnisinteresse: Wie haben die Experten die Sowjetunion konkret eingeschätzt? Waren sie in der Lage, langfristige als auch kurzfristige Entwicklungen, die 1991 zum Kollaps des Systems führten, in ihrer Problematik zu erkennen, oder haben sie die Vorgänge in der Sowjetunion gänzlich falsch

28 Behnke, Joachim, Nina Baur u. a.: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn 2006, S. 341, sowie des Weiteren Kriz, Jürgen und Ralf Lisch: Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse. Bestandsaufnahme und Kritik. Hamburg 1978, S. 29.

29 Vgl. Behnke u. a.: S. 340, und Merten, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. 2. verb. Aufl. Opladen 1995, S. 15.

30 Vgl. Behnke u. a.: Empirische Methoden, S. 272.

31 Vgl. Buchholz, Arnold: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Osteuropa 8-9/1980, S. 948-956, hier S. 954.

32 Vgl. Behnke u. a.: Empirische Methoden, S. 274.

bewertet? Die Untersuchung der Experteneinschätzungen ist dabei in zwei große, zeitlich abgegrenzte Blöcke aufgeteilt, die wiederum jeweils in Anlehnung an die in den Jahrbüchern vorgenommene Aufteilung in drei thematische Abschnitte gegliedert sind: Innenpolitik, Wirtschaft und Außenpolitik werden zuerst für die zweite Hälfte der Ära Brežnev und anschließend für die Regierungszeit Gorbačevs untersucht. Das „Interregnum“ Andropovs und Černenkos stellt die Überleitung zwischen diesen beiden großen Zeitspannen dar. Aufgrund des sehr umfangreichen Quellenmaterials können nicht alle dargebotenen Informationen für die Analyse und Interpretation berücksichtigt werden. Den Text in all seinen Einzelheiten zu untersuchen, ist allerdings für die zugrunde gelegte Fragestellung auch nicht von Nutzen. Der Fokus der Untersuchung richtet sich vielmehr ausgehend von den erkenntnisleitenden Fragestellungen auf die Abschnitte des Textes, an denen die Experten Einschätzungen in Bezug auf Probleme und weitere Entwicklungen der Sowjetunion in den verschiedenen Bereichen äußern.

In einem dritten und letzten Schritt sollen die gewonnenen Erkenntnisse vor dem Hintergrund der zugrunde liegenden Leitfragen bewertet werden. Dies geschieht im Abgleich mit den in Kapitel 2 aufgeführten ausschlaggebenden Strukturen, Prozessen und Ereignissen, die von der heutigen Forschung als wesentlich für die sowjetische Entwicklung der siebziger und achtziger Jahre sowie für den Zusammenbruch erachtet werden. Die Tatsache, dass rückblickende Erkenntnis der Geschichte eine andere, neue Kontur verleiht³³ und es auch durchaus Dinge gibt, die aus der Perspektive der Experten nicht so wahrgenommen und mit Bedeutung versehen wurden, wie dies mit den heutigen Kenntnissen möglich ist, ist bei der Bewertung natürlich zu berücksichtigen. Ausgehend von der Annahme, dass Inhalte, die unter bestimmten Bedingungen formuliert werden, diese auch reflektieren³⁴, ist bei der Urteilsbildung des Weiteren darauf zu achten, inwiefern das in Kapitel 3 skizzierte Forschungsumfeld die Experten eventuell in ihren Sichtweisen auf die Sowjetunion beeinflusst hat und sich in ihren Einschätzungen widerspiegelt.

33 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 13.

34 Vgl. Merten: Inhaltsanalyse, S. 33.

1.3 Forschungsstand

Der Forschungsstand zum gewählten Thema lässt sich folgendermaßen charakterisieren: Es gibt eine ganze Reihe an Arbeiten, die sich mit der Wahrnehmung der Sowjetunion durch verschiedene westdeutsche Institutionen wie beispielsweise die Presse oder durch die Bevölkerung beschäftigen. Sie sind zum größten Teil noch zu Zeiten der Sowjetunion oder kurz nach ihrem Ende entstanden und legen ihren thematischen Schwerpunkt auf Aspekte wie die Wahrnehmung der Bedrohung durch die Sowjetunion oder die Entwicklung sowjetunionbezogener Feindbilder.³⁵ Arbeiten, die darauf abzielen, die Wahrnehmung und Einschätzung der Sowjetunion durch westdeutsche Sowjetunionwissenschaftler vor dem Hintergrund des allgemein überraschenden sowjetischen Zusammenbruchs zu untersuchen, existieren jedoch keine. Dies ist insofern verwunderlich, als dass in den Folgejahren nach dem Ende der Sowjetunion die Stimmen derer immer lauter wurden, die eine Aufarbeitung der von der Sowjetunionforschung geleisteten Arbeit der letzten Jahrzehnte forderten. Die Fachdiskussion in *Osteuropa* stellte den Höhepunkt dieser Auseinandersetzung mit vergangenen Leistungen und Versäumnissen dar. Wie in Kapitel 1.1 angedeutet, wurde dabei insgesamt recht pauschal über die Erfolge und Fehler der damaligen Sowjetunion- und Osteuropawissenschaftler geurteilt. Von der strittigen Frage, ob Prognosen überhaupt Aufgabe der Osteuropaforschung gewesen seien, einmal abgesehen, entbehrt dieses Urteil jedoch einer fundierten Grundlage, denn es liegt bislang keine Untersuchung vor, die sich umfassend und in einem langfristig angelegten Analysezeitraum mit den Be-

35 Als Beispiele seien stellvertretend genannt: Lapins, Wulf-Winrich: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse: dargestellt am Beispiel der „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutschen Zeitung“ und „Die Zeit“ im Untersuchungszeitraum 1975-1981. Diss. Bonn 1982. Linn, Gottfried: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse: dargestellt am Beispiel „Die Welt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ im Untersuchungszeitraum 1975-1981. Diss. Bonn 1983. Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre, hg. v. Carl-Christoph Schweitzer. Baden-Baden 1989. Schössler, Dietmar: Militär und Politik. Das Sowjetunionbild in der sicherheitspolitischen Analyse. Koblenz 1983. Birckenbach, Hanne-Margret: Wahrnehmungsmuster in den Ost-West-Beziehungen. Der Wandel der Perzeption der Sowjetunion in der Bundesrepublik. In: Friedensgutachten, hg. v. Klaus von Schubert, Egon Bahr u. a. Heidelberg 1988, S. 71-82, sowie Weller, Christoph: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion (= Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 18). Tübingen 1992.

obachtungen auseinandersetzt, die westdeutsche Experten über Jahre hinweg in Hinblick auf die weitere Entwicklung der Sowjetunion angestellt hatten.

Auch das von Imanuel Geiss publizierte und auf den ersten Blick viel versprechend klingende Werk „Zukunft als Geschichte. Historisch-politische Analysen und Prognosen zum Untergang des Sowjetkommunismus, 1980-1991“ aus dem Jahr 1998 kann diesen Beitrag nicht leisten, denn bei näherem Hinsehen entpuppt es sich als eine Sammlung eigener Analysen und Prognosen des Autors, der sich in einer unschönen Selbstbeweihräucherung als verkannter einsamer Prophet darstellt³⁶ und seinen Fachkollegen „ideologische Blindheit“³⁷ vorwirft. An vielen Stellen finden sich polemische Spitzen gegen Wehler, Kocka und Habermas, die mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun haben, sondern aus dem Kontext des Historikerstreits heraus resultieren.³⁸ Ungeachtet der Korrektheit oder Falschheit der angebotenen Analysen erschöpft sich die Bearbeitung dieses Themas meiner Ansicht nach nicht in einer Aufreihung von Prognosen (schon gar nicht von ausschließlich eigenen), die zudem noch von einer polemischen Abrechnung mit anders denkenden Kollegen flankiert wird.

Eine Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema ist vor dem skizzierten Hintergrund daher gerechtfertigt und sinnvoll, um die nach wie vor bestehende Lücke in der Aufarbeitung westdeutscher Experteneinschätzungen über die Sowjetunion zumindest ein Stückweit zu schließen.

36 Vgl. Geiss, Imanuel: Zukunft als Geschichte. Historisch-politische Analysen und Prognosen zum Untergang des Sowjetkommunismus, 1980-1991 (= Historische Mitteilungen, Beiheft 30). Stuttgart 1998, S. 31 und S. 300-305.

37 Vgl. ebd., S. 286.

38 Vgl. ebd., S. 285-299.

2. *Die Sowjetunion in den siebziger und achtziger Jahren*

2.1 **Stagnation und Krise: die zweite Hälfte der Ära Brežnev**

Wie eingangs bereits angedeutet, ist der Scheitelpunkt zwischen der ersten, noch von Reformversuchen geprägten und durchaus erfolgreichen Phase der Regierungszeit Brežnevs und der zweiten Hälfte seiner Ära, die zunehmend von Problemen und Stillstand gekennzeichnet war, zu Beginn der siebziger Jahre anzusiedeln.³⁹ Das kurze „goldene Zeitalter“ der UdSSR in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und internationaler Hinsicht ging Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre „bruchlos in den Herbst der Sowjetunion“ über.⁴⁰

Nach dem Sturz Chruščevs hatte die Amtszeit Brežnevs als eine Phase der Konsolidierung begonnen. Der neue Regierungschef versuchte, nach den überstürzten Reformen seines Vorgängers die Sowjetunion wieder in ruhigeres Fahrwasser zu lenken und zu stabilisieren. Auch wenn die Notwendigkeit von Reformen weiterhin bestand, verzichteten Brežnev und Kosygin bei ihren Wirtschaftsreformen auf tiefgehende Neuerungen, die Veränderungen am Staatsapparat und der Vorherrschaft der Partei mit sich gebracht hätten. Stattdessen setzte die sowjetische Doppelspitze auf eine weitere Festigung der Macht und stabile, berechenbare Verhältnisse. Das Reformbemühen war daher lediglich von kurzlebigen Erfolgen gekrönt und führte in der Folgezeit nicht zur erwünschten Stabilität, sondern vielmehr zu einer zunehmenden Bewegungslosigkeit des Führungsapparats, die dem eigenen Machterhalt diente⁴¹: „Der Apparat und seine Spitze richteten sich in einem Zustand ein, der von der ange-

39 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 827.

40 So Plaggenborg: Die Sowjetunion, S. 764.

41 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 19-20.

strebten Konfliktregulation in sklerotische Trägheit hinüber glitt.“⁴² Diese „Agonie des Brežnev-Regimes“⁴³ resultierte in einer Art Problemstau, der mit den Jahren immer akuter wurde und mit dem Ende der Regierungszeit Brežnevs einen kritischen Höhepunkt erreichen sollte.

Nachfolgend sollen die wichtigsten Entwicklungen der Sowjetunion in diesen Jahren, aufgeteilt in die Bereiche Partei und Ideologie, Gesellschaft und Kultur, Wirtschaft sowie Außenpolitik in ihren Grundzügen kurz umrissen werden.

2.1.1 Partei und Ideologie

Die zweite Hälfte der Regierungszeit Brežnevs wird im Rückblick häufig als eine Periode der „Stagnation“ gekennzeichnet.⁴⁴ Angewendet auf die Partei und ihre politische Handlungs- und Leistungsfähigkeit ist dieser Einschätzung durchaus zuzustimmen. Bis zum Ende der Amtszeit Brežnevs regierte eine Generation von Funktionären das Land, die vor dem Ersten Weltkrieg geboren worden war und die unter Stalin ihre politische Karriere begonnen hatte. Ihre spezifische Sozialisation zusammen mit der zunehmenden Vergreisung der Führungsriege führte zu einer Immobilität sowohl in körperlicher als auch in geistiger Hinsicht, die weit reichende Veränderungen in Politik und Systemkonzeption ausschloss.⁴⁵ Charakteristisch für die innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion in diesen Jahren ist die zunehmende Kompliziertheit und Aufgeblätheit der Verwaltungsapparate. In diesem Zusammenhang gewann die Nomenklatura immer mehr an Einfluss und etablierte sich als eine geschlossene, zu Selbstrekrutierung und Korruption neigende Schicht, die sämtlichen Reformen hinderlich im Wege stand, um auf diese Weise den Fortbestand von Macht und Privilegien zu sichern.⁴⁶

42 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 827. Siehe dazu auch Malia, Martin: The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917-1991. New York 1994, S. 355.

43 Geyer, Dietrich: Der Zerfall der Sowjetunion in historischer Perspektive. In: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entstehung – Entwicklung – Probleme, hg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart u. a. 1992, S. 27-36, hier S. 30.

44 Vgl. Kenez, Peter: A History of the Soviet Union from the Beginning to the End. Cambridge 1999, S. 218.

45 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 79.

46 Vgl. Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 187-188. „Das Sowjetsystem wurde zu einem Selbstbedienungsladen für die Nomenklatura.“ Ebenso Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 930-931.

Die wesentliche legitimierende Grundlage für das Herrschaftsmonopol der KPdSU war die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Sie gehörte somit zu den tragenden Säulen des Sowjetstaates. Endziel der Entwicklung der Sowjetunion sollte der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft sein; dieses statische Endziel nahm jedoch in der Regierungszeit Brežnevs immer mehr einen illusionären Charakter an.⁴⁷ Die Kluft zwischen Theorie und Wirklichkeit in allen Bereichen des staatlich-gesellschaftlichen Lebens wurde stetig größer⁴⁸ und die Überzeugungs- und Mobilisierungskraft der Ideologie, mit der man unter Stalin und Chruščev noch große Teile der Bevölkerung für den Aufbau des Sozialismus hatte aktivieren können, begann zu schwinden.⁴⁹ Je mehr Zeit verstrich, ohne dass sich an den als rückständig empfundenen Verhältnissen grundlegend etwas änderte, desto weniger ließen die Menschen sich mit Verweisen auf die kommende Blütezeit des Sozialismus trösten. Während Chruščev optimistisch verkündet hatte, der Sozialismus habe gesiegt und der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft stünde bevor, so lebte man unter Brežnev bereits nur noch im „entwickelten Sozialismus“.⁵⁰

Die Krise der Ideologie bedeutete also gleichzeitig auch eine Krise der Parteiherrschaft. Das Regime definierte sich in vielerlei Hinsicht mit Hilfe der Ideologie durch Leistungen, die noch in ferner Zukunft lagen; durch diese wurden die Versäumnisse der Gegenwart gerechtfertigt. So stand die Führung im Laufe der siebziger Jahre, als die Fehlentwicklungen des Landes nicht mehr zu verbergen waren, immer deutlicher unter Legitimationsdruck.⁵¹ An dieser Situation konnten auch die zu Beginn der siebziger Jahre einsetzende ideologische Restauration und die neue Sozialpolitik kaum etwas ändern. Mit dem Verfall der integrativen Funktion der Ideologie und der Krise der Parteiherrschaft hatte eine zentrale Klammer für den Zusammenhalt der Sowjetunion zu bröckeln begonnen; in das entstehende Vakuum drängten nach und nach die erstarkenden Nationalbewegungen.⁵²

47 Vgl. Malia: *The Soviet Tragedy*, S. 365, sowie Plaggenborg: *Experiment Moderne*, S. 81-119. Plaggenborg spricht in diesem Zusammenhang von einem „Zeitproblem“ des Sowjetsozialismus, vgl. S. 81.

48 Vgl. Horn: *Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems*, S. 36.

49 Vgl. Simon: *Die Desintegration der Sowjetunion*, S. 185.

50 Vgl. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 956.

51 Vgl. Simon: *Die Desintegration der Sowjetunion*, S. 186-187.

52 Vgl. ebd., S. 187 sowie S. 193.

2.1.2 Gesellschaft und Kultur

Der sowjetischen Gesellschaft ging es in der Ära Brežnev insgesamt besser als jemals zuvor.⁵³ Verantwortlich dafür war eine Sozialpolitik, die den Sowjetbürgern eine Vielzahl sozialer Garantien versprach: Neue Rentengesetze wurden eingeführt, der Staat zahlte für Kinderkrippen und reformierte das Gesundheitswesen, es gab bessere Bildungschancen und mehr Wohnraum, die Preise für Grundnahrungsmittel wurden unter großen finanziellen Belastungen des Staates mit gewaltigen Summen subventioniert sowie die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten.⁵⁴ In gesellschaftlicher Hinsicht erreichte die Sowjetunion somit zu Beginn der siebziger Jahre ein wichtiges Etappenziel in ihrem Bemühen um Modernisierung und Überwindung der Rückständigkeit.⁵⁵

Mit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre änderte sich die Situation allerdings grundlegend. Zweierlei Ursachen waren dafür hauptverantwortlich: Zum einen führten die andauernde Agrarkrise und das nachlassende Wirtschaftswachstum dazu, dass es immer weniger zu kaufen gab und die alltäglichen Konsumwünsche der Bevölkerung nicht mehr befriedigt werden konnten. Aufgrund der steigenden Realeinkommen verdiente der Durchschnittsbürger mehr als vorher, ohne das Geld jedoch für Konsumgüter ausgeben zu können⁵⁶; eine Tatsache, die zu einem Kaufkraftüberhang und einer verstärkten Inflation führte. Zum anderen hatte ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess begonnen, der nicht nur zu einer sozialen Umschichtung, sondern auch zu einem Wertewandel führte⁵⁷: So hatten in der sowjetischen Nachkriegsgeneration nicht zuletzt aufgrund der immer intensiveren wirtschaftlichen und kommunikativen Verflechtung mit den westlichen Ländern neue Maßstäbe Eingang in die Beurteilung des eigenen Lebensstandards gefunden.⁵⁸ Zudem setzten die besseren Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten Wahrnehmungen frei, die über den zuvor alles bestimmenden Horizont des Überlebens hinausgingen.⁵⁹ In dem Maß, wie die subjektiven Ansprüche der Bürger zunahmen, klaffte die Schere zwischen Erwartung und Realität immer weiter auf, wurde die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer

53 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 82.

54 Vgl. Plaggenborg: Die Sowjetunion, S. 776.

55 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 899.

56 Vgl. ebd., S. 911.

57 Vgl. ebd., S. 902 und S. 904. Auch Plaggenborg betont die große Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen, s. Plaggenborg: Die Sowjetunion, S. 776.

58 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 899-900.

59 Vgl. ders.: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 84, des Weiteren Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 190.

offensichtlicher: Die Sowjetbürger begannen, an der Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Sozialismus zu zweifeln.⁶⁰ Unter den Bedingungen der abnehmenden Wirtschaftskraft kam die unzureichende Leistungsfähigkeit des Sozialsystems umso deutlicher zum Tragen. Der „einzige soziale Kitt“ zwischen Bevölkerung und Regime begann zu erodieren und der Brežnevsche „Gesellschaftsvertrag“ – staatliche Sozialleistungen gegen Regimetreue und Loyalität – geriet ins Wanken.⁶¹

Im kulturellen Bereich herrschte unter Brežnev wieder eine strengere Aufsicht, Kontrollen und Zensurmaßnahmen wurden deutlich verschärft. Es war allerdings schwieriger geworden, die Bevölkerung in ideologischer Hinsicht zu bevormunden und zu kontrollieren, denn die neuen technischen Mittel der Massenkommunikation ermöglichten einen besseren Zugang zu Informationen vor allem auch aus dem Westen.⁶² Hildermeier spricht sogar im Zuge der außenpolitischen Öffnung der Sowjetunion von einer Durchlöcherung des Eisernen Vorhangs durch die neuen Kommunikationstechniken.⁶³ Charakteristisch für die Ära Brežnevs waren die so genannten Dissidenten, die „Andersdenkenden“, die den begrenzten, vom Regime gezwungenermaßen tolerierten Freiraum nutzten, um Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Zuständen zu üben. Die Dissidentenbewegung erstreckte sich jedoch lediglich auf einen kleinen Teil der Intelligenz, der in sich sehr heterogen war und kaum konkrete politische Konzepte und Lösungen für die kritisierten Schief lagen im Staat anzubieten hatte. Groß war jedoch die moralische Bedeutung im Inland und das internationale Echo, das die Dissidenten fanden, wobei Samizdat (Selbstverlag) und Tamizdat (Dortverlag) eine wichtige Plattform der Andersdenkenden darstellten. Die Regierung begegnete diesen non-konformen Einstellungen mit verstärkten Repressionen. Es gelang ihr aber nicht, diese im Keim zu ersticken.⁶⁴

60 Vgl. Plaggenborg: Experiment Moderne, S. 230-234, des Weiteren Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 898, sowie Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 190.

61 So dargestellt von Plaggenborg: Die Sowjetunion, S. 776-777.

62 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 900 und S. 931.

63 Vgl. ebd., S. 971.

64 Vgl. ebd., S. 952 und S. 970-974 sowie ders.: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 86-87, des Weiteren Kenez: A History of the Soviet Union, S. 223.

2.1.3 *Wirtschaft*

Zu Beginn der siebziger Jahre wurde in der Sowjetunion die wohl beste Versorgungslage der Nachkriegszeit erreicht. Spätestens gegen Ende des Jahrzehnts war der Optimismus der Parteiführung jedoch bereits wieder verfliegen, denn mit dem Abschluss des 10. Fünfjahresplans (1976-1980) hatte das volkswirtschaftliche Gesamtwachstum den Nullpunkt fast erreicht. Die vorgenommenen Maßnahmen hatten aufgrund ihrer halbherzigen Konzeption und der schlechten Umsetzung – wenn überhaupt – nur temporäre Verbesserungen erreichen können.⁶⁵ Im Ergebnis konnte das rapide Absinken der Wachstumsraten in der industriellen Produktion auch durch Maßnahmen, die auf eine verbesserte Wirtschaftsplanung und eine Produktivitätserhöhung durch zusätzliche Anreize abzielten, nicht verhindert werden.⁶⁶

Das System der zentral gesteuerten Planwirtschaft hatte sich in der Vergangenheit zwar als geeignet erwiesen, mit großem Kraftaufwand und einer forcierten extensiven Nutzung aller Ressourcen die Rückständigkeit der Wirtschaft in einer vergleichsweise kurzen Zeit zu verringern. Es war jedoch langfristig nicht fähig, den Erfordernissen einer sich modernisierenden Wirtschaft gerecht zu werden, als die außerordentlichen Anforderungen zurückgegangen waren und sich die „Normalität“ einstellte.⁶⁷ Der technologische Rückstand zum Westen wurde auf diese Weise immer größer, lediglich Produkte, die für militärische Zwecke produziert wurden, konnten mit der Weltmarktentwicklung zumindest einigermaßen mithalten.⁶⁸ Zudem wurde es immer schwieriger, die zunehmend komplexer werdende Wirtschaft im Detail zu planen. Die erforderliche größere Selbständigkeit der Betriebe war schwer mit dem Monopol der Partei auf die zentrale Kontrolle der Wirtschaft zu vereinbaren.⁶⁹ Mit der weiteren Festigung seines Regimes kehrte Brežnev den unter Kosygin eingeführten Wirt-

65 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 80.

66 Vgl. Plaggenborg: Die Sowjetunion, S. 773.

67 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 899 und S. 1081-1082.

68 Vgl. Götz, Roland: Strukturerbe und Systemtransformation in der früheren UdSSR: Erfahrungen der Perestrojka. In: Aussenpolitik 45, 2/1994, S. 166-175, hier S. 168.

69 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 879, sowie allgemeiner S. 1011: „Wie man es auch dreht und wendet – in der ein oder anderen Form hat sich der Grundgedanke bewahrheitet, dass die Erfordernisse funktionaler Effizienz zunehmend komplexer Organisationen und technisch anspruchsvoller Produkte auf Dauer nicht mit der monopolistischen Herrschaft einer Einheitspartei und noch weniger mit zentraler Anweisungs- und Planungskompetenz [...] zu vereinbaren waren.“ Zur Unfähigkeit des sowjetischen Systems, die Anforderungen der Weiterentwicklung in den verschiedenen Bereichen des Staates zu bewältigen, siehe auch Plaggenborg: Experiment Moderne, S. 49.

schaftsreformen den Rücken: „Damit siegte nicht nur die Trägheit des Apparats über die Innovation, sondern auch ideologische Konformität über Pragmatismus und die politisch erwünschte Konzentration der Entscheidungen in den obersten Lenkungsbehörden über die überfällige Flexibilisierung des im Kern stalinistischen Systems.“⁷⁰

Als besonders problematisch im Kampf um die wirtschaftliche Produktivität erwiesen sich die Faktoren Arbeit und Kapital: Aufgrund des rückläufigen Bevölkerungswachstums waren die Arbeitskraftreserven im Laufe der siebziger Jahre ausgeschöpft. Diese Verknappung eines zentralen Produktionsfaktors hätte unter Umständen durch seine effizientere Nutzung aufgefangen werden können. Dazu fehlten jedoch das nötige Kapital sowie die technologischen Innovationen.⁷¹ Dies lag unter anderem auch daran, dass die Schwer- und die Rüstungsindustrie in der wirtschaftlichen Planung eine Vorzugsrolle genossen. Der Status als Supermacht und der Rüstungswettkampf mit den USA erforderte auf diesen Gebieten einen hohen Kapitaleinsatz.⁷² Finanziell kostspielig waren darüber hinaus das Engagement in den Ländern der Dritten Welt sowie die sowjetischen Satellitenstaaten, deren Planwirtschaften von der Sowjetregierung über die Jahre hinweg unterstützt werden mussten.⁷³ Diese Investitionspolitik, die die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten bei weitem überforderte⁷⁴, ging jedoch auf Dauer auf die Kosten der Bevölkerung und ihrer Konsumwünsche. Auch in der Landwirtschaft war die Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft mit den frühen siebziger Jahren an ihre Grenzen gestoßen. Trotz hoher Investitionen ging die Entwicklung in diesem Bereich letzten Endes in Stillstand über. Nicht nur eine Reihe von Missernten 1972 und 1975, sondern vor allem auch die Tatsache, dass die Investitionen nicht richtig genutzt wurden und in der Landwirtschaft ebenso wenig wie in der Industrie der Übergang zum intensiven Wirtschaften gelingen wollte, spielte dabei eine entscheidende Rolle.⁷⁵

Um eine Verbesserung der Gesamtsituation herbeizuführen, hätte die Sowjetführung strukturelle Veränderungen im Wirtschaftssystem vornehmen müssen. Dies war jedoch im Rahmen der bestehenden politischen Gesamtordnung nicht möglich, denn

70 Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 882.

71 Vgl. ders.: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 80-81.

72 Vgl. Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 190, sowie Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1089.

73 Vgl. Plaggenborg: Experiment Moderne, S. 319, sowie Franzke: Imperium unter dem roten Banner, S. 68. „Den Weltmachtambitionen der sowjetischen Führer folgte ein globales Überengagement, das sich als Fass ohne Boden erwies.“

74 Vgl. Bonwetsch: Das Ende der Sowjetunion, S. 555.

75 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 888-892.

die zentrale Planwirtschaft stellte ein wichtiges Mittel der Herrschaftssicherung dar.⁷⁶ Somit fiel die Krise der Wirtschaft auf den Staat zurück und machte einmal mehr das Versagen der allmächtigen Partei offensichtlich.

2.1.4 Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik währte sich die Sowjetunion Anfang der siebziger Jahre im Aufwind, denn man sah sich in rüstungstechnischer Hinsicht auf einer Ebene mit dem amerikanischen Kontrahenten.⁷⁷ Im Rahmen der von den westlichen Ländern betriebenen Entspannungspolitik zeigte sich die Sowjetführung auf Grundlage der seit Chrusčev verfolgten Politik der „Friedlichen Koexistenz“ daher zunehmend verhandlungsbereit. Als großer Erfolg wurde auf sowjetischer Seite die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1. August 1975 gewertet, denn zum einen ging mit dem so genannten „Korb I“ der lang gehegte sowjetische Wunsch nach Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa in Erfüllung, zum anderen wurde mit „Korb II“ die Zusammenarbeit zwischen West und Ost vor allem in wirtschaftlichen Angelegenheiten vertraglich geregelt.⁷⁸ Mit der Zustimmung zu „Korb III“, der Grundsatzregelungen über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte festlegte, wagte sich die Sowjetunion in innenpolitischer Hinsicht allerdings auf gefährliches Terrain, denn auf diese Weise gab sie den Dissidenten ein Druckmittel in die Hand, auf das diese sich in der Folgezeit mit ihren Forderungen immer wieder bezogen und das auch in den verschiedenen Verhandlungen mit dem Westen ab sofort aufgrund seiner Nicht-Einhaltung immer wieder eine Rolle spielen sollte.⁷⁹

Die Ergebnisse der KSZE können als Höhepunkt der Entspannungspolitik angesehen werden, die vor allem in den frühen siebziger Jahren das Verhältnis zwischen Ost und West bestimmte. Der politischen Entspannung durch die mit der BRD abgeschlossenen Ostverträge 1970-72 folgte der Versuch einer militärischen Entspannung, der sich in Abrüstungsverhandlungen über die Begrenzung der Strategischen Offen-

76 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 106 und 110-111, sowie Kenez: A History of The Soviet Union, S. 219.

77 Vgl. Plaggenborg: Experiment Moderne, S. 229.

78 Vgl. Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. Zweite Auflage, München 1989, S. 203, sowie Malia: The Soviet Tragedy, S. 378.

79 Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 204 sowie Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1002.

sivwaffen (SALT 1) sowie über die Verringerung der Anzahl der Abwehrraketen (ABM) zwischen den beiden Supermächten UdSSR und USA manifestierte.⁸⁰ Doch bereits gegen Ende der siebziger Jahre verhärteten sich die Fronten zwischen Ost und West erneut. Gründe dafür waren unter anderem Differenzen bezüglich der Einhaltung der Rüstungsbeschränkungen, die 1979 zur Verkündung des NATO-Doppelbeschlusses führten, der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember desselben Jahres und der unter dem neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan 1981 erfolgte Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik.⁸¹

Seit Beginn der sechziger Jahre hatte sich die Konfrontation zwischen den Supermächten mehr und mehr in die Länder der Dritten Welt verlagert. Neben dem Wunsch nach der Vermeidung einer direkten kämpferischen Auseinandersetzung in einem Atomkrieg spielten dabei auf beiden Seiten auch politische, wirtschaftliche und militärisch-geostrategische Interessen eine große Rolle.⁸² Der daraus resultierende Machtzuwachs war jedoch – wie bereits im vorigen Kapitel dargestellt – angesichts des enormen finanziellen Aufwandes trügerisch. Zusammen mit den ökonomischen Belastungen, die die Unterstützung der sozialistischen Länder Osteuropas mit sich brachte, hatte die Sowjetunion mehr auf sich genommen, als sie zu tragen fähig war. Hannes Adomeit spricht in diesem Zusammenhang von einem „imperial overstretch“.⁸³ Dass der Zusammenhalt eines so großen Einflussbereichs mit der Zeit die Fähigkeiten der Sowjetunion übersteigen könnte, hatte sich bereits 1968 in der Tschechoslowakei gezeigt.⁸⁴ 1981 war ein militärisches Vorgehen in Polen jedoch nicht mehr möglich: Aufgrund der internationalen Verpflichtungen und den inneren Problemen konnte die Sowjetunion nicht mehr militärisch gegen die Unruhen vorgehen, ohne ihre Rolle und ihr Ansehen in der Welt zu gefährden.⁸⁵

80 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 90, sowie Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Lizenzausgabe Bonn 2007, S. 393-400.

81 Vgl. Stöver: Der Kalte Krieg, S. 408-409 und S. 416.

82 Vgl. ebd., S. 314.

83 „Imperial overstretch“: „The expansion of Soviet control to areas that initially contributed to the reconstruction of the Soviet Union but then became a serious economic liability.“ Adomeit bezieht diesen Sachverhalt insbesondere auf die DDR, sieht ihn aber auch für die anderen Länder im sowjetischen Einflussgebiet als gegeben an, vgl. Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 48), hg. v. der Stiftung Wissenschaft und Politik. Baden-Baden 1998, S. 12.

84 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 998.

85 Vgl. Plaggenborg: Experiment Moderne, S. 291-298.

2.2 „Interregnum“⁸⁶: Die Sowjetunion unter Andropov und Černenko

Als Leonid I. Brežnev am 10. November 1982 schwer krank in hohem Alter starb, hinterließ er seinen Nachfolgern ein schwieriges Erbe. Es waren vor allem die akuten wirtschaftlichen Defizite und die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die zum Handeln zwangen, um die Sowjetunion vor dem „drohenden Infarkt durch Stillstand“⁸⁷ zu retten. Der begonnene Afghanistan-Krieg und die amerikanische Aufrüstung trugen zu einer bedeutenden Verschärfung der inneren Probleme der Sowjetunion bei.⁸⁸ Das stark überalterte Politbüro war jedoch weder geistig noch physisch in der Lage, diese Probleme in den Angriff zu nehmen. Jurij V. Andropov, einstiger KGB-Chef und nach dem Tode Brežnevs neuer Generalsekretär der KPdSU, zeigte Bemühungen um eine autoritäre, systemimmanente Lösung der Probleme. Nach den Jahrzehnten der Bewegungslosigkeit versprach er im Rahmen der „Politik der stabilen Kader“ und der bestehenden Ordnung Kontinuität und Innovationsbereitschaft zugleich.⁸⁹ Bereits als kranker Mann ins Amt gewählt, verstarb er jedoch Anfang 1984, ohne große Veränderungen bewirkt zu haben. Das gleiche Schicksal war seinem Nachfolger Konstantin U. Černenko beschieden, der schwerkrank bereits nach einem Amtsjahr starb. Wie Hildermeier treffend feststellt, stand das Politbüro 1985 somit vor dem Scherbenhaufen der Brežnevschen Personalpolitik, denn „stabile Kader“ hatten sich als senile erwiesen.⁹⁰

Die Probleme der Sowjetunion waren unterdessen im Verlaufe des „Interregnums“ Andropovs und Černenkos nicht geringer geworden. Wer auch immer die Geschichte des Landes fortan führen sollte, würde es nicht leicht haben. Mit dem neuen Generalsekretär Michail S. Gorbačev sollte sich das Blatt jedoch entscheidend wenden.

86 So bezeichnet von Kenez: *A History of the Soviet Union*, S. 243.

87 Hildermeier: *Die Sowjetunion 1917-1991*, S. 81.

88 Vgl. Simon u. a.: *Verfall und Untergang*, S. 17.

89 Vgl. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1014-1016 und S. 1018.

90 Ebd., S. 1021.

2.3 Von der Reformierung zum Ende der Sowjetunion: Die Ära Gorbačev

Noch zu Lebzeiten Černenkos hatte Gorbačev bereits im Hintergrund agiert.⁹¹ Als Mann mit Charisma und rhetorischer Begabung sowie angesichts seines vergleichsweise jugendlichen Alters unterschied er sich in vielerlei Hinsicht deutlich von seinen greisen Vorgängern.⁹² Aufgrund der akuten Krisensymptome des Staates stand er seit Beginn seines Amtsantritts unter großem Handlungsdruck. Anders als Brežnev, Andropov und Černenko verfügte er jedoch über die Entschlossenheit, die Probleme auch tatsächlich anzugehen. Bei der Durchführung von Reformen sollte allerdings nach wie vor strikt an den konstitutiven Säulen des Sowjetsystems – der marxistisch-leninistischen Ideologie, dem Machtmonopol der KPdSU und der zentralen Planwirtschaft – festgehalten werden.⁹³ Obwohl Gorbačev sich nicht scheute, viele Mängel beim Namen zu nennen, ging er somit zumindest zu Beginn seiner Amtszeit davon aus, dass die Missstände in der Sowjetunion im Rahmen des bestehenden Systems behoben werden könnten.⁹⁴

Die Ära Gorbačev ist mittlerweile fest mit den Begriffen der *Perestrojka* (Umgestaltung) und der *Glasnost* (Transparenz, Offenheit) verbunden, unter denen sich die Grundzüge der Gorbačevschen Reformpolitik subsumieren lassen. Ein weiteres Schlagwort für die Neuorientierung im Bereich der Außenpolitik ist der Begriff des „Neuen Denkens“. Wie Brežnev begann auch Gorbačev mit ökonomischen Reformen. Als sich diese bald als wirkungslos erwiesen, wurden immer weitere Maßnahmen in wirtschafts-, gesellschafts-, partei- und außenpolitischer Hinsicht auf den Weg gebracht, die jedoch zunehmend an den Fundamenten des Systems rüttelten und in ihrer Gesamtheit schließlich eine radikale Richtung einnahmen, die ihr Urheber bei

91 Vgl. Kenez: A History of the Soviet Union, S. 243 und Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 93.

92 Treffend charakterisiert von Hildermeier: „Als erster sowjetischer Politiker von Rang seit den zwanziger Jahren wirkte er nicht wie die Verkörperung eines Aktenvorganges, sondern lebendig und gewinnend.“, s. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1020.

93 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 30-33.

94 Vgl. Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Lizenzausgabe Bonn 2006, S. 682-863. Wie Helmut Altrichter anmerkt, deutete bei der Wahl Gorbačevs nichts darauf hin, dass er anderes als die Stabilisierung und Erneuerung des Sowjetsystems im Sinn gehabt hätte, vgl. Altrichter: Die Auflösung der Sowjetunion, S. 287.

der Konzeption weder eingeplant noch gewollt hatte, und die ihn letzten Endes überrollen sollten.⁹⁵

2.3.1 *Perestrojka, Glasnost und „Neues Denken“*

Gorbatschow führte zunächst Reformen in den Apparaten der Wirtschaftsverwaltung sowie Disziplinierungskampagnen durch. Damit versuchte er, sowohl in der Verwaltung als auch in der Produktion die Effizienz zu steigern. Berühmt geworden ist in diesem Zusammenhang sein Kreuzzug gegen den Alkoholkonsum des sowjetischen Volkes.⁹⁶ Die erwünschten Wirkungen der Reformansätze blieben jedoch aus. Die weiterhin sinkenden Wachstumsraten der Industrieproduktion machten mehr als deutlich, dass die bisher vorgenommenen Maßnahmen ihren Zweck verfehlt hatten und mit den gewohnten Methoden nicht länger weitergewirtschaftet werden konnte.⁹⁷ Gorbačev erkannte schnell, dass für die Realisierung seines Grundvorhabens, eine wesentliche Beschleunigung des ökonomischen und sozialen Fortschritts zu erreichen, die Zustimmung und Mitarbeit der Bevölkerung unabdingbar war. Um die geplante Umgestaltung – *Perestrojka* – im wirtschaftlichen Bereich zum Erfolg zu führen, musste die Motivation der Menschen, sich für die propagierten Ziele zu engagieren, gesteigert werden. *Glasnost* für die sowjetischen Bürger war dabei das Rezept, das Gorbačev für sinnvoll hielt, um im wirtschaftlichen Bereich dem Niedergang entgegenzuwirken.⁹⁸

Mit dieser neuen „Offenheit“, die seit dem Beginn des Jahres 1986 im Sowjetalltag Einzug hielt, war jedoch keinesfalls eine umfassende Presse- und Meinungsfreiheit beabsichtigt.⁹⁹ Intendiert war vielmehr ein kontrollierter Wandel nach den Maßgaben der Obrigkeit; den Bürgern sollte der Zugang zu „ausgewählten Wahrheiten“ ermöglicht werden.¹⁰⁰ Dennoch stellte sich innerhalb von kürzester Zeit das her, was das alte Regime zuvor mit den Mitteln der Zensur stets zu unterdrücken versucht hatte und was weit über die ursprünglichen Absichten Gorbačevs hinausging: eine disku-

95 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 34, ebenso Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 93-94.

96 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1022.

97 Vgl. Bonwetsch: Das Ende der Sowjetunion, S. 553.

98 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1022-1023.

99 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 44.

100 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1025.

tierende Öffentlichkeit und eine bemerkenswerte Meinungsfreiheit.¹⁰¹ Damit hatte der Generalsekretär eine Lawine losgetreten, die er nicht mehr in den Griff bekommen sollte. Zeitungen schossen wie Pilze aus dem Boden, nicht länger bestimmte die Partei über die Inhalte der Medienberichterstattung. Im Rahmen der *Glasnost* wurden in der folgenden Zeit das propagandistische Selbstbild als auch das Geschichtsbild der Sowjetunion durch die Hinwendung zur Wirklichkeit demontiert.¹⁰² Wie Gorbachev lernen musste, ließ sich die neue „Offenheit“ auf längere Sicht nicht auf Teilbereiche begrenzen.¹⁰³ Lediglich Lenin und die Revolution von 1917 blieben nach wie vor ein Tabuthema.¹⁰⁴

In wirtschaftlicher Hinsicht stellte sich dennoch keine Besserung ein. Der 12. Fünfjahresplan (1986-1990), der in seinen Zielausgaben so bescheiden ausgefallen war wie bislang keiner seiner Vorgänger¹⁰⁵, konnte erneut nicht eingehalten werden. Gorbachev ging bei seiner Umstrukturierung der Wirtschaft zu zögerlich voran: Zwar versuchte er, Elemente aus der Marktwirtschaft in die zentrale Planwirtschaft zu integrieren, insgesamt beschränkte er seine Reformschritte jedoch auf Maßnahmen, die mit den Leninschen Grundsätzen und Ideen aus dem Repertoire der Neuen Ökonomischen Politik der zwanziger Jahre vereinbar waren. Aufgrund dieses Kompromisscharakters der Reformen konnte der Kern des Übels nicht beseitigt werden, es wurden lediglich wie bereits in den Jahren zuvor einige äußere Symptome kuriert.¹⁰⁶

Gegenstück zur *Perestrojka* im Inneren war in der Außenpolitik Gorbachevs das „Neue Denken“. Kurz nach seinem Amtsantritt nahm der Generalsekretär die Rüstungskontrollgespräche mit den USA zur Überraschung des Westens wieder auf.¹⁰⁷ Mitte Januar 1986 legte er ein umfangreiches Aktionsprogramm zur weltweiten Beseitigung aller Kernwaffen bis zur Jahrtausendwende vor. Obwohl die sowjetischen Aussagen zu Kontrolle und Durchführung der Abrüstung konkreter schienen als je zuvor, war man im Westen skeptisch über das plötzliche „Neue Denken“ in der Au-

101 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 95.

102 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 50-55, des Weiteren Malia: The Soviet Tragedy, S. 435: „Thus glasnost, which had been intended to revivify the system, had in fact undermined it by discrediting the myths that sustained it.“

103 Vgl. Bonwetsch: Das Ende der Sowjetunion, S. 554.

104 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1028-1029.

105 Vgl. Bonwetsch: Das Ende der Sowjetunion, S. 561.

106 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1030 und S. 1032-1033, sowie Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 106.

107 Vgl. Stöver: Der Kalte Krieg, S. 439.

ßenpolitik der Sowjetunion.¹⁰⁸ Die von Gorbachev geäußerten Gedanken über ein konstruktives Zusammenwirken der Kontrahenten zur Verhinderung eines nuklearen Infernos waren in der Tat nicht neu; neu war jedoch die Konsequenz, mit denen ihre Realisierung angegangen wurde. Aufgrund der inneren Misere des Landes war die Senkung der Rüstungsausgaben und somit ein Abbau des weltweiten Engagements dringend nötig.¹⁰⁹ Durch einseitige Vorleistungen versuchte der Generalsekretär, Zeichen zu setzen und die Spannungen im Verhältnis zur USA und dem europäischen Westen abzubauen, um sich selbst Freiraum und Ressourcen für seine Reformen im Inneren zu geben.¹¹⁰ Unterstützung für die Wirtschaft des eigenen Landes versprach er sich auch von einer Intensivierung des Außenhandels und der verstärkten Einführung westlicher Technologien.¹¹¹

Der Paradigmenwechsel in der sowjetischen Außenpolitik war zudem verbunden mit einer Neubewertung des Engagements in der Dritten Welt und der regionalen Konflikte, die die Beziehungen zu den USA seit den siebziger Jahren immens belastet hatten und sich in wirtschaftlicher Hinsicht als ein Fass ohne Boden herausstellten. Trotz des erfolgreichen Verlaufs der Abrüstungsverhandlungen, des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Mai 1988 sowie des allgemeinen Rückzugs aus den Staaten der Dritten Welt kam es jedoch nicht zu der erhofften spürbaren Entlastung und Redynamisierung der sowjetischen Wirtschaft.¹¹²

2.3.2 *Auflösungserscheinungen in Partei und Staat*

Da die bisher unternommenen Schritte zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme trotz *Glasnost*, „Neuem Denken“ und der Kombination von Elementen aus Markt- und Planwirtschaft auch aufgrund des zähen Widerstands in Partei und Bürokratie erfolglos geblieben waren, versuchte Gorbachev, durch Veränderungen im Parteiappa-

108 Man habe zunächst über die eigenen Vorurteile und Feindbilder springen müssen, so Stöver. Vgl. ders.: *Der Kalte Krieg*, S. 439.

109 Vgl. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1031. Wie Hildermeier an anderer Stelle betont, folgte Gorbachev beispielsweise mit dem Abschluss des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces; Vertrag zur Vernichtung aller Raketen mit einer Reichweite von 500-5500 Kilometer sowie zu deren Produktionsverbot) im Dezember 1987 zu einem großen Teil einem „Imperativ der Haushaltsbilanz“, vgl. ders.: *Die Sowjetunion 1917-1991*, S. 94.

110 Vgl. Oldenburg: *Die Deutschlandpolitik Gorbatschows*, S. 159.

111 Vgl. Kenez: *A History of the Soviet Union*, S. 251.

112 Vgl. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1032.

rat der Krise Herr zu werden.¹¹³ Ab 1987 nahm die *Perestrojka* somit auch eine politische Qualität an. Auf der XIX. Parteikonferenz im Juni 1988 wurden eine Reform des politischen Systems und eine weitere Demokratisierung von Partei und Gesellschaft beschlossen.¹¹⁴ Die Kompetenzen der zu Beginn der Regierungszeit Gorbachevs wieder eingeführten Sowjets sollten erweitert, die Machtbefugnisse des Parteiapparats hingegen eingeschränkt werden. Des Weiteren wurde die Einberufung einer obersten Gesetzgebenden Versammlung beschlossen, deren Mitglieder zu zwei Dritteln aus prinzipiell freien und allgemeinen Wahlen im April 1989 hervorgehen sollten.¹¹⁵ Man hoffte, auf diesem Wege in der Gesellschaft eine neue Vertrauensbasis für die Einparteiherrschaft zu schaffen und Bewegung in die bürokratische Erstarrung zu bringen.¹¹⁶ Mit dem so genannten Volksdeputiertenkongress und dem damit einhergehenden rudimentären politischen Pluralismus geriet das Machtmonopol der KPdSU jedoch gefährlich ins Wanken.¹¹⁷ Durch die Abschaffung des Systems der Nomenklatura verlor die Partei den Einfluss auf die Besetzung der wichtigen Positionen in Staat und Wirtschaft. Anfang 1990 wurde Artikel 6 über die führende Rolle der KPdSU aus der Verfassung gestrichen.¹¹⁸ Damit hatte die Partei ihren Alleinvertretungsanspruch endgültig abgegeben.¹¹⁹ Auch weitere personelle Umbesetzungen in der Partei sowie die Einführung eines neuen Präsidentenamtes im Frühling 1990, das vom Generalsekretär besetzt wurde, konnten an der miserablen Gesamtsituation des sowjetischen Staates nichts mehr ändern.¹²⁰

Die Lage der Wirtschaft hatte sich im Laufe des Jahres 1989 dramatisch verschlechtert. Es wurde offensichtlich, dass die *Perestrojka* an ihre Grenzen gestoßen war und die schlechte Lage nicht behoben, sondern sogar teilweise noch verschlimmert hatte. Geldüberhang, Inflation, wachsende Armut, Hunger und permanenter Mangel an den elementarsten Verbrauchs- und Gebrauchsgütern als unmittelbare Folgen des wirtschaftlichen Versagens erforderten von den Obersten des Landes, in Kürze radikale Sanierungsprogramme zu entwerfen. Eine Synthese aus verschiedenen

113 „Um die Wirtschaft reformieren zu können, musste sich die Partei zunächst einmal selbst reformieren.“, s. Judt: Die Geschichte Europas, S. 685.

114 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1034.

115 Vgl. ders.: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 96.

116 Vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 73, sowie ders.: Die Desintegration der Sowjetunion, S. 201.

117 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1035 und S. 1038.

118 Vgl. Götz: Strukturerbe und Systemtransformation, S. 173.

119 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1039.

120 Vgl. ders.: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 97.

Plänen trat am 19. Oktober 1990 in Kraft; ihr Kompromisscharakter verhinderte aber erneut einen durchschlagenden Erfolg.¹²¹

Zur wirtschaftlichen Misere kamen die Auflösungserscheinungen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs hinzu. Im Zuge des „Neuen Denkens“ war Gorbačev seit 1985 nach und nach von der Verbindlichkeit des allgemeingültigen Sowjetmodells abgewichen und hatte den sozialistischen Staaten Osteuropas Freiheit in der Auslegung des Sozialismus zugestanden. Die Konsequenzen aus dieser wachsenden Distanzierung und Kontrollaufgabe waren zunächst unklar.¹²² Mit dem Verzicht auf Intervention und mit dem Rückzug der sowjetischen konventionellen Streitkräfte aus den Staaten des Warschauer Paktes in den Folgejahren wurde jedoch dort 1989 der Weg zum Übergang der kommunistischen Einparteienherrschaften zu nicht-kommunistischen Mehrparteiensystemen frei; das sowjetische Imperium begann an den Rändern zu zerfallen.¹²³

Zusätzlich formierten sich, durch *Glasnost* und den freien Wahlkampf für den Volksdeputiertenkongress ermutigt und von Gorbačev in ihrer Bedeutung eindeutig verkannt, ab 1988 nationale Unabhängigkeitsbewegungen in den Völkern, die erst spät dem zaristischen bzw. sowjetischen Reich angeschlossen worden waren und die in ihren Wurzeln der russischen Kultur und Sprache am fernsten waren.¹²⁴ Da sich dort lang angestaute und unterdrückte Emanzipationsvorgänge geltend machen konnten, brachten diese Unabhängigkeitsbewegungen eine große Dynamik und sezessionistische Energie mit sich.¹²⁵ Nationale Manifestationen fanden zuerst in den baltischen und in den christlich-kaukasischen Republiken statt. Gorbačev war jedoch nicht willens, ihren Souveränitätsforderungen nachzugeben. Eine Neuauflage des Unionsvertrags sollte den Zusammenhalt der Sowjetunion retten. Dazu waren die Republiken jedoch nicht bereit. Als erstes erklärte Litauen am 11. März 1990 seine Unabhängigkeit, gefolgt von weiteren Republiken, darunter auch Mitte 1990 die Kernrepublik der Sowjetunion, die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.¹²⁶

121 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1042-1046.

122 Vgl. Judt: Die Geschichte Europas, S. 695.

123 Vgl. Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbačevs. In: 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, hg. v. Boris Meissner und Alfred Eisfeld. Berlin 1999, S. 121-178, hier S. 163-164, sowie Judt: Die Geschichte Europas, S. 728.

124 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 98, sowie Judt: Die Geschichte Europas, S. 691-692.

125 Vgl. Geyer: Der Zerfall der Sowjetunion, S. 30.

126 Vgl. Stöver: Der Kalte Krieg, S. 460-461.

2.3.3 *Das Ende der Sowjetunion*

Diese Entwicklungen blieben nicht ohne Konsequenzen für Gorbačev. Je größer die Eigendynamik seiner Reformen wurde, je mehr sie in eine Richtung liefen, die den Bestand der Sowjetunion zu unterminieren drohte, desto mehr musste er sich zum einen gegen die konservativen Kreise des Staats- und Parteiapparats, denen die Reformen viel zu weit gegangen waren, zur Wehr setzen, zum anderen die Reformkommunisten, denen die Reformen eben nicht weit genug gingen, auf Abstand halten. Dass er an die Grenzen seiner innenpolitischen Belastbarkeit gestoßen war, macht der versuchte Schwenk auf die konservative Seite Ende 1990 deutlich. Am 19. August 1991 putschte eine Gruppe aus Konservativen und Militärs gegen Gorbačev, der sich nur mit Hilfe seines Rivalen, des Reformkommunisten Boris N. El'cin, an der Macht zu halten vermochte.¹²⁷ Gerettet werden konnte damit jedoch nichts mehr – Gorbačev hatte sein Ziel, einen reformierten und effizienten Kommunismus zu schaffen, nicht erreicht. In den darauf folgenden Monaten übernahm El'cin immer deutlicher das Ruder. Am 8. Dezember gründete er die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Damit war die Sowjetunion überflüssig geworden.¹²⁸

Am 25. Dezember trat Gorbačev als Staatspräsident der UdSSR zurück; mit der Wirkung vom 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion auf zu bestehen.¹²⁹ Dass sie so lautlos und unblutig in sich zusammensank, lässt sich zum einen damit erklären, dass Gorbačev durch die Preisgabe des Führungsanspruchs der KPdSU sowie durch die Aufgabe der Brežnev-Doktrin und den Rückzug vom internationalen Parkett einen Gewaltverzicht angedeutet hatte, der für das friedliche Zusammensinken des Imperiums als Voraussetzung gesehen werden kann.¹³⁰ Zum anderen war der Kollaps der Sowjetunion das Ergebnis eines langfristigen historischen Degenerationsprozesses, der den Staat von innen ausgehöhlt und destabilisiert hatte.¹³¹ Verschiedene Faktoren in unterschiedlichen Bereichen spielten zusammen und akkumulierten sich in ihrer Wirkung, je schneller die Talfahrt der Sowjetunion wurde. Dabei wurden die Säulen

127 Vgl. Stöver: *Der Kalte Krieg*, S. 462.

128 Vgl. Hildermeier: *Die Sowjetunion 1917-1991*, S. 99.

129 Vgl. Stöver: *Der Kalte Krieg*, S. 462, sowie Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1053-1059.

130 Vgl. Judt: *Die Geschichte Europas*, S. 723.

131 Vgl. Simon: *Die Desintegration der Sowjetunion*, S.185. Altrichter stellt in diesem Zusammenhang treffend fest, „dass die Sowjetunion Anfang der 90er Jahre von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt wurde.“, vgl. Altrichter: *Die Auflösung der Sowjetunion*, S. 302.

des Systems nach und nach fortgerissen. Am Ende war nichts mehr da, auf das sich ein weiterer Fortbestand der Sowjetunion hätte gründen können.

3. *Die Experten und ihr Forschungsumfeld*

3.1 **Der innenpolitische Kontext**

Mit der allgemeinen Entspannung in der Blockkonfrontation der beiden Supermächte wurden auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD in den siebziger und achtziger Jahren vergleichsweise freundlicher und offener. Auch wenn die politische, ökonomische und ideologische Konkurrenz zwischen West und Ost nicht ad acta gelegt worden war, so hatte man dennoch eingesehen, dass die jeweiligen Interessen nur unterhalb der Schwelle einer direkten militärischen Konfrontation erfolgreich verfolgt werden konnten. Diese Einsicht manifestierte sich in einem intensiven Ausbau der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen. Den Höhepunkt fand diese Phase der Entspannung Mitte der siebziger Jahre; mit dem Beginn der achtziger Jahre verhärteten sich jedoch im Zuge der erneuten „Eiszeit“ zwischen den USA und der Sowjetunion auch im westdeutsch-sowjetischen Verhältnis ein weiteres Mal die Fronten. Erst mit Gorbachevs „Neuem Denken“ sollte sich die Situation wieder entkrampfen.

Dreh- und Angelpunkt der Annäherung zwischen BRD und Sowjetunion war der in der Nachkriegszeit geschaffene Status quo in Europa. Durch den Sieg der Alliierten über das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg 1945 und die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen hatte die Sowjetunion ihren Einfluss in Europa stark vergrößern können. Die Westgrenze des sowjetischen Machtbereichs verlief fortan dort, wo die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) endete: mitten in Deutschland.¹³² Mit dem Auseinanderbrechen des alliierten Siegerbündnisses in den Anfängen des Kalten Krieges und der 1949 erfolgenden Gründung zweier deutscher Staaten, der in

132 Vgl. Winkler, Heinrich A.: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990. Lizenzausgabe Bonn 2005, S. 117.

den westlichen Block integrierten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und des sowjetischen Satelliten Deutsche Demokratische Republik (DDR), manifestierte sich die Teilung Deutschlands in zwei Hälften. Der Status Berlins, wo die Grenze zwischen Ost und West 1961 durch den Bau der Mauer zementiert worden war, und die Lösung der „Deutschen Frage“, aus der westdeutschen Perspektive vor allem mit dem Ziel der Deutschen Einheit, wurde in der Folgezeit ein politisch brisantes Thema in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Die Sowjetunion spielte somit eine entscheidende Rolle für die weitere Zukunft Deutschlands – eine Tatsache, die die westdeutsche Politik und die Wahrnehmung der Sowjetunion grundlegend determinierte.

Die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse und Entwicklungen der siebziger und achtziger Jahre sollen im Folgenden vor diesem Hintergrund in einem knappen Überblick dargestellt werden, um den innenpolitischen Rahmen abzustecken, in dem die westdeutschen Sowjetunion-Experten ihre Analysen verfasst haben. Der Fokus liegt dabei auf den westdeutsch-sowjetischen Beziehungen.

3.1.1 Die siebziger Jahre

Mit dem Antritt der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel 1969 begann in der BRD ein neuer Abschnitt im Verhältnis zu den Nachbarn im Osten. Durch die fokussierte Westpolitik Adenauers und die Integration des Landes in das westliche Lager hatte sich die Spaltung Deutschlands seit 1949 immer mehr vertieft. Diese zu überwinden, war das Ziel der Politik Willy Brandts. Gemäß dem Leitsatz „Keine Angst vor Experimenten“ initiierte er seine neue Ostpolitik. Dabei akzeptierte er den Status quo und die Realitäten, um sie zu verändern.¹³³ Entscheidend für den Erfolg dieses auf Egon Bahr zurückgehenden Konzepts des „Wandel durch Annäherung“ war die Öffnung gegenüber der Sowjetunion, denn nur mit einem guten Verhältnis zur östlichen Supermacht erschien eine Veränderung der gegebenen Lage überhaupt realisierbar.¹³⁴

Die westdeutschen Avancen stießen auf sowjetischer Seite auf Entgegenkommen. Mit der BRD am Verhandlungstisch zu sitzen, lag durchaus im Interesse Brežnevs

133 Vgl. Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Bd. 3: 1955-1974. Frankfurt/Main 2002, S. 316-317.

134 Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 161-162.

und seiner Minister, denn man erhoffte sich neben wirtschaftlichen Vorteilen¹³⁵ vor allem die seit Jahren angestrebte vertraglich fixierte Anerkennung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen sowjetischen Imperiums. Die so genannten „Ostverträge“ aus den Jahren 1970-72, darunter vor allem der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970, stellten das Verhältnis zwischen der BRD und der Sowjetunion in der Tat auf eine neue Grundlage.¹³⁶ Die beiden Vertragspartner bekundeten ihr langfristiges Interesse an der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und an einer Entspannung der Ost-West-Beziehungen. Innerhalb des deutschen Bundestags und auch in der Bevölkerung waren diese politischen Schritte jedoch durchaus nicht unumstritten. So wurden die Verträge als „Verzichtverträge“ angesehen und massiv abgelehnt, da man in den Augen vieler mit der Akzeptanz der seit Kriegsende in Europa entstandenen Realitäten und somit der Zementierung des Status quo der Sowjetunion allzu weit entgegen gekommen sei. Des Weiteren befürchtete man vor allem in der CDU/CSU-Opposition, die Sowjetunion könne nun mehr als zuvor Einfluss auf die politischen Angelegenheiten der BRD nehmen.¹³⁷

Die innenpolitische Polarisierung der BRD war kennzeichnend für den Zeitraum der siebziger Jahre. Daran änderte sich auch mit der sozialliberalen Regierung Schmidt/Genscher, die 1974 nach dem Rücktritt Brandts das Land anführte, nichts. Zwar nahm Schmidt der Entspannungspolitik aufgrund der Konzentration auf die akuter werdenden inneren Probleme etwas den Wind aus den Segeln¹³⁸; dennoch waren die Debatten über den richtigen Umgang mit der Sowjetunion nach wie vor ein gewichtiger Punkt auf der politischen Tagesordnung. Umstritten war vor allem das östliche Verständnis von „Entspannung“. In konservativen Kreisen befürchtete man, dass der Eindruck einer friedliebenden Sowjetunion sich als trügerisch erweisen könnte; man vermutete eine auf einseitige Vorteile bedachte Auslegung der Entspannungspolitik durch die sowjetischen Politiker und ging dementsprechend nach wie vor von einer eher aggressiven und expansiven Grundhaltung der östlichen Supermacht aus.¹³⁹ Die seit 1973 aufgrund der außen- und innenpolitischen Probleme der

135 Vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 153, sowie Ash, Timothy G.: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent. München u. a. 1993, S. 136.

136 Vgl. Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 3, S. 318-322.

137 Vgl. ebd., S. 338, S. 349-350 sowie S. 367.

138 Vgl. Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 2004, S. 578, sowie Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung. München 1998, S. 160.

139 Vgl. Loth: Helsinki, 1. August 1975, S. 17.

USA und einer vermeintlichen „Krise“ des Kapitalismus weltweit wieder offensiver agierende Sowjetunion schien diese Eindrücke durchaus zu bestätigen. Auch die zu diesem Zeitpunkt beginnende Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf europäischem Territorium ließ Zweifel an der Ernsthaftigkeit sowjetischer Entspannungsbereitschaft aufkommen. Diese skeptische Haltung gegenüber der Entspannungspolitik wurde auch von den USA geteilt.¹⁴⁰

Mit der Schlussakte der KSZE vom 1. August 1975 wurden weitere Abmachungen für eine zukünftige erfolgreiche und friedliche Kooperation zwischen Ost und West gelegt.¹⁴¹ Die Vereinbarungen wurden von den Gegnern der Entspannungspolitik kritisch gesehen. Vor allem die in „Korb I“ festgeschriebene weitgehende völkerrechtliche Absicherung des bis dahin vornehmlich mit militärischer Macht behaupteten sowjetischen Imperiums war ihnen ein Dorn im Auge.¹⁴² Das Ziel, den Prozess der Entspannung mit den in Helsinki vereinbarten Grundsätzen langfristig weiterzuführen und zu vertiefen, rückte allerdings durch die allgemeine Verhärtung des weltpolitischen Klimas in den Folgejahren vorerst wieder in weitere Ferne.¹⁴³ Mit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 und der sowjetischen Invasion in Afghanistan einige Tage später wurden die Grundlagen für eine Fortführung des Ost-West-Dialogs empfindlich geschädigt. Zudem beanspruchten innenpolitische Probleme wie die beginnende Rezession und die Zunahme des Terrorismus durch die RAF die verstärkte Aufmerksamkeit der westdeutschen Politiker. Die Aufbruchstimmung der frühen siebziger Jahre war verflogen, die Entspannungspolitik vorerst in den Hintergrund gerückt. Ausgenommen von dieser Entwicklung waren die westdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, die ungeachtet der politischen Eiszeit nach wie vor florierten.

140 Vgl. Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 4: 1974 bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main 2002, S. 26-28, sowie Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 589.

141 Für Details vgl. Bender: Neue Ostpolitik, S. 203-204.

142 Vgl. Pfeiler, Wolfgang: Die Deutschlandpolitik Brežnevs – Kontinuität und Wandel. In: 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, hg. v. Boris Meissner und Alfred Eisfeld. Berlin 1999, S. 75-82, hier S. 80-81.

143 An dieser Stelle zeigt sich die enge Gebundenheit der westdeutschen Außenpolitik an das jeweils aktuelle Klima in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, vgl. dazu Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 592, sowie Staack, Michael: Die Entwicklung der internationalen Beziehungen und die Bundesrepublik Deutschland. In: Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, hg. v. Werner Süß. Opladen 1991, S. 269-286, hier S. 269.

3.1.2 Die achtziger Jahre

Mit dem Regierungswechsel 1982 wurden die Sozialdemokraten erstmals seit Jahren in die Opposition verwiesen. Die neue christdemokratisch-liberale Koalition unter der Führung von Helmut Kohl widmete ihre Aufmerksamkeit vor allem dem Bereich der Innenpolitik. In außenpolitischer Hinsicht stellte sie die Zentralität und Vertiefung der Beziehungen zu den USA, die als Garant der westlichen Werteordnung und der äußeren Sicherheit angesehen wurden, deutlicher als die Vorgängerregierungen in den Vordergrund ihrer politischen Konzeption. Im Spagat zwischen der Bündnisloyalität mit dem Westen und der fortgesetzten Dialogbereitschaft mit dem Osten bemühte sich die Regierung um eine Auflockerung und Vertiefung des festgefahrenen westdeutsch-amerikanischen Verhältnisses. Sie bekannte sich darüber hinaus zum NATO-Doppelbeschluss mit all seinen Konsequenzen im Falle gescheiterter Verhandlungen mit der Sowjetunion.¹⁴⁴ In diesem Zusammenhang entwickelte sich in den frühen achtziger Jahren in der westdeutschen Bevölkerung massiver Protest gegen die mögliche Stationierung der Pershing-II-Raketen sowie der bodengestützten Marschflugkörper, der sich im März 1981 in der bis dahin größten Friedensdemonstration der BRD für „Abrüstung und Entspannung in Europa“ eindrucksvoll manifestierte und das innenpolitische Klima in den Folgejahren maßgeblich beeinflusste.¹⁴⁵ Die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses und die Debatte um die Nachrüstung führten zu einer „generellen Kriegsfurcht“ in der Gesellschaft, die den Weltfrieden durch unverantwortliches Handeln beider Supermächte zunehmend bedroht sah.¹⁴⁶ Zusammen mit der problematischen inneren Lage führte dies zu einer insgesamt eher pessimistischen Grundstimmung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre.

Während die beiden deutschen Staaten in pragmatischer Kooperation immer näher zusammenrückten, war im internationalen Ost-West-Verhältnis nach wie vor Konfrontation angesagt. Die Zustimmung des Deutschen Bundestags zur Raketenstationierung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses und die Konsolidierung des Verhältnisses zwischen der BRD und den USA führten zu Verstimmungen auf sowje-

144 Vgl. Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 4, S. 36-38, sowie Staack: Die Entwicklung der internationalen Beziehungen, S. 272-273.

145 Vgl. Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 4, S. 31, sowie Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 592.

146 Vgl. Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 646, sowie Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss. München 1986, S. 140.

tischer Seite und einer Abkühlung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.¹⁴⁷ Erst die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung des sowjetischen Staates ließ Mitte der achtziger Jahre in den Augen des erst seit kurzer Zeit amtierenden sowjetischen Generalsekretärs Gorbačev eine Neubewertung der politischen Beziehungen zur BRD und eine aktive Wiederaufnahme der Entspannungspolitik als notwendig erscheinen. Die Annäherungsversuche wurden auf westdeutscher Seite zunächst skeptisch aufgenommen, denn es wurde nicht ausgeschlossen, dass sich hinter der seriös erscheinenden Außenpolitik Gorbačevs wie bereits so oft zuvor bloße sowjetische Taktik verbarg.¹⁴⁸ Ab 1987 begann sich der Kontakt zwischen BRD und Sowjetunion im Zuge der erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte jedoch wieder merklich zu intensivieren. Gorbačevs Gesprächsbereitschaft und sein Interesse an Frieden und Abrüstung wurden in der BRD hoffnungsvoll zur Kenntnis genommen. Für den in der Bevölkerung verbreiteten Enthusiasmus wurde gar das Schlagwort der „Gorbimanie“ geprägt.¹⁴⁹ Die bilateralen Gespräche zwischen Kohl und Gorbačev gipfelten in der „Gemeinsamen Erklärung“ vom Juni 1989, in deren Anschluss der Generalsekretär den Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland als beendet bezeichnete.¹⁵⁰

Zu diesem Zeitpunkt war der alarmierende Zustand des ostdeutschen Satellitenstaates nicht mehr zu übersehen. Wie unwahrscheinlich jedoch bis kurz vor dem Fall der Berliner Mauer eine Entwicklung in Richtung auf eine deutsche Vereinigung gewesen war, machen die von Steininger zusammengetragenen Zitate westdeutscher Politiker aus dem Herbst 1989 deutlich, die eine Wiedervereinigung erst in weiter Ferne oder überhaupt nicht im Bereich des Möglichen sahen.¹⁵¹ Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 war die „Deutsche Frage“ jedoch wieder ein dringliches Thema der europäischen Tagespolitik und der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen. Endgültig ad acta gelegt wurde sie nach langen Verhandlungen und Einwänden vor

147 Vgl. Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 4, S. 114, sowie Oldenburg: Die Deutschlandpolitik Gorbačevs, S. 127-130.

148 Vgl. Staack: Die Entwicklung der internationalen Beziehungen, S. 276.

149 Vgl. Oldenburg: Die Deutschlandpolitik Gorbačevs, S. 136, sowie Judt: Die Geschichte Europas, S. 694.

150 Vgl. Oldenburg: Die Deutschlandpolitik Gorbačevs, S. 138.

151 Vgl. Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 4, S. 124. Dazu auch Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 733.

allem von sowjetischer Seite¹⁵² am 3. Oktober 1990 durch den Zwei-Plus-Vier-Vertrag, mit dem die Deutsche Einheit endgültig besiegelt wurde.

Dieser kurze historische Abriss soll genügen, um deutlich zu machen, welche besondere Rolle die Sowjetunion für die Zukunft der BRD besessen hatte und vor welchem innenpolitischen Hintergrund und Interessengefüge die westdeutschen Sowjetunionexperten somit ihre Analysen der östlichen Supermacht erstellt haben. Im Folgenden werden nun der institutionelle und methodisch-theoretische Kontext der Sowjetunionforschung skizziert.

3.2 Der institutionelle Kontext und die methodisch-theoretischen Rahmenbedingungen

Die Anfang der siebziger Jahre erfolgte Öffnung der BRD gegenüber der Sowjetunion war, wie schon zuvor angedeutet, innenpolitisch nicht unumstritten. Der Schritt zu einer längerfristigeren und vor allem aktiveren Außenpolitik erforderte vor allem bessere Kenntnisse über die Sowjetunion. Um politisch sinnvoll agieren und erfolgreiche Verhandlungsergebnisse erzielen zu können, ohne Risiken einzugehen, waren fundierte wissenschaftliche Einschätzungen und Analysen über die Situation des Landes, die Determinanten seiner Politik, mögliche Interessen und zukünftige Entwicklungen dringend notwendig. Von Bedeutung für die Bundesregierung war dabei immer mehr die Praxisrelevanz wissenschaftlicher Ergebnisse – eine Tatsache, die sich in der zunehmenden Popularität wissenschaftlicher Politikberatung ab den frühen siebziger Jahren widerspiegelt.¹⁵³ Für den Bereich der Sowjetunion und Osteuropas war bereits 1959 vom Bund eigens eine Forschungseinrichtung gegründet worden: das „Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus“ (später umbenannt in „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“). Auf diese Weise sollte die Sowjetunion- und Osteuropaforschung stärker auf die Bedürfnisse der Politik ausgerichtet werden.

152 Auf den genauen Verlauf der Verhandlungen über die Zukunft Gesamtdeutschlands kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Ein detaillierter Überblick findet sich in Steininger: Deutsche Geschichte Bd. 4, S. 257-275, sowie ausführlicher in Winkler: Der lange Weg, S. 517-600.

153 Bleek, Wilhelm: Politikwissenschaftliche Politikberatung in Geschichte und Gegenwart. In: Der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik, hg. v. Uwe Jens. Marburg 2002, S. 75-94, hier S. 79-80.

Theoretische und methodische Probleme erschwerten die Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand jedoch erheblich. Der richtige Zugang zur Erfassung und Erklärung der Sowjetunion war stets umstritten und änderte sich mit den weiteren Entwicklungen des Landes, der allgemeinen weltpolitischen Lage und den unterschiedlichen Erkenntnisinteressen. Zu fremd und andersartig war das sozialistische System, zu undurchsichtig seine Funktionsweise. Und nicht zuletzt trug die offizielle Selbstdarstellung der Sowjetunion kaum dazu bei, Licht in die tatsächlichen Vorgänge und Gegebenheiten zu bringen, sondern täuschte in vielen Fällen bewusst über die Realität hinweg. Die Nähe zur Politik und die methodischen und theoretischen Kontroversen bzw. Defizite waren somit Grundbedingungen der Forschungsarbeit der Sowjetunionexperten, die im Folgenden erläutert werden sollen.

3.2.1 Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst)

Obwohl bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Einrichtungen zur Erforschung Osteuropas und der Sowjetunion an deutschen Universitäten bestanden und mehrere große Forschungsinstitute für diesen Bereich vom Bund gefördert wurden¹⁵⁴, war das Wissen über den östlichen Nachbarn in den fünfziger Jahren gering. Ein gewichtiger Grund dafür war die ausgesprochen dünne Quellenlage. Informationen über die Sowjetunion waren schwer zu erhalten und in vielen Fällen von propagandistischer Selbstdarstellung durchzogen. Zudem waren im Zweiten Weltkrieg viele große Bibliotheken zerstört oder ausgelagert worden, so dass zu Recht von einer Quellenarmut in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit gesprochen werden kann.¹⁵⁵

154 Eine Zusammenstellung der bundesgeförderten Forschungseinrichtungen mit dem Schwerpunkt Osteuropa findet sich in: Buchholz, Arnold: Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Internationale Osteuropaforschung. Organisation, Finanzierung und Politikbezug (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropaforschung Bd. 9), hg. v. Arnold Buchholz. Berlin 1982, S. 84-94, hier S. 89-90.

155 Vgl. Buchholz, Arnold: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990, hg. v. Erwin Oberländer. Stuttgart 1992, S. 238-246, hier S. 238, sowie Brahm, Heinz: Drehscheibe der Osteuropaforschung. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Osteuropa 12/2005, S. 163-175, hier S. 163.

Während der 1956 stattfindenden Verhandlungen des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts über das Verbot der KPD wurde den führenden Politikern bewusst, wie wenig man im Prinzip über den Marxismus-Leninismus wusste, sowohl was seine theoretischen Grundlagen anging, als auch in Hinblick auf seine tatsächliche Anwendung. Vor allem die relative Politikferne der bisher vorhandenen Forschungseinrichtungen und der Forschungsschwerpunkte wurde als ein Mangel empfunden. Es fehlte ein größeres Osteuropa-Institut in der Nähe der Bonner Regierung, das sich in seiner Forschung eher mit politikrelevanten und praxisorientierten Fragestellungen beschäftigte. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee zur Gründung eines Bundesinstituts für die Erforschung des Marxismus-Leninismus.¹⁵⁶

In der 74. Kabinettsitzung vom 6. August 1959 wurde auf der Basis der Vorlagen des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 8. Juli 1959 und des Auswärtigen Amts (AA) vom 31. Juli 1959 die Einrichtung des „Bundesinstituts zur Erforschung des Weltkommunismus“ beschlossen. Zu den Hauptaufgaben des Instituts sollte die Beobachtung und Erforschung der geistig-ideologischen als auch der strukturellen Veränderungen in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas gehören, um mit besseren Kenntnissen dem Einfluss und der Praxis des Marxismus-Leninismus wirksamer begegnen zu können.¹⁵⁷ Die Gründung des Instituts als wissenschaftlich selbständige Forschungseinrichtung im Geschäftsbereich des BMI und nicht rechtsfähige Anstalt nach Bundesrecht erfolgte am 6. April 1961; nach einer nochmaligen Namensänderung lautete der Name des in Köln angesiedelten Instituts nun „Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)“¹⁵⁸, ab 1965 dann „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (BIOst).¹⁵⁹

156 Vgl. Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 163, sowie Buchholz (1992): Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 238.

157 Vgl. das Protokoll der 74. Kabinettsitzung vom 6. August 1959, als Download im Bundesarchiv der Bundesregierung verfügbar unter folgendem Link:
http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1959k/kap1_2/kap2_29/para3_6.html (Stand: 12. Oktober 2007).

158 Vgl. den Erlass über die Errichtung des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie). In: Gemeinsames Ministerialblatt, hg. v. Bundesministerium des Innern, 12. Jahrgang, Berlin/Bonn 1961, S. 250.

159 Vgl. Buchholz (1992): Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 239. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde das BIOst am 31.12.2000 formal aufgelöst und auf Empfehlung des Bundeskanzleramtes mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin zusammengelegt, s. Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 175.

In organisatorischer Hinsicht war das BIOst in fünf Bereiche aufgegliedert¹⁶⁰, in denen unter politischen, historischen, wirtschaftlichen, soziologischen, juristischen und philosophischen Gesichtspunkten interdisziplinäre Forschung betrieben werden sollte, um zu möglichst vielseitigen, ausgewogenen, wissenschaftlich qualifizierten und letztlich politikrelevanten Erkenntnissen und Urteilen zu gelangen.¹⁶¹ Neben einem festen Stamm an Mitarbeitern war stets eine Anzahl externer Wissenschaftler am Institut beschäftigt. Als Arbeitsgrundlagen dienten zum einen offene Materialien wie Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, zum anderen Informationen und Berichte des AA sowie die von Reisen in die Sowjetunion und in die sozialistischen Länder mitgebrachten Eindrücke und Recherchen. Die Arbeitsergebnisse wurden hauptsächlich in den Schriftenreihen, Berichten und Analysen des BIOst sowie in Büchern und Zeitungsartikeln veröffentlicht.¹⁶² Das Jahrbuch *Sowjetunion* wurde als integratives Projekt aller Institutsmitarbeiter ab 1973 publiziert.¹⁶³ Der Zeitpunkt ist nicht zufällig: Das vertiefte fachliche Interesse an der Sowjetunion spiegelt unübersehbar die außenpolitische Öffnung der BRD in Richtung Sowjetunion und Osteuropa und damit verbunden den Bedarf an wissenschaftlich fundierten Analysen für Politik und auch Gesellschaft wider.

Bindeglied zwischen Wissenschaft und Politik war das Wissenschaftliche Direktorium des Instituts, das mit Vertretern des Bundeskanzleramtes, des AA und des BMI in Verbindung stand. Über die wissenschaftliche Arbeitsplanung, finanzielle und personelle Fragen und die Vergabe von Forschungsaufträgen wurde in gemeinsamen Tagungen abgestimmt.¹⁶⁴ Des Weiteren bestand durch gemeinsame Arbeitskonferenzen Kontakt zwischen den Fachbereichen des Instituts und den verschiedenen Bundesressortvertretern.¹⁶⁵ Brahm charakterisiert das BIOst in seinen Ausführungen von 2005 rückblickend als „eine Drehscheibe, die die Osteuropaforschung mit der Regierung, dem Parlament, den ausländischen Botschaften, den Universitäten im In- und

160 Die fünf Bereiche waren: (I) Gesellschafts- und Wissenschaftspolitik, (II) Innenpolitik osteuropäischer Staaten, (III) Wirtschaft, (IV) Ost-West-Beziehungen und internationale Politik, (V) Sowjetunion und Dritte Welt, s. Buchholz (1992): Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 240-242.

161 Vgl. Buchholz (1980): Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 950.

162 Vgl. Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 167-169 sowie S. 173.

163 Vgl. Buchholz (1992): Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 242.

164 Vgl. ebd., S. 240.

165 Vgl. ebd., S. 243.

Ausland und den Medien verband.“¹⁶⁶ Trotz der erwähnten Verbundenheit zum Bereich der Politik betont er jedoch mehrfach die „wissenschaftliche Neutralität und Unabhängigkeit“ des Instituts und seiner Forschungsarbeit, die sich weder durch Ressorts noch durch akademische oder politische Konjunkturen habe vereinnahmen lassen.¹⁶⁷ Damit spricht Brahm ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen den Zielen wissenschaftlicher Erkenntnis und den Erfordernissen und Erwartungen operativer Politik an. Die erforderliche Übersetzung politischer Ziele in den wissenschaftlichen Forschungsprozess, die für den Erfolg jeglicher wissenschaftlichen Politikberatung große Bedeutung hat, ist aus Sicht der Wissenschaft nicht unproblematisch, denn beiden Bereichen liegen unterschiedliche Zeithorizonte und Denkstile zugrunde.¹⁶⁸ Wissenschaft kann und will eher eine gründliche Problemanalyse leisten, als handlungsorientierte Formulierungen für politische Fragestellungen bereitstellen. Buchholz sieht daher den Beitrag, den die Sowjetunion- und Osteuropaforschung für die Politik leisten kann, in der Analyse von Strukturen und Grundproblemen aus vielseitiger Perspektive und im Durchdenken mittel- oder langfristiger Entwicklungstendenzen.¹⁶⁹ Genau diese von Buchholz angesprochenen Einschätzungen der Trends und Entwicklungsfaktoren werden im nächsten Kapitel im Mittelpunkt meiner Untersuchung der Jahrbücher *Sowjetunion* stehen.

Insgesamt gesehen war der Einfluss des BIOst auf die unmittelbare Gestaltung der Außenpolitik der Bundesregierung gering, was nicht nur an den generellen Kommunikationsschwierigkeiten, sondern auch an der Zuordnung des Instituts zum BMI

166 Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 175. Der Autor war selbst langjähriger Mitarbeiter am BIOst und Leiter des Fachbereichs II. Auch Arnold Buchholz, auf den ich mich in diesem Kapitel an vielen Stellen berufe, war über Jahre hinweg Mitarbeiter am Institut.

167 Vgl. ebd., S. 163: Die Freiheit der Forschung sei mit Sicherheit auch an den Universitäten der BRD nicht größer gewesen, so Brahm. Auch Buchholz verweist auf die Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit der Forschung am BIOst, vgl. Buchholz: Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 91-92.

168 Vgl. Bruder, Wolfgang: Sozialwissenschaften und Politikberatung (= Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 43). Düsseldorf 1980, S. 29, sowie Rudloff, Wilfried: Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen. In: Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, hg. v. Stefan Fisch und Wilfried Rudloff. Berlin 2004, S. 13-57, hier S. 48.

169 Vgl. Buchholz: Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 94. Dazu auch Vogel: Transformation in Russland, S. 207. „Der Wissenschaftler kann durch kontinuierliche Beobachtung längerfristige Trends und neue Entwicklungsfaktoren erkennen, die das Spektrum politischer [...] Optionen begrenzen, und er kann unter Umständen innovative Ideen generieren, die im operativen Tagesgeschäft ungeboren blieben.“

lag, das wenig Interesse an den Ausarbeitungen der Wissenschaftler zeigte.¹⁷⁰ Dennoch bewegten sich die Experten am BIOst in einem speziellen Kontext, der stärker als an rein universitären oder vom Bund unabhängigen Forschungseinrichtungen von einem deutlichen Politikbezug geprägt war und der sich letztendlich auch in der Anlage und der Ausrichtung ihrer Arbeiten manifestiert hat.

3.2.2 Die Sowjetunion als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung

Wie deutlich wurde, waren der institutionelle Rahmen und die Nähe zur Politik Faktoren, die die Arbeit der Sowjetunionexperten mit Sicherheit beeinflusst haben. Grundsätzlich von Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit, vor allem für zeitgeschichtliche Fragestellungen, ist darüber hinaus die Abhängigkeit des Wissenschaftlers von der subjektiven, lebensweltlichen Erfahrung, somit von der Gesellschaft und dem politischen Kontext. Nicht zuletzt aber hängt wissenschaftliche Erkenntnis auch immer von dem gewählten Handwerkszeug ab, mit dem ein Objekt untersucht werden soll.

Im Falle des Untersuchungsgegenstandes Sowjetunion waren die Experten in einer speziellen Lage. Diese war zum einen durch eine besondere Quellenproblematik gekennzeichnet: So stellte Gerhard Simon 1985 fest, man könne eigentlich gar keine Sowjetunionforschung betreiben, denn dafür fehle eine angemessene Quellenlage. Nicht die Quantität, sondern die Qualität der Quellen sei dabei das Problem, denn diese würden mit dem Ziel hergestellt, die Wirklichkeit im Sinne der Parteiführung zu verschleiern oder sogar bewusst zu verfälschen. Dementsprechend beschäftige sich ein großer Teil der Sowjetunionforscher mit dem „Studium von Kulissen“, anstatt mit der historischen Wirklichkeit.¹⁷¹ Simons Postulat lautet daher: „Sowjetunion-

170 Vgl. Buchholz: Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 94, sowie Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 164. Brahm bezeichnet die Zuordnung zum BMI als „Geburtsfehler“, an dem das Institut bis zuletzt gelitten habe; die Zugehörigkeit zum AA, wo die Arbeiten und Erkenntnisse sehr viel dringender benötigt worden wären, wäre sinnvoller gewesen. Problematisch sei auch die räumliche Distanz gewesen: Zwar hätte der Standort Köln dafür gesorgt, dass die Mitarbeiter am BIOst nicht allzu sehr in die Abhängigkeit von den Bonner Ministerien hätten geraten können, letztendlich habe er sich jedoch als nachteilig erwiesen, da die Kommunikationswege ganz offensichtlich zu lang gewesen seien.

171 Vgl. Simon, Gerhard: Zeitgeschichtliche Phänomene, die es gar nicht gibt. Methodische Überlegungen zum Nationalismus in der UdSSR. In: Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- For-

Forschung muss sich bei allen ihren Urteilen und besonders bei konzeptionellen Verallgemeinerungen stets die Frage stellen, inwieweit sie ihre Theorie bewusst oder unbewusst sowjetischer Selbstdarstellung entliehen hat.“¹⁷²

Neben der Quellenproblematik war zum anderen der Mangel an umfassenden Theorien und Methoden zur Erklärung der Sowjetunion signifikant für die Forschungssituation der Experten. Die verschiedenen Ansätze können an dieser Stelle nicht einzeln und ausführlich besprochen werden, denn es ist nicht Hauptziel meiner Quellenanalyse, die Einschätzungen der Sowjetunionexperten im Detail auf die Anwendung der einen oder anderen Theorie zu untersuchen. Zu wissen, welche Sichtweisen auf die Sowjetunion den Analysen zugrunde lagen, ist jedoch für die spätere Bewertung der Expertenarbeit durchaus von Bedeutung.

Nach 1945 und mit den Anfängen des Kalten Krieges blühte im Westen die vergleichende Totalitarismusforschung auf. Anhand der Kennzeichen totalitärer Herrschaft, wie sie vor allem von Arendt sowie Friedrich und Brzezinski¹⁷³ definiert worden waren, wurden Nationalsozialismus und Sozialismus als wesensgleich eingeschätzt und untersucht. Die Doppelnatur des Totalitarismusbegriffs erschwerte dabei den Umgang mit ihm, denn auf der einen Seite war er empirisch-analytisch, auf der anderen Seite normativ-wertend verwendbar.¹⁷⁴ So wurde der Terminus auf westlicher Seite in den heißen Phasen des Kalten Krieges auch in außenpolitischer Hinsicht mit deutlich negativer Konnotation gerne zum Einsatz gebracht. Die mit dem Tod von Stalin einsetzenden Veränderungen im sowjetischen System konnten jedoch mit der klassischen Totalitarismustheorie nicht mehr zufrieden stellend erklärt wer-

schungsproblem (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde Bd. 13), hg. v. Bernd Bonwetsch. Berlin 1985, S. 95-104, hier S. 95-98.

172 Simon: Zeitgeschichtliche Phänomene, S. 97. Problematisch war in dieser Hinsicht auch die Tatsache, dass ein Kontakt mit den wissenschaftlichen Partnerdisziplinen innerhalb der Sowjetunion und Osteuropas nicht leicht zu bewerkstelligen war: Entweder waren die Wissenschaftler propagandistisch indoktriniert oder es war ihnen untersagt worden, mit den Forschern im Westen in Dialog zu treten, vgl. Anweiler: Aspekte und Probleme, S. 687.

173 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt/Main 1955, sowie Friedrich, Carl und Zbigniew Brzezinski: Totalitarian Dictatorship and Autocracy. Cambridge 1956.

174 Vgl. Jesse, Eckhard: Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen. In: Totalitarismus im 20. Jahrhundert, hg. v. Eckhard Jesse. Zweite Auflage, Bonn 1999, S. 9-40, hier S. 10, sowie Kailitz, Steffen: Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung. In: Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, hg. v. Eckhard Jesse und Steffen Kailitz. Baden-Baden 1997, S. 219-250, hier S. 248.

den.¹⁷⁵ Die allmähliche Abkehr von dem ohnehin kontrovers diskutierten Forschungsansatz in den sechziger Jahren wurde mit der Wende zu den siebziger Jahren durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen noch verstärkt: Man befürchtete wohl, die weitere Verwendung dieses Erklärungsmodells könne die Entspannungspolitik behindern.¹⁷⁶ So ist die nachlassende Konjunktur der Totalitarismustheorie zum Teil ein Reflex auf den Wandel in der einstmals als totalitär erkannten Sowjetunion, zum anderen aber auch Ergebnis der Verschiebungen im politischen Werte- und Prioritätensystem der westlichen Regierungen.

Das Totalitarismuskonzept wurde durch eine Reihe anderer Ansätze, die mit den späten sechziger Jahren aufkamen, weitgehend abgelöst. Charakteristisch für die neuen Forschungsansätze war die Tatsache, dass sie struktur- und sozialgeschichtliche Aspekte für die Interpretation realsowjetischer Verhältnisse berücksichtigten.¹⁷⁷ Im Zusammenhang mit dem durch die Entspannungspolitik etwas weniger konfrontativen Blockdenken wurde anstatt nach Gegensätzen vermehrt nach Ähnlichkeiten zwischen dem sowjetischen System und den westlichen kapitalistischen Demokratien gesucht.¹⁷⁸ Zu den bedeutendsten Ansätzen der posttotalitären Sowjetunionforschung gehören zum einen die vor allem in den USA angewandte Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass die industrielle bzw. postindustrielle Entwicklung von Staaten ungeachtet der unterschiedlichen Systemgrundlagen längerfristig zu analogen

175 C. J. Friedrich versuchte nach Stalins Tod, als die Erklärungsdefizite der klassischen Totalitarismustheorie immer offensichtlicher wurden, seine Theorie zu korrigieren und führte einen modifizierten Totalitarismusbegriff ein, der jedoch allgemein wenig anerkannt wurde, da er die Veränderung im kommunistischen System nach wie vor nicht zufriedenstellend erfassen konnte. Vgl. dazu die Darstellung von Siegel, Achim: Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 20/1998, S. 19-31, hier S. 24-26.

176 Vgl. Kailitz: *Der Streit um den Totalitarismusbegriff*, S. 226 und S. 235, sowie Siegel: *Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts*, S. 20-22. Wie Jesse darstellt, herrschte zu diesen Zeiten in der BRD eine Art „Anti-Antikommunismus“: Denjenigen, die an den Totalitarismuskonzeptionen festhielten, wurde vorgeworfen, gegen die Entspannungspolitik zu sein. Vgl. Jesse: *Die Totalitarismusforschung*, S. 15.

177 Dies vor allem in Folge der Öffnung der Geschichtswissenschaft hin zu den Sozialwissenschaften in den sechziger Jahren, vgl. Borcke, Astrid von und Gerhard Simon: *Neue Wege der Sowjetunion-Forschung. Beiträge zur Methoden- und Theoriediskussion* (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 6). Köln 1980, S. 27.

178 Vgl. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1005. Auch in diesem Aspekt zeigt sich deutlich die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Herangehensweise an die Sowjetunion von der politischen Konjunktur, vgl. Siegel: *Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts*, S. 20, sowie Gransow, Volker: *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz*. Frankfurt/Main u. a. 1980, S. 200.

sozialen Wandlungen führt.¹⁷⁹ Dem Realen Sozialismus wurde somit eine prinzipielle Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit zugesprochen, eine Einschätzung, die für Verfechter der Entspannungspolitik nicht unbedeutend war. Gefährlich waren an dieser Sichtweise die Tendenz einer Verwestlichung des sowjetischen Systems und seiner Charakteristika und die Überinterpretation der tatsächlichen Reformierbarkeit und Modernisierbarkeit des Landes.¹⁸⁰

Neben der Modernisierungstheorie, die einen umfassenden Erklärungsansatz zu bieten versucht, wurden einige komplexere Modelle entwickelt, die einzelne Aspekte des sowjetischen Staates näher beleuchteten: so zum Beispiel der Interessengruppen-Ansatz, der von einer großen Bedeutung verschiedener Gruppen innerhalb des bürokratischen Sowjetsystems ausgeht, der Eliten-Ansatz, der den Fokus auf die Nomenklatura legt, und der Bürokratie-Ansatz, der die Macht der Strukturen insgesamt betont.¹⁸¹ Allen diesen Konzepten war jedoch gemeinsam, dass sie nur einen kleinen Ausschnitt des Systems näher zu erklären vermochten, den sie in seiner Bedeutung insgesamt tendenziell zu stark gewichteten. Es fehlte eine umfassende Makrotheorie, die die verschiedenen Herangehensweisen sinnvoll in Verbindung hätte setzen können.¹⁸² An diesem Manko krankte die Sowjetunionforschung bis zum Ende ihres Untersuchungsobjektes.

Insgesamt zeigt der im gesamten Kapitel 3 gebotene Überblick, dass die westliche Sowjetunionforschung in vielerlei Hinsicht von Perzeptionen, Werten, Problemen und Konflikten bestimmt wurde, die in der eigenen westlichen Lebenswelt und speziell im Ost-West-Konflikt verankert waren. Innenpolitischer Kontext, institutioneller Rahmen und Politikbezug der Forschung sowie Quellen-, Methoden- und Theoriedefizite stellen das Wirkungsgefüge dar, in dem die Sowjetunionexperten ihre For-

179 Vgl. Gransow: Konzeptionelle Wandlungen, S. 62. Noch radikaler ist die Konvergenztheorie, die davon ausgeht, dass Industriegesellschaften unterschiedlichen Typs zu einer einzigen sozialen und politischen Struktur konvergieren, vgl. ebd., S. 62.

180 Vgl. ebd., S. 128, sowie Siegel: Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts, S. 28.

181 Vgl. für eine ausführliche Darstellung der einzelnen Ansätze Borcke u. a.: Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, S. 98-143, sowie neuer: Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 1005-1010.

182 So kritisieren von Borcke und Simon die Überbewertung einzelner Erkenntnisse, indem sie beispielsweise darauf hinweisen, dass im Rahmen des Interessengruppenansatzes von einer Pluralität von Apparaten oftmals auf einen sozialpolitischen Pluralismus geschlossen wurde, ein Analogieschluss, der die Realität nur unzureichend erfasste. Vgl. Borcke u. a.: Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, S. 99 und S. 144.

schungsarbeiten betrieben haben. Die konkreten Analysen der Sowjetunion werden nun im Folgenden im Mittelpunkt meiner Ausführungen stehen.

4 *Quellenanalyse: Die Sowjetunion in der Einschätzung der Experten*

4.1 **Aufbau und Struktur der Jahrbücher *Sowjetunion***

Die Idee, in einem jährlich erscheinenden Band die aktuellen Einschätzungen der Sowjetunion in den Bereichen der Innenpolitik, der Wirtschaft und der Außenpolitik zu einem Gesamtüberblick zusammenzufassen, stammt aus dem Kreis der Wissenschaftler am BIOst.¹⁸³ Fast jeder der Mitarbeiter konnte dazu seinen Teil beitragen: In den Jahrbüchern *Sowjetunion* ist somit das Prinzip der interdisziplinären Zusammenarbeit in besonders ausgeprägter Weise zum Tragen gekommen. Der erste Band wurde 1974 publiziert und bietet einen „Situationsbericht“¹⁸⁴ über die Sowjetunion im Jahr 1973. Die Realisierung einer jährlichen Ausgabe erwies sich schon bald als zu ambitioniert, so dass für die weiteren Jahrbücher ein Erscheinen im Zweijahresrhythmus beschlossen wurde. Dass die Analysen der westdeutschen Sowjetunionexperten auch über die BRD hinaus eine große Wertschätzung erfuhren, zeigt sich in der Tatsache, dass die Jahrbücher *Sowjetunion* in einer englischsprachigen Version bis 1989 auch in den USA publiziert wurden.¹⁸⁵

Folgender inhaltlicher Aufbau ist für die Jahrbücher charakteristisch: Nach einem einleitenden Vorwort mit ersten bilanzierenden Einschätzungen über den zurückliegenden Berichtszeitraum folgen die Analysen der sowjetischen Entwicklung, aufgeteilt in die drei großen Blöcke Innenpolitik, Wirtschaft und Außenpolitik. Diese sind wiederum in kleinere Unterthemen gegliedert, die je nach den aktuellen Geschehnissen und Vorgängen in der Sowjetunion in ihrer Schwerpunktsetzung variieren. Ein

183 Vgl. Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung, S. 172.

184 So in der Einführung des ersten Jahrbuches, s. *Sowjetunion 1973: Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz*, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München 1974, S. 11.

185 Englischsprachige Parallelausgabe im Verlag Holmes&Meier, New York.

umfassender Anhang bietet ergänzende Informationen zu statistischen, personellen und organisatorischen Sachverhalten. Ab dem vierten Band *Sowjetunion 1976/77* findet sich innerhalb der drei Hauptbereiche jeweils ein einleitender Überblicksbeitrag, der die Kontinuität in der Berichterstattung herstellen soll und erste Bilanzen zieht. In den nachfolgenden Einzelanalysen werden einzelne Probleme der aktuellen sowjetischen Entwicklung vertiefend dargestellt.¹⁸⁶ Quellengrundlagen für die Analysen sind die offiziellen Verlautbarungen der sowjetischen Staatsführung sowie sowjetische Zeitungen und Statistiken, des Weiteren wird auf zeitgenössische Studien und Statistiken aus westlichen Ländern zurückgegriffen.

Untersucht werden im Folgenden alle elf Jahrbücher *Sowjetunion*¹⁸⁷, wobei der Fokus wie in Kapitel 1.2 dargestellt vor allem auf den „Bilanzen“¹⁸⁸ und Schlussfolgerungen liegen wird, die die Experten aus der Beobachtung der sowjetischen Entwicklung abgeleitet haben.

4.2 Innenpolitik in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev

Die sowjetische Innenpolitik befindet sich nach Ansicht der Experten zum Beginn des Berichtszeitraums 1973 nach wie vor in einer Phase der Stabilisierung. Der Autoritätsverlust der Partei und die beginnende Delegitimierung der Ideologie in der Ära Chruščev seien Entwicklungen gewesen, die in den ersten Jahren der Regierung Brežnevs konsequent hätten bekämpft werden müssen.¹⁸⁹ Die innenpolitische Leitlinie zeige dabei einen „repressiv-reformscheuen“¹⁹⁰ Charakter, der sich vor allem in dem „nachdrücklichen Beharren auf doktrinären Positionen“¹⁹¹ manifestiere. An der

186 Ab dem Jahrbuch *Sowjetunion 1976/77* sind die einzelnen Aufsätze mit dem Namen ihres jeweiligen Autors versehen. Da es aber im Folgenden nicht darum gehen soll, die Interpretationsleistungen konkreter Einzelpersonen zu analysieren und zu bewerten, sondern das Hauptaugenmerk auf den Forschungsergebnissen der Osteuropawissenschaftler am BIOst insgesamt liegt, werden die Verfasser der jeweiligen Einschätzungen im Laufe meiner Quellenanalyse nicht ausdrücklich namentlich benannt.

187 Zu beachten ist, dass der Redaktionsschluss für den letzten Band *Sowjetunion 1990/91* bereits im Frühjahr 1991 war, die Experten somit wesentliche Entwicklungen der letzten Monate der *Sowjetunion* nicht mehr berücksichtigen konnten.

188 So im Untertitel der Jahrbücher bis einschließlich *Sowjetunion 1976/77*, dann umgeändert in „Perspektiven“.

189 *Sowjetunion 1973*, S. 12 und 18.

190 Ebd., S. 18.

191 Ebd., S. 21.

bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung solle strikt festgehalten werden, des Weiteren versuche man ganz offensichtlich, in der Bevölkerung wieder ein kämpferisches Ideologiebewusstsein zu erwecken.¹⁹² Die Bewegungslosigkeit, die aus der heutigen Sichtweise dem Regime Brežnevs nachgesagt wird, wird dabei auch von den zeitgenössischen Sowjetunionexperten als solche empfunden: „Immobilität“ ist an verschiedenen Stellen das Schlagwort, das den Zustand der Parteiführung und die von ihr betriebene Politik illustrieren soll.¹⁹³ Einen besonderen Stellenwert im Bereich der sowjetischen Innenpolitik haben die Experten den Themenfeldern Partei, Macht und Ideologie sowie Bevölkerung, Dissens und Nationalitäten beigemessen.

4.2.1 *Partei, Macht und Ideologie*

Die KPdSU-Führung wird zu Beginn der siebziger Jahre als sehr stabil eingeschätzt. Meinungsverschiedenheiten würden, so die Vermutung, durch zahlreiche Kompromisse überbrückt. Auf diese Weise versuche man, Konflikte zu vermeiden, provoziere aber zugleich eine gewisse Schwerfälligkeit der Politik.¹⁹⁴ Der nach außen gebotene Eindruck einer geschlossenen Parteiführung sei somit eine Fassade, hinter der sich durchaus unterschiedliche Interessen verbergen würden.¹⁹⁵ Diese Annahme wird in den Analysen der Parteiführung der Folgejahre bestätigt. Im Berichtszeitraum 1976/77 findet sich erstmals der Versuch, die 1973 als „undurchsichtig“¹⁹⁶ charakterisierten Machtverhältnisse in der Parteispitze mit Hilfe von Überlegungen aus den Bürokratie- und Interessengruppenansätzen theoretisch zu erfassen. Dementsprechend wird den bürokratischen Apparaten große Bedeutung für den politischen Entscheidungsprozess beigemessen. Diese Bürokratien mit ihrer Tendenz zur Entwicklung von Autonomie würden nur durch die führende Rolle der Partei, eine starke Nomen-

192 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 17.

193 Siehe ebd., S. 21; des Weiteren vgl. Sowjetunion 1975/76. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1976, S. 29 und S. 71. Sowjetunion 1976/77, S. 16. Sowjetunion 1978/79. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1979, S. 11. Sowjetunion 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1981, S. 15 und S. 23.

194 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 28.

195 Vgl. Sowjetunion 1974/75. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1976, S. 18-23.

196 Sowjetunion 1973, S. 22.

klatura und zahlreiche Klientelbeziehungen unter Kontrolle gehalten, so die Experten. Ihre Interessen müssten aber dennoch in der operativen Politik berücksichtigt werden. Als bedeutsam schätzen die Wissenschaftler des Weiteren auch den Einfluss von KBG und Militär ein, der unter Brežnev deutlich gewachsen sei.¹⁹⁷ Als Fazit gilt somit: „Politik in der Sowjetunion ist daher immer noch wesentlich die Wechselwirkung zwischen mächtigen Führern, deren Gefolgschaften und institutionellen Basen.“¹⁹⁸

Dass dieser Erklärungsversuch nur einen kleinen Teil der sowjetischen Realität erfasste und die sowjetische Politik im Ergebnis nicht ausschließlich durch das Zusammenspiel verschiedener bürokratischer Interessen bedingt war, wird durch folgende, bereits im Jahrbuch *Sowjetunion 1974/75* getroffene Einschätzung deutlich: So gehen die Wissenschaftler davon aus, dass die KPdSU bei der Konzeption ihrer Politik in zunehmendem Maße dazu gezwungen sei, neben parteiinternen Gegebenheiten bestimmte Entwicklungen in einigen Bereichen der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen, wie folgende Textpassage darlegt:

„Die Sowjetpolitik bewegt sich deshalb heute auf einer Linie, die als Resultante von eigendynamischen Basisprozessen [in der Gesellschaft] und politischen Steuerungen und Gegensteuerungen betrachtet werden kann. Dabei ist der Spielraum für Kursänderungen im Sinne einer Liberalisierung wegen der Bindungen an die politisch-ideologischen Hauptprinzipien und dem Festhalten am machtpolitischen Monopol der Partei gering. Aber auch für eine einschneidende Kursänderung im Sinne zentralistisch-restaurativer Kontrollverstärkung gibt es wegen der Notwendigkeit, den Bedürfnissen einer anspruchsvoller und mündiger werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen, wenig effektive Möglichkeiten.“¹⁹⁹

In dieser Bilanz kommen über die zuvor angesprochenen Faktoren hinaus folgende Punkte deutlich zum Tragen: zum ersten die Gebundenheit der sowjetischen Politik an die Ideologie, des Weiteren die Eingeschränktheit ihres Handlungs- und Reformspielraums durch eben diese Ideologie und schlussendlich aufgrund der in der Bevöl-

197 Vgl. *Sowjetunion 1976/77*, S. 16-17 und S. 31-34.

198 Ebd., S. 17. Auch für die Folgejahre wird immer wieder die Vermutung geäußert, dass die nach außen demonstrierte Geschlossenheit der Sowjetführung kein ausreichender Beweis für weit reichenden Konsens sei, vgl. beispielsweise *Sowjetunion 1978/79*, S. 21.

199 Vgl. *Sowjetunion 1974/75*, S. 18.

kerung stattfindenden Veränderungen die Unmöglichkeit einer radikalen restaurativen Kursänderung. Dabei wird auf Expertenseite angenommen, dass sich die Führung der Sowjetunion dieses Dilemmas bewusst sei und daher den einzig möglichen Weg einschlage, indem sie versuche, alle wesentlichen Elemente des bestehenden Systems beizubehalten und durch verstärkte Maßnahmen zur ideologischen Indoktrination die Bevölkerung wieder stärker an die Partei zu binden.²⁰⁰

Wie die Wissenschaftler ab Mitte der siebziger Jahre feststellen, kann die KPdSU sich jedoch nicht in allen Gebieten der Innenpolitik auf die gewünschte Weise durchsetzen. Die mittlerweile erlahmte Dynamik der Partei und die nachlassende Bindungskraft der Ideologie werden als dafür verantwortlich angesehen: „Die KPdSU hat in den fast 60 Jahren ihrer Herrschaft den mitreißenden Elan der frühen Jahre verloren, ihr Programm besitzt kaum noch Zugkraft. Besondere Beachtung verdient, dass die marxistisch-leninistische Ideologie, die ja Motor und Rechtfertigung der KPdSU ist, an Glaubwürdigkeit in der sowjetischen Bevölkerung eingebüßt hat.“²⁰¹ Gegen Ende des Jahrzehnts wird diese Einschätzung nochmals bekräftigt. Zwischen dem Anspruch der Ideologie und der sowjetischen Realität klaffe ein ernüchternder Widerspruch. Die breite Masse der Bevölkerung lasse sich nicht mehr durch ideologische Phrasen mobilisieren.²⁰² Die theoretischen Vorgaben des Marxismus-Leninismus und die tatsächlichen Möglichkeiten der pragmatischen Sowjetpolitik schlossen sich immer mehr aus, als Resultat dieser Entwicklung sei eine „quasi-entropische Bewegungsarmut“²⁰³ in der politischen Führung festzustellen. Dass im Gefolge dieser Immobilität zahlreiche immanente Schwächen und Spannungen des Systems mit in die Zukunft transportiert würden, vermuten die Experten bereits 1973.²⁰⁴

Insgesamt steht somit nach Ansicht der Experten in der sowjetischen Politik weniger Erneuerung und Veränderung, sondern vielmehr „die Festschreibung des Beste-

200 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 16 und S. 31.

201 Sowjetunion 1975/76, S. 18.

202 „Ganz offensichtlich hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten der Widerspruch zwischen dem hohen Anspruch der Ideologie und den ernüchternden Realitäten verschärft. Für die breite Bevölkerung hat die offizielle Lehre ihre inspirierende Kraft eingebüßt. Der Marxismus-Leninismus hielt mit den raschen Veränderungen der Zeit nicht Schritt. Heute ist er nicht mehr so sehr ein Motor, sondern ein Bremsklotz.“, s. Sowjetunion 1978/79, S. 21.

203 Ebd., S. 30.

204 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 21. Ebenso Sowjetunion 1975/76, S. 71: „...in der sowjetischen Innenpolitik führt Immobilismus mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu Verhärtung und der Anhäufung ungelöster Konflikte.“

henden“ auf der Tagesordnung.²⁰⁵ Dass grundlegende Erneuerungen im wirtschaftlichen Bereich Rückwirkungen auf das politische System haben dürften, die nicht im Sinne der Staatsführung lägen, deutet folgende Formulierung vorsichtig an:

„Die sowjetische Bürokratie hat traditionell in erster Linie der Kontrolle und nur sekundär der Organisation der Modernisierung gedient. Eingriffe in das von Stalin nicht zuletzt als Herrschaftsinstrument entwickelte System zentralistischer Planwirtschaft – das bis heute nur modifiziert, aber nicht grundlegend erneuert worden ist – dürften unweigerlich auch Rückwirkungen auf das politische System haben.“²⁰⁶

Die Schilderungen der Bewegungslosigkeit in der sowjetischen Führung häufen sich gegen Ende des Jahrzehnts und am Übergang zu den achtziger Jahren immer mehr. Die Scheu vor Veränderungen bzw. die Unfähigkeit der greisen Staatsführung, das politische Instrumentarium von einst den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, scheint so groß zu sein, „dass die Sowjetunion heute fast den Eindruck der Monotonie oder sogar der Stagnation erwecken kann.“²⁰⁷ Diese Tatsache stehe in einem offensichtlichen Gegensatz zum gegenwärtigen raschen Wandel und Fortschritt in der Sowjetunion²⁰⁸, die eigentlich eine flexible Politik erfordern würden, so dass zum ersten Mal die Frage aufgeworfen wird, „wie weit das System mit seinen bürokratischen Methoden die an es gestellten Anforderungen weiterhin einigermaßen lösen kann.“²⁰⁹

Mit den beginnenden achtziger Jahren betonen die Sowjetunionexperten immer deutlicher die zunehmenden Einflüsse gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und weltpolitischer Entwicklungen auf den innenpolitischen Handlungsspielraum: Die Ver-

205 Sowjetunion 1976/77, S. 82.

206 Ebd., S. 26.

207 Sowjetunion 1978/79, S. 11 und S. 15. Dazu auch Sowjetunion 1980/81, S. 14 und S. 25-26. Dort wird im Rahmen der Analyse des XXVI. Parteitags der KPdSU angemerkt, dass die Parteitage der Breznev-Ära bereits in ihrer Farblosigkeit „Geist und Stil der gegenwärtigen Führung“ offenbaren und sich in den vergangenen Jahren inhaltlich sehr ähneln würden, da sich die sowjetischen Politiker von jeglichen Neuerungen wohl schon lange verabschiedet hätten. Der offensichtliche Immobilismus liege ursächlich nicht nur an der Vergreisung der Führungsspitze, sondern vor allem in der Tatsache begründet, „dass jeder Versuch einer Veränderung der heutigen politischen Grundsituation Konsequenzen nach sich ziehen würde, die auf Systemveränderungen mit unabsehbaren Folgen hinauslaufen würden.“, s. ebd., S. 23.

208 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 15.

209 Ebd., S. 85.

schlechterung des Ost-West-Verhältnisses, der Rüstungswettlauf und die Versorgungsschwierigkeiten seien akute Probleme, die, sollten sie sich in den nächsten Jahren verschärfen, zu einer „hochgradig angespannten Lage in der sowjetischen Innenpolitik“²¹⁰ führen könnten. Noch schätzen die Wissenschaftler die Misstände als tragbar und beherrschbar ein, auf Dauer stehe die sowjetische Regierung aber unter Handlungszwang,

„...denn die Reformmöglichkeiten des gegenwärtigen, an marxistisch-leninistischen Prinzipien orientierten Systems sind soweit ausgeschöpft, dass weder für die Modernisierung der Wirtschaft oder des kulturellen Lebens, noch für die Mobilisierung der ostmitteleuropäischen Länder oder kommunistischer Bewegungen im weltpolitischen Rahmen neue wegweisende Impulse gesetzt werden können.“²¹¹

Wie erneut deutlich wird, sehen die Experten somit der Reformierbarkeit des sowjetischen Systems im bisherigen Rahmen enge Grenzen gesetzt. In der Befürchtung, innere Probleme könnten in außenpolitische Aggression umschlagen und eine Welt umfassende „Großkrise“²¹² auslösen, spiegelt sich deutlich der historische welt- und deutschlandpolitische Kontext der beginnenden achtziger Jahre wider.

Anlässlich des Todes Brežnevs findet im Jahrbuch 1982/83 eine Bestandsaufnahme des sowjetischen Systems statt, die mit einer Rückblende über die gesamte zurückliegende Ära verbunden ist und die zuvor getroffenen Einschätzungen im Wesentlichen bestätigt.²¹³ Zum ersten Mal jedoch wird der Gesamtzustand der Sowjetunion als so bedenklich bewertet, dass er die Bezeichnung „Krise“, wenn auch noch versehen mit einem Fragezeichen, erhält.²¹⁴ Als Symptom einer Krise wird die Tatsa-

210 Sowjetunion 1980/81, S. 13.

211 Ebd., S. 23, des Weiteren dazu auch S. 24-25.

212 Ebd., S. 25. Im Gegensatz zur innenpolitischen Schwerfälligkeit wird der Sowjetunion in außenpolitischer Hinsicht und vor dem Hintergrund der Invasion in Afghanistan noch eine große Manövrierfähigkeit zugetraut, vgl. ebd., S. 115.

213 Vgl. Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1983, S. 25-27. Zentral dazu die Einschätzung: „Die unter Breshnew so erstaunlich langlebige kollektive Führung war der institutionelle Ausdruck eines neuen ungefähren Gleichgewichts der großen Apparate. Der Preis für diese Entwicklung war ein Hang zum bürokratischen ‚Durchwursteln‘ in der Innenpolitik, der schließlich in immer offenkundigeren Immobilismus einzumünden drohte.“, S. 26.

214 „Die Sowjetunion vor der Krise?“ – So die Überschrift eines Unterkapitels der Einleitung, s. Sowjetunion 1982/83, S. 27.

che angesehen, dass das von Stalin gegründete Mobilisierungsregime immer mehr an seine Grenze gestoßen sei, aber keine alternativen politischen Konzepte für die Zukunft der Sowjetunion existieren würden, die im Rahmen einer Kontinuität der Strukturen Verbesserungen vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht ermöglichen könnten. Ein Zusammenbruch des Regimes, so die Experten, sei aber noch nicht zu erwarten, denn Polizei und Militär als Repressivorgane seien intakt, die Interessenpolitik der Nomenklatura sei auf die Wahrung des Status quo ausgerichtet und wirke somit stabilisierend, die Sowjetunion stelle immer noch eine bedeutende Weltmacht dar und ein geringes Wirtschaftswachstum sei weiterhin vorhanden.²¹⁵ Daher gebe es auch für die Zukunft noch ausreichend „Potential zum Weiterwursteln“²¹⁶.

4.2.2 *Bevölkerung, Dissens und Nationalitäten*

Die Stabilisierung und Konsolidierung der innenpolitischen Situation zu Beginn der siebziger Jahre gehe mit verstärkten ideologischen Kampagnen in der Bevölkerung und strengeren Kontrollen gegenüber Andersdenkenden einher, so die Einschätzung der Experten. Derartige Repressionen seien jedoch nicht geeignet, die kritische sowjetische Intelligenz wieder stärker auf den Kurs der Partei einzuschwören.²¹⁷ Seit der Schlussakte von Helsinki 1975 und den in „Korb III“ getroffenen Abmachungen sei die Sowjetunion allerdings mehr als zuvor genötigt, bei ihrem Vorgehen gegen die Dissidenten auf den negativen Eindruck zu achten, den allzu repressive Maßnahmen im Westen machen würden.²¹⁸ So beteilige sie sich zwar aktiv an der internationalen Menschenrechtsdiskussion, um im Westen ein gutes Bild abzugeben, versuche aber angestrengt, die Rückwirkungen auf die innerstaatlichen Verhältnisse weitestgehend

215 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 27: „Natürlich wäre es verfrüht, einen Zusammenbruch des Regimes zu erwarten. Die Repressivorgane – Polizei und Militär – sind intakt [...]. Auch hängt der sowjetische Parteistaat nicht in der Luft [...], sondern ist mittels eines minutiös gestaffelten Privilegiengflechts mit den Interessen aller potentiell politisch bedeutsamen ‚Eliten‘ verknüpft. Im Übrigen wirkt die heimliche Angst all dieser ‚Eliten‘ vor der Anarchie durchaus stabilisierend. Auch die Wirtschaft wächst einstweilen immerhin noch. Schließlich ist die Sowjetunion eine mächtige Militärmacht mit starker strategischer Position. Auch ist noch keineswegs sicher, mit wie viel Erfolg die westlichen Demokratien ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme meistern werden – was wiederum erhebliche Rückwirkungen auf die sowjetische Ausgangsposition haben könnte.“ Siehe des Weiteren S. 28-29.

216 Ebd., S. 29.

217 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 23.

218 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 81-82.

zu unterbinden. Wie von Expertenseite festgestellt wird, bilde die Einforderung der Grundrechte das Hauptanliegen der seit Mitte der siebziger Jahre immer deutlicher werdenden Bürgerrechtsbewegung: „Sehr viele dieser Dissidenten verstehen ausdrücklich ihre Tätigkeit nicht als einen politischen, sondern als moralischen Kampf.“²¹⁹

Wie im Berichtszeitraum 1978/79 betont wird, handele es sich bei den Dissidenten keineswegs nur um ein kurzlebigen Zufallsphänomen. Die Oppositionsbewegung erfasse aber lediglich Teile der sowjetischen Intelligenz, daher halten die Experten es zu diesem Zeitpunkt für fraglich, ob von anderen Gruppen oder Schichten der Bevölkerung in absehbarer Zukunft ebenfalls reformerische oder demokratische Impulse ausgehen könnten.²²⁰ Wie sie des Weiteren konstatieren, habe sich durch das Wirken der Dissidenten die Ausbreitung neuer geistiger und moralischer Standards in der Gesellschaft beschleunigt, es sei eine Art zweite Kultur neben der offiziellen, vom Staat propagierten Kultur entstanden. Diese „geistige Unterwanderung“ anstelle von direkter politischer Opposition ist in den Augen der Wissenschaftler von nicht zu unterschätzender Bedeutung: „Das Anwachsen des Bereiches der zweiten Kultur, ihre quantitative und qualitative Zunahme inner- und außerhalb der offiziellen Kultur, ihre geistige Verselbständigung zeigen, dass es sich hier anscheinend um einen irreversiblen Vorgang handelt, der den absoluten Machtanspruch der Partei im System schon heute deutlich unterhöhlt hat.“²²¹ In der zunehmenden Unterwanderung des Machtanspruchs der Partei liegt somit in der Einschätzung der Experten die eigentliche Gefahr, die das Sowjetsystem durch die Dissidentenbewegung zu fürchten habe.

Im Bezug auf den weitaus größeren Teil der sowjetischen Gesellschaft kämpfe die sowjetische Führung nach Ansicht der Experten jedoch mit anders gearteten Problemen, die allerdings ebenfalls Ausdruck der zunehmenden Legitimationslücke zwischen Partei und Gesellschaft seien: So habe man zwar im Bereich der Sozialleistungen, des Bildungswesens und des Konsumgüterversorgung erhebliche Fortschritte erzielt, der Abstand zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit sei jedoch nach wie groß. Die Experten sehen in der Bevölkerung eine „Konsumentenmentalität“ im Entstehen

219 Sowjetunion 1976/77, S. 90.

220 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 117.

221 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 101-102, ähnlich bereits in Sowjetunion 1978/79, S. 117. „Das weitere Bestehen der primär bürgerrechtlich orientierten Dissidenten erscheint für die weitere Entwicklung nonkonformen Denkens und Handelns in der sowjetischen Intelligenz und langfristig für die Etablierung anderer geistiger und damit politischer Standards als der überkommenen und zäh verteidigten wesentlich zu sein.“

begriffen, die den weiteren Ausbau des Konsumgütersektors erwarte und der die Kluft zwischen Propaganda und Realität keineswegs verborgen bleibe – eine Entwicklung, die insgesamt nicht ohne beeinträchtigende Wirkung auf die ideologische Loyalität der Bürger vonstatten gehen werde.²²² Während die Herrschaftsstruktur in der Sowjetunion und die an die Bevölkerung gestellten Erwartungen im Prinzip unverändert seien, so die Experten, fänden somit Umwälzungen geistiger und sozialer Art in der Bevölkerung statt, die der angestrebten Homogenisierung der sowjetischen Gesellschaft entgegenliefen und in ihrer Gesamtwirkung als problematisch angesehen werden müssten:

„Dabei handelt es sich nicht um dramatische Vorgänge, sondern um unmerkliche, aber stetige Prozesse, die mit einer fortschreitenden Differenzierung der sowjetischen Gesellschaft und mit sich wandelnden materiellen und geistigen Lebensbedingungen zusammenhängen, die in ihrer Gesamtwirkung einige beunruhigende Konsequenzen erkennbar werden lassen.“²²³

Die Sowjetbürger seien nicht mehr zum aktiven Aufbau des Sozialismus zu motivieren, es herrsche eine große Ideologiemüdigkeit in der Bevölkerung. Vor allem bei den jüngeren Personen, die eine bessere Ausbildung erhalten hätten, den Nachrichten aus dem Westen gegenüber aufgeschlossener begegneten, mehr Selbstbewusstsein zeigten und insgesamt stärker aufs eigene Glück bedacht seien, verliere die Ideologie zunehmend an Bedeutung: „Entscheidend wurde [...] der Grad der persönlichen Zufriedenheit des Bürgers mit seinen materiellen Lebensbedingungen.“²²⁴

Mit dem Ende der Ära Brežnev ist in der Riege der Sowjetunionexperten die Überzeugung gewachsen, dass zunehmend alternative Haltungen in der Gesellschaft Einzug gehalten hätten, die eine Art „zweite Realität“ hinter der propagandistischen Fassade eines funktionierenden Sozialismus darstellen würden. Die aktivste darunter manifestiere sich im Dissens, eine deutlich passive Einstellung zeige sich hingegen in eskapistischen Verhaltensweisen wie Alkoholismus, Drogen und Ausreisebewegungen.²²⁵ An dieser Stelle wird in den Augen der Experten ein weiteres Mal deutlich, „dass es in der sowjetischen Gesellschaft keine integrierende Ideologie mehr gibt, die solche systemwidrigen Haltungen unterbinden oder abschwächen und eine echte So-

222 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 16-17.

223 Ebd., S. 31 und S. 36-37.

224 Vgl. Sowjetunion 1976/77, S. 84, sowie Sowjetunion 1978/79, S. 36 und S. 43-44.

225 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 93-99.

lidargemeinschaft von Gesellschaft und Regime herstellen könnte.“²²⁶ Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung werde allerdings von Seiten des Regimes verkannt: So würden vor allem die nach außen, in Richtung Westen wirksamen Dissidenten in unangemessener Härte verfolgt, während man für den Erosionsprozess im größten Teil der Gesellschaft eigentümlich blind zu bleiben scheine.²²⁷

Neben den Prozessen der „sozialen Desintegration“²²⁸ in der Gesellschaft ist die Entwicklung der Nationalitäten im sowjetischen Staat Gegenstand der Untersuchungen der Experten. Bereits 1973 wird der Nationalitätenfrage aufgrund des beobachteten wachsenden nationalen Eigenbewusstseins einiger Völker, das laut den Wissenschaftlern durch den Druck der Russifizierung noch verstärkt worden sei, große innenpolitische Bedeutung zugeschrieben.²²⁹ Des Weiteren würden sich auch in den Nationen die Auswirkungen der sowjetischen Sozialpolitik zeigen, denn durch die Hebung seien dort neue nationale Eliten entstanden, die dem Sowjetsystem zwar loyal gegenüberstünden, sich aber nachdrücklich für die Belange ihrer Völker einsetzen würden.²³⁰ Da von sowjetischer Seite schon seit Jahren im Einklang mit den ideologischen Maximen offiziell verkündet werde, dass alle nationalen Probleme gelöst seien, seien die Entwicklungen in den nichtrussischen Völkern für die Sowjetführung wohl eher unerwartet. Die Experten schätzen den Handlungsspielraum des Regimes gegenüber den nationalistischen Regungen jedoch als recht begrenzt ein, da es diese gemäß der marxistisch-leninistischen Theorien im entwickelten Sozialismus gar nicht mehr geben dürfe.²³¹

Gegen Ende der siebziger Jahre kommt die Nationalitätenproblematik in den Experteneinschätzungen erneut zur Sprache. Zu den bereits früher getroffenen Einschätzungen kommen nun weitere hinzu. So wird ein weiterer Grund für die Nationalisierung in der Tatsache gesehen, dass die nachlassende Legitimationskraft der Ideologie zu einem geistigen Vakuum geführt habe, das nun durch den Nationalismus gefüllt werde. Auch ökonomische Benachteiligungen der Unionsrepubliken würden für den erstarkenden Nationalismus eine Rolle spielen. Von Expertenseite wird vermutet, dass die oppositionellen nationalen Bewegungen in den ehemals am stärksten russifi-

226 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 95.

227 Vgl. ebd., S. 100-101.

228 Sowjetunion 1975/76, S. 43.

229 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 41-42.

230 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 62.

231 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 86.

zierten Gegenden bereits über eine beträchtliche Massenbasis verfügen könnten.²³² In der Bilanz attestieren die Wissenschaftler den nichtrussischen Völkern mit der Charakterisierung als „eine der großen Unbekannten der gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion“²³³ eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Zukunft der Sowjetunion.

4.3 Wirtschaft in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev

Bis Mitte der siebziger Jahre ist in den Gesamtuntersuchungen der Sowjetunionforscher eine eindeutige Schwerpunktsetzung auf wirtschaftsspezifische Analysen festzustellen. Dies äußert sich vor allem in der Qualität der einzelnen Darstellungen, die deutlich mehr Bilanzen und Perspektiven anbieten, als dies für den Bereich der Innenpolitik der Fall ist. Zum einen mag dies damit zusammenhängen, dass die Fünfjahrespläne mit ihren Zielsetzungen und Planvorgaben jeweils im Voraus offiziell bekannt gegeben wurden und somit mehr Datenmaterial vorhanden war. Soziale Prozesse waren zum anderen aufgrund des Mangels an empirischen Daten deutlich schlechter zu erfassen.²³⁴ Durch die Öffnung der Sowjetunion im Zuge der internationalen Entspannung und die zunehmende Intensivierung des Außenhandels mit den westlichen Ländern ist auch durchaus zu vermuten, dass Einschätzungen der sowjetischen Wirtschaft und ihres zukünftigen Potentials neben Analysen mit sicherheitspolitischer Relevanz von hoher Bedeutung waren und daher mit großem Interesse verfolgt wurden.

Die Untersuchungsarbeit der Experten ist im Wesentlichen an den theoretischen Planvorgaben und den tatsächlich erreichten Ergebnissen orientiert. In die zweite Hälfte der Amtszeit Brežnevs fallen der 9. (1971-1975) und der 10. Fünfjahresplan (1976-1980) sowie der Beginn des 11. Planjahrfünfts (1981-1985).

232 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 87-88 und S. 92-93, sowie zu den ökonomischen Spannungen zwischen nichtrussischen Republiken und der Zentrale in Moskau Sowjetunion 1975/76, S. 71.

233 Sowjetunion 1978/79, S. 85. Dazu auch S. 95. „Mögen auch manche der von den oppositionellen nationalistischen Gruppen vertretenen politischen Zielvorstellungen illusionär erscheinen, so darf man doch nicht vergessen, dass politische Programme häufig nicht das erreichen, was sie sich vornehmen, aber deshalb durchaus nicht wirkungslos sind. Auch im Falle der Sowjetunion bestätigt sich die universalhistorische Einsicht, dass Nationen und ihre Sprachen zu den zählebigsten historischen Erscheinungen gehören, die wir kennen. Sie haben eine höhere historische Lebenserwartung als soziale Klassen und Staaten.“

234 So die Aussage in Sowjetunion 1980/81, S. 17.

4.3.1 9. Planjahr fünf 1971-1975

Der 9. Fünfjahresplan ist 1973 bereits seit zwei Jahren in der Umsetzungsphase, so dass von Seiten der Experten ein erstes Fazit gezogen werden kann. Als Hauptziele des Plans identifizieren die Wissenschaftler eine Steigerung der Produktivität im Bereich der beiden entscheidenden Faktoren Arbeit und Kapital sowie einen raschen Anstieg der Konsumgüterproduktion. Beide Vorhaben, so die Einschätzung, hätten bisher nicht realisiert werden können.²³⁵ Folgende Probleme sehen die Wissenschaftler als ausschlaggebend für die missliche Lage der sowjetischen Wirtschaft an: der aufgrund der Verknappung der Produktionsfaktoren Arbeitskraft und Kapital dringend erforderliche und bislang misslungene Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaften²³⁶; die zunehmende Komplexität und die damit verbundene erschwerte Planbarkeit der wirtschaftlichen Verflechtungen in der immer moderner werdenden sowjetischen Industriegesellschaft²³⁷; die systembedingte Innovations-trägheit der sowjetischen Betriebe, die einer Modernisierung der Produktion im Wege stehe²³⁸; die gestiegenen Konsumansprüche der sowjetischen Bevölkerung, die durch die unzureichende Leistung der Konsumgüterproduktion nicht befriedigt werden könnten²³⁹.

Bei der konkreten Analyse des 9. Fünfjahresplans kommen die Experten zu folgenden Ergebnissen: Zum einen weist der Plan als solcher mangelnde Konsistenz auf, die das Ergebnis innerparteilicher Auseinandersetzungen um konzeptionelle Schwerpunkte der Plangestaltung sei: „Die Sowjetunion bestätigt offenbar die Erfahrung aller Systeme mit pluralistischer Interessen- und Organisationsstruktur, dass

235 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 53.

236 Vgl. ebd., S. 55-56. „Die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR ist auf der Input-Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch eine zunehmende Verknappung extensiver Wachstumsreserven bei gleichzeitig unzureichender Produktivitätsentfaltung gekennzeichnet. Dies gilt sowohl für den Produktionsfaktor Arbeit als auch für die Kapitalbildung.“

237 Vgl. ebd., S. 57. „Außer den bereits genannten Engpässen in der quantitativen und qualitativen Entwicklung der Produktionsfaktoren sei vor allem darauf hingewiesen, dass sich das traditionelle System der sowjetischen Wirtschaftsplanung den Motivations-, Informations- und Organisationsproblemen, die in der reifer werdenden Sowjetgesellschaft zunehmend schwerer zu lösen sind, immer weniger gewachsen zeigte.“

238 Vgl. ebd., S. 55 und S. 57. „Wiederholte Ansätze, die Produktionsstrukturen zu modernisieren, scheiterten an einer dem System der sowjetischen Wirtschaftsplanung immanenten Tendenz, geschaffene Strukturen eher erweitert zu reproduzieren als im Sinne einer Modernisierung zu verändern.“

239 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 58.

Verteilungskämpfe mit nachlassender Wachstumsdynamik an Heftigkeit zunehmen.²⁴⁰ Zum anderen seien die Planvorgaben schlichtweg schlecht umgesetzt worden: Die mangelnde Bereitschaft zu innovativen Neuerungen von Seiten der Betriebe, eine falsche Gewichtung der Investitionen sowie qualitative Mängel als auch quantitative Engpässe hätten eine zügige Realisierung der Planziele verhindert.²⁴¹ Schlussendlich wirke sich die schlechte Versorgung mit Konsumgütern nachteilig auf die Arbeitsmotivation aus, die auch durch moralische Appelle nicht wesentlich erhöht werden könne, so dass eine Steigerung der Produktivität auch auf diesem Wege kaum möglich sei.²⁴²

Insgesamt bewerten die Experten die Effektivität des bisherigen konservativ-pragmatischen sowjetischen Reformkurses als gering, da eine erfolgreiche Produktivitätssteigerung ihrer Meinung nach nur durch eine grundsätzliche Wandlung im administrativen Planungs- und Lenkungssystem realisierbar erscheint.²⁴³ Einer umfassenden Wirtschaftsreform im Sinne eines Übergangs zu marktwirtschaftlichen Elementen im Rahmen des sozialistischen Systems stehen in den Augen der Wissenschaftler folgende Aspekte im Wege: Das Prinzip des kollektiven Eigentums und der zentralen Planung seien einerseits nicht nur als Instrumente der Wirtschaftspolitik, sondern auch als Mittel der Herrschaftssicherung innerhalb des parteimonopolistischen Sozialismus von großer Bedeutung. Andererseits würden vor langfristig zu erwartenden Reformgewinnen zunächst kurzfristige und nicht unerhebliche Transformationsverluste auftreten, „so dass eine cost-benefit-Analyse der Reform eher ein Zuwenig als ein Zuviel an Veränderungen darlegt.“²⁴⁴ Aus wirtschaftspolitischen und herrschaftstechnischen Erwägungen heraus seien die sowjetischen Reformmaßnahmen in den somit keinesfalls irrational; daher sei auch in Zukunft mit einer Fortsetzung des begrenzten Reformkurses zu rechnen.²⁴⁵

240 Sowjetunion 1974/75, S. 88, vgl. dazu auch Sowjetunion 1973, S. 69.

241 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 69 und Sowjetunion 1974/75, S. 99.

242 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 101.

243 Sowjetunion 1973, S. 82. „Da die vorgesehenen Maßnahmen keine grundsätzliche Wandlung im Planungs- und Lenkungssystem mit sich bringen [...], ist ein entscheidender Produktivitätsgewinn nicht zu erwarten.“

244 Ebd., S. 85-86.

245 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 132. „Im Bereich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen schließlich ist eine Fortsetzung des begrenzten Reformkurses zu erwarten. Einer grundlegenden Wandlung des Planungssystems stehen ökonomische und politische Risiken im Wege. Andererseits zwingen die chronischen Funktionsprobleme des bestehenden Systems immer wieder dazu, den vorhandenen Rahmen für begrenzte Reformen zu nutzen.“ Ebenso in Sowjetunion 1975/76, S. 85.

Während die Experten 1973 trotz der geschilderten Probleme überraschend optimistisch noch davon ausgehen, dass die gegenwärtig eingeleiteten Reformschritte zumindest bescheidene Wachstumsgewinne erzielen könnten²⁴⁶, wird diese Möglichkeit mit dem Ende des 9. Fünfjahresplans 1975 nicht mehr angesprochen. Die zurückliegenden Jahre werden nun als eine „Phase abnehmender Wachstumsdynamik“²⁴⁷ charakterisiert. Die Bilanz fällt zwiespältig aus: Positiv wird gewertet, dass sich die Lage der sowjetischen Wirtschaft im Vergleich zu den westlichen Industrieländern nach wie vor deutlich verbessert habe, als negativ wird jedoch gesehen, dass die angestrebten Wachstumsziele nicht erreicht worden seien und der Plan vor allem in den Zielsetzungen der Produktivität und des verbesserten Konsumgüterangebots defizitär geblieben sei.²⁴⁸ Besonders problematisch seien des Weiteren zum einen die Entwicklung der besonders witterungsanfälligen extensiven Wirtschaftsweise in der sowjetischen Landwirtschaft²⁴⁹, zum anderen die Tatsache, dass die angesagte nachhaltige Steigerung des Lebensstandards und des Konsumgüterangebots trotz einer Erhöhung weit hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibe.²⁵⁰

Als charakteristisch für den 9. Fünfjahresplan werten die Experten auch die schnelle Zunahme der außenwirtschaftlichen Verflechtungen, vor allem die ganz offensichtlich überdurchschnittliche Steigerung der Getreidezufuhr aufgrund der Missernten.²⁵¹ Das verstärkte außenwirtschaftliche Engagement im Handel mit dem Westen sei als ein Versuch anzusehen, die schwerwiegenden ökonomischen Probleme durch vermehrte Importe von westlichem Kapital und technischem Know-how zu beheben. Auch die verstärkten Aktivitäten in den Entwicklungsländern seien nicht mehr als rein außenpolitisch motiviert zu interpretieren, sondern hätten mittlerweile vor allem wirtschaftliche Gründe, was allerdings langfristig noch keine Abkehr von

246 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 83-84.

247 Sowjetunion 1975/76, S. 93.

248 Vgl. ebd., S. 93 und S. 98, ebenso schon in Sowjetunion 1974/75, S. 131.

249 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 13 und S. 115-116.

250 Vgl. ebd., S. 98. Die zunehmende Diskrepanz zwischen faktischer Entwicklung und den vorgegebenen Zielen wurde bereits 1974/75 als problematisch erkannt: „Die wirtschafts- und sozialpolitische Problematik liegt weniger in der absoluten Höhe des Lebensstandards als vielmehr im Auseinanderschieren von Versorgungsgrad und Anspruchsniveau der sowjetischen Bevölkerung. Dass die Ansprüche gewachsen sind, ist einmal auf das zunehmende Wirken des internationalen Demonstrationseffektes zurückzuführen. Zum anderen macht sich bemerkbar, dass die sowjetische Führung den ‚wesentlichen Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Volkes‘ als Hauptziel des 9. Fünfjahresplans herausgestellt und damit die Erwartungen hochgeschraubt hatte.“, s. Sowjetunion 1974/75, S. 111.

251 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 98-99.

den bisherigen imperialen Expansionsgedanken zu bedeuten habe.²⁵² Insgesamt gehen die Experten von einer engen Verbindung sowjetischer Außen- und Wirtschaftspolitik aus, die auch für die nächsten Jahre als wegweisend anzusehen sei, auch wenn die bisherigen Anstrengungen zu keiner spürbaren Entlastung der Binnenwirtschaft geführt hätten, sondern nach außen „das Ausmaß des ungeheuren Nachholbedarfs der Sowjetunion im wirtschaftlich-technischen Entwicklungsprozess“²⁵³ überhaupt erst sichtbar gemacht hätten.

In der Bilanz schätzen die Wissenschaftler die Perspektiven für einen wirtschaftlichen Aufschwung im kommenden 10. Planjahrünft als eher schlecht ein, „da den systemexternen Faktoren und den Mängeln des Planungssystems kaum entgegengewirkt werden kann und sich die strukturellen Fehlentwicklungen nur langsam korrigieren lassen.“²⁵⁴ Potential zum „Durchwursteln“ sehen sie aber in der sowjetischen Wirtschaft nach wie vor gegeben: „Partielle Verbesserungen ihrer Leistungsfähigkeit sind nicht ausgeschlossen, nachhaltige Effizienzsteigerungen aber nicht zu erwarten.“²⁵⁵

4.3.2 10. Fünfjahresplan 1976-1980 und Beginn des 11. Planjahrünfts 1981-1985

Mit dem Beginn des 10. Fünfjahresplans hat sich der Eindruck der Experten nochmals verfestigt, dass die sowjetische Wirtschaftsentwicklung in eine Phase rückläufiger Wachstumsdynamik geraten sei. Das sowjetische Planungssystem sei bis jetzt

252 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 85, S. 87-88 und S. 106. Zu dem nach wie vor als expansiv eingeschätzten Grundzügen sowjetischer Politik siehe auch folgende Bewertung: „Mit diesem Wandel [von rein außenpolitischen zu außenpolitisch-ökonomischen Zielen sowjetischer Entwicklungsländerpolitik] ist zwar keine Abkehr von der ‚Gigantomanie‘ der sowjetischen Entwicklungspolitik früherer Jahre und deshalb auch kein Abrücken von den bisher vertretenen ideologischen Grundprinzipien der Entwicklungspolitik verbunden. Wohl aber ist eine deutliche Konzentration der nur begrenzt zur Verfügung stehenden ökonomischen Mittel auf diejenigen Länder des Nahen und Mittleren Ostens festzustellen, von denen wirtschaftlich ein nicht unerheblicher Beitrag zur Bewältigung der eigenen wirtschaftlichen Probleme erwartet werden kann.“, S. 130. Zur innerwirtschaftlichen Motivation außenpolitischer Handlungen siehe Sowjetunion 1974/75, S. 178.

253 Sowjetunion 1975/76, S. 182. „In jedem Falle dürfte die UdSSR auch im kommenden Jahrünft an großen Importen aus den westlichen Industriestaaten interessiert bleiben, wenn nicht sogar darauf angewiesen sein.“, ebd., S. 165.

254 Ebd., S. 99.

255 Ebd., S. 149.

nicht in der Lage, mit der zunehmenden Modernisierung und strukturellen Differenzierung mitzuhalten:

„Dieses Planungssystem war in der Lage, die Sowjetunion aus dem Zustand wirtschaftlicher Unterentwicklung herauszuführen und die ökonomischen Grundlagen für die Weltmachtstellung der UdSSR zu schaffen. Bei der Aufgabe, auch angesichts komplizierter Produktions- und differenzierter Verbraucherstrukturen seine steuernde Kraft zu entfalten, hat es seine Bewährungsprobe noch nicht bestanden.“²⁵⁶

Wie in dieser Einschätzung anklingt, sind die Experten aber nach wie vor optimistisch, dass das System der zentralen Planung und Lenkung durchaus noch Potentiale habe, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Dafür müsse allerdings nach ihren Berechnungen endlich der Übergang zum intensiven Wirtschaften vollzogen werden, denn nur so sei die dringend erforderliche Produktivitätssteigerung überhaupt noch zu realisieren.²⁵⁷

Im Zentrum der Expertenuntersuchungen stehen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts vor allem die zwei Problemfelder „technischer Fortschritt“ und „Konsum“. So ist zum ersten Mal von einer durch die Organisationsstruktur und Funktionsweise des Planungssystems bedingten „technologischen Lücke“ in der Sowjetwirtschaft die Rede. Hauptursächlich dafür seien zwei Dinge: zum einen die Tatsache, dass große Teile des Investitionsvolumens für die verspätete Modernisierung der Landwirtschaft eingesetzt würden anstatt für die Entwicklung zukunftssträchtiger Innovationen, zum anderen die in der sowjetischen Verfassung implizierte Vollbeschäftigungsgarantie, die eine mögliche Rationalisierung und Automatisierung der Produktion und somit eine größere Effizienz ausschließe. Ausgenommen vom schlechten Niveau der sowjetischen Erzeugnisse seien nur Produkte aus dem Militär- und Raumfahrtsektor. Den von Bedrohungsanalysen behaupteten rüstungstechnischen Gleichstand weisen die Experten zu diesem Zeitpunkt allerdings zurück, wie folgende nüchterne Feststellung

²⁵⁶ Sowjetunion 1976/77, S. 109-110.

²⁵⁷ Vgl. ebd., S. 110. „Zu dem chronischen Problem der unzureichenden Produktion und der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft kommt hinzu, dass sich der Übergang zum intensiven Wachstum viel zu langsam vollzieht. Da freie Arbeitskraftreserven aber kaum noch vorhanden sind und die Investitionszuwächse rapide sinken, musste der Übergang zum intensiven Wachstum, der schon oft angekündigt wurde, nun endlich vollzogen werden. Die Produktivitätssteigerung wird damit zum Kernproblem der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, von dessen Lösung nahezu das gesamte Wachstum abhängt.“

deutlich macht: „Eingehendere Untersuchungen zeigen jedoch, dass die sowjetische Militärmacht weniger auf besonders anspruchsvollen Technologien als auf der Massenproduktion von Waffensystemen beruht, die dem neuesten Stand westlicher Forschung und Produktion bereits nicht mehr entsprechen.“²⁵⁸ Symptomatisch für den technologischen Rückstand seien ebenfalls die Versorgungsengpässe bei Materialien und Ausstattungen sowie die Schwerfälligkeit bei der Umsetzung von Neuentwicklungen in die Praxis.²⁵⁹ Dass das System hier nach Ansicht der Experten an seine Grenzen gestoßen ist, wird in folgendem Urteil deutlich:

„Das Problem des technischen Fortschritts, wie es sich in der UdSSR heute stellt, ist ein Problem des Wirtschaftssystems: Wo die Zahl der an wirtschaftlichen und technischen Entscheidungen zu Beteiligten zu groß wird, wo die Voraussetzungen für die Realisierung so komplizierter Prozesse wie der Einführung des technischen Fortschritts nicht in der unmittelbaren Kompetenz des Anwenders liegen, dort ist bestenfalls nur eine gebremste Wirkung auch noch so kluger Teilreformen zu erwarten. Die bisherige Praxis beschränkt sich auf Kampagnen, wie sie mit wechselnden Zielen für die sowjetische Wirtschaftspolitik typisch sind. Bis heute wurden die Schwerpunkte des technischen Fortschritts weniger autonom gesetzt, als vielmehr von der technologischen Entwicklung in den Industriestaaten des Westens abgeleitet. Mit dem gegenwärtig bestehenden hochbürokratischen System dürfte kaum mehr zu erreichen sein.“²⁶⁰

Des Weiteren werde die soziale Misere aufgrund der wirtschaftlichen Fehlentwicklung immer brisanter. Früher sei die sowjetische Führung weitgehend frei vom Druck der Konsumenten gewesen, rasche Produktionssteigerungen seien durch disziplinarische Maßnahmen zu erreichen gewesen. Mittlerweile würden die ökonomischen Antriebskräfte jedoch mehr auf der persönlichen Motivation des Einzelnen beruhen. Je schlechter die Versorgung mit Konsumgütern allerdings werde, desto weniger Ansporn sei vorhanden, sich für eine Produktivitätssteigerung anzustrengen. Der jahrelang ideologisch verheißene, aber nicht in versprochenem Maße eingetretene Anstieg

258 Sowjetunion 1976/77, S. 151-152, allgemein zum Problemfeld „technischer Fortschritt“ S. 150-162.

259 Vgl. ebd., S. 153. Andeutungsweise findet sich diese Einschätzung bereits in Sowjetunion 1973, S. 43, des Weiteren Sowjetunion 1975/76, S. 64.

260 Vgl. Sowjetunion 1976/77, S. 162.

des Lebensstandards der Bevölkerung wirke somit als „Faktor chronischer Enttäuschung“.²⁶¹ Auch die Tatsache, dass der Lebensstandard in der Sowjetunion durch die verbesserten Massenmedien und die Öffnung in Richtung Westen mit dem Lebensstandard westlicher Industrieländer verglichen werden könne und die Diskrepanzen somit ganz deutlich aufgezeigt würden, trage zusätzlich zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung bei.²⁶²

Bereits zu Beginn des 10. Planjahrfünfts hatten die Experten trotz reduzierter Zuwachsraten der wichtigsten Kennziffern im Vergleich zum vorangegangenen Plan Zweifel an der Realitätsnähe der ausgewiesenen Planziele angemeldet.²⁶³ Diese Skepsis scheint sich mit dem Ende des 10. Fünfjahresplans als berechtigt zu erweisen, denn wie im Berichtszeitraum 1978/79 festgestellt wird, sei der geplante Durchbruch zur intensiven und produktivitätsorientierten Wirtschaftsentwicklung erneut fehlgeschlagen. Deutlicher als noch zuvor betonen die Experten in ihren Zukunftsprognosen, dass sich die Wirtschaft in einem zunehmenden Dilemma befinde und die sowjetische Führung keine schlüssigen Konzepte für eine alternative Wirtschaftspolitik vorweisen könne. Zudem werde ihr Handlungsspielraum durch die Entwicklungen in Gesellschaft und Innenpolitik und die nach wie vor wegweisenden ideologischen Richtlinien immer geringer:

„All das legt den Schluss nahe, dass die sowjetische Führung der Zukunft, wie immer sie personell auch zusammengesetzt sein mag, in der Wirtschaftspolitik nicht frei ist, sich für beliebige Alternativen zu entscheiden. Sie wird in ihrem Handlungsspielraum in hohem Maße durch politische, gesellschaftliche und wirtschaftsstrukturelle Maßnahmen begrenzt sein. Der zukünftige Kurs der Wirtschaftspolitik dürfte daher weitgehend der Fahrt durch eine Einbahnstraße gleichen, in der zwar ein gewisses Lavieren, nicht aber eine durchgreifende Kurskorrektur möglich ist.“²⁶⁴

Zahlreiche Hindernisse stehen somit nach Ansicht der Wissenschaftler tiefgreifenden Reformen im Wege. Neben den bereits genannten Punkten kommen noch außenpoli-

261 Sowjetunion 1976/77, S. 163, des Weiteren S. 164. „Die heutige Generation misst ihren Lebensstandard nicht mehr an den entbehrensreichen Zeiten der frühen Industrialisierung und der Kriegs- und Nachkriegszeit, sondern weit mehr an den Versprechungen der Parteiführung in den sechziger und siebziger Jahren.“

262 Vgl. ebd., S. 165.

263 Vgl. ebd., S. 114.

264 Sowjetunion 1978/79, S. 120.

tische Aspekte hinzu: Einerseits erlaube der Weltmachtstatus keine vorübergehende Schwächung der Wirtschaft durch eine Systemumstellung. Andererseits sei die Planwirtschaft auch Werkzeug der sowjetischen Hegemonialpolitik; der Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft mit einer freien Wahl der ökonomischen Partner würde den Vormachtsanspruch der Sowjetunion in den Satellitenstaaten gefährden.²⁶⁵ Gleiches gelte hinsichtlich der nichtrussischen Nationalitäten auf sowjetischem Boden: Diese besäßen mittlerweile zentrifugale Kräfte, die sich durch eine Umstellung auf marktwirtschaftliche Steuerungsprinzipien noch weiter verstärken und den Zusammenhalt der Sowjetunion bedrohen könnten.²⁶⁶ Zusätzlich einschränkend für den Reformspielraum werden des Weiteren auch die Widerstände politischer Gruppen innerhalb des sowjetischen Systems aufgefasst, denn im Falle eines Übergangs zur Marktwirtschaft würde der riesige Planungs- und Verwaltungsapparat seiner Funktionen beraubt werden.²⁶⁷ Mit einer umfassenden Wirtschaftsreform sei somit nicht zu rechnen, auch wenn die gegenwärtige Wirtschaftslage als permanenter Reformanstoß diene. Vielmehr sei zu erwarten, dass „die sowjetische Wirtschaftspolitik zumindest auf mittlere Sicht weiterhin im Zeichen der bisherigen bruchstückhaften Strategie des ‚Durchwurstelns‘“ stehen werde.²⁶⁸

Mit dem Ende der Amtszeit Brežnevs sehen die Experten auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen Zustand erreicht, der als krisenhaft bezeichnet werden kann. Bis lang sei es immer gelungen, die unzureichende Produktivitätssteigerung irgendwie noch aufzufangen, sei es durch einen Mehreinsatz von Kapital, Arbeitskräften oder Rohstoffen. Diese Optionen würden in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch ein weiterer Anstieg der Außenhandelsbeziehungen werde nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Produktivitätsproblems leisten können. Somit müsse der Durchbruch zu mehr Effizienz und Qualität nun endgültig geschafft werden.²⁶⁹ Es erscheine allerdings als fraglich, ob das sowjetische Wirtschaftssystem diesen Durchbruch überhaupt leisten könne und ob durch weiterreichende marktsozialistisch orien-

265 Gleichzeitig sei die Finanzierung der osteuropäischen Satellitenstaaten in der Bilanz ein Fass ohne Boden, vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 147.

266 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 148.

267 Vgl. ebd., S. 148 sowie zusammenfassend Sowjetunion 1980/81, S. 123-124. „Offensichtlich ist der Spielraum für umfassende Reformen in der näheren Zukunft noch zu eng. Wirtschaftliche, außenpolitische, innenpolitische und nationalitäts- bzw. regionalpolitische Faktoren tragen ebenso zur Dämpfung des Reformelans bei wie der Widerstand betroffener Gruppen und immer noch nicht überwundene ideologische Postulate.“

268 Sowjetunion 1980/81, S. 129.

269 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 113-116, zum Außenhandel s. Sowjetunion 1978/79, S. 195.

tierte Reformen im sowjetischen Falle die positiven Auswirkungen auf den Wirtschaftsprozess insgesamt nicht eher gering ausfallen würden.²⁷⁰ Die Skepsis bezüglich einer grundlegenden positiven Kehrtwende in der sowjetischen Wirtschaft kommt in diesen Mutmaßungen deutlich zum Tragen. Der mögliche Erfolg partieller Reformvorhaben, kombiniert mit politisch-moralischen Maßnahmen, wird von den Experten jedoch nach wie vor nicht ausgeschlossen.²⁷¹

4.4 Außenpolitik in der zweiten Hälfte der Ära Brežnev

Bei der Untersuchung der Experteneinschätzungen im Bereich der Außenpolitik fällt auf, dass sie im Vergleich zu den Aussagen über die innenpolitischen und vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungen recht wenig Bilanzen und zukunftsbezogene Vermutungen enthalten. Auf den ersten Blick erscheint dies verwunderlich, da ja gerade im Bereich der Außenpolitik aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtungen in diesem Zeitraum ein besonders guter Einblick in sowjetische Verhaltensweisen und Entwicklungstendenzen hätte möglich sein müssen. Die Zurückhaltung der Experten in Hinblick vor allem auf langfristige Einschätzungen wird jedoch verständlich, wenn man zwei Dinge bedenkt: Aussagen über die sowjetische Außenpolitik waren in den siebziger Jahren von besonderer Bedeutung für die operative Politik im eigenen Land und zogen somit eine ganz andere Resonanz nach sich als Einschätzungen auf anderen Gebieten. Dass auf die Zukunft bezogene Vermutungen daher eher zögerlich geäußert wurden, ist somit zum einen durch ihre um einiges größere Reichweite und das Gefahrenpotential begründet, das vorschnelle Schlüsse in diesem Bereich durchaus in sich bargen. Zum anderen erschwerten die Doppeldeutigkeit der offiziellen Sowjetrhetorik wie auch die Gleichzeitigkeit von Entspannung und immer offenkundigerer Aufrüstung eindeutige und gesicherte Aussagen über mögliche außenpolitische Vorhaben der sowjetischen Führung.

Für den Bereich der Außenpolitik bestimmen somit eher kurzfristig orientierte Bilanzen das Bild der westdeutschen Experteneinschätzungen. Aufgrund der unmittelbaren Bedeutung der westdeutsch-sowjetischen sowie der deutsch-deutschen Beziehungen für die Zukunft Gesamt-Deutschlands liegt ein deutlicher Schwerpunkt der Forschungsberichte in diesem Bereich. Da diese jedoch als solche nicht ausschlagge-

270 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 117-118.

271 Vgl. ebd., S. 118.

bend für die weitere Entwicklung der Sowjetunion im Hinblick auf deren Zusammenbruch anzusehen sind, können sie im Folgenden nur am Rande erwähnt werden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen vielmehr die Aussagen der Experten zu den beiden großen Themenkomplexen „Entspannung“ und „Aufrüstung“ sowie zum sowjetischen Hegemonialbereich hinsichtlich ihrer Bedeutung für die weitere sowjetische Zukunft.

4.4.1 Zwischen Entspannung und Aufrüstung

In den Augen der Experten ist die sowjetische Entspannungspolitik seit Beginn der siebziger Jahre zu einem sehr großen Anteil wirtschaftlich motiviert:

„Sowohl die praktische Politik als auch die grundsätzlichen Äußerungen der maßgeblichen sowjetischen Politiker im Jahre 1973 lassen erkennen, dass derzeitig die internationale Wirtschaftspolitik einen dominierenden Rang in der gesamten Außenpolitik der Sowjetunion einnimmt. Es kann heute auch kaum einen Zweifel daran geben, dass für absehbare Zeit alle auf Entspannung gerichteten bilateralen Aktionen der sowjetischen Außenpolitik oder auch deren Anstrengungen im multilateralen Raum (z.B. KSZE und MBFR [...]) in hohem Maße der Absicherung dieser außenwirtschaftlichen Aktivitäten gelten.“²⁷²

So sollen die immer größeren Versorgungs- und Innovationslücken in der sowjetischen Wirtschaft durch die Kooperation mit den hoch industrialisierten Ländern des Westens geschlossen werden. Neben der dafür erforderlichen Öffnung und Kooperationsbereitschaft verfolge die Sowjetunion aber ganz offensichtlich gemäß dem Prinzip der „Friedlichen Koexistenz“ nach wie vor das ideologische Ziel einer kommunistischen Weltrevolution und sei daher weiterhin als aggressive, „nicht saturierte Macht“²⁷³ einzuschätzen. Dementsprechend seien die Abschirmung des kommunistischen Herrschaftssystems gegen Bedrohung und Beeinflussung von außen und die Sicherung der osteuropäischen Hegemonial- und Weltmachtbasis der Sowjetunion ebenso als grundlegende Motivationen der sowjetischen Außenpolitik anzusehen.²⁷⁴

272 Sowjetunion 1973, S. 131-132 sowie S. 135.

273 Vgl. ebd., S. 134.

274 Vgl. Sowjetunion 1973, S. 133 und S. 183.

Insgesamt stehen die Sowjetunionexperten den sowjetischen Entspannungsbestrebungen mit sehr viel Misstrauen gegenüber. Es scheint ihrer Ansicht nach nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetunion wie schon so oft in der Vergangenheit in ihren Strategien doppelte Böden eingebaut habe und neben den kooperativen Konzeptionen ihrer Außenpolitik noch weitere, konfrontative Pläne im Hintergrund bereithalte. Möglicherweise, so vermuten die Experten, plane die sowjetische Führung gar, durch die intensive Ost-West-Zusammenarbeit einen Keil zwischen die westlichen Verbündeten zu treiben.²⁷⁵ Problematisch an der sowjetischen Politik sei des Weiteren „die unmittelbare Assoziierung, ja Verkettung von Entspannungsdiplomatie und militärischer Aufrüstung“²⁷⁶.

In den Folgejahren attestieren die Experten der Sowjetunion zunehmende außenpolitische Selbstsicherheit und eine verstärkte, nicht nur rhetorisch gemeinte Akzentuierung der weltrevolutionären Note ihres globalen außenpolitischen Engagements. Dennoch sei die sowjetische Führung an einer Fortsetzung des Entspannungskurses interessiert, wie die Verhandlungen mit den USA über die Begrenzung strategischer Waffensysteme zu signalisieren scheinen.²⁷⁷ Sicher sind sich die Wissenschaftler Mitte des Jahrzehnts trotz des wieder zunehmenden Misstrauens zwischen Ost und West über den folgenden Punkt: „Die Vermeidung einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den beiden Supermächten steht in der außenpolitischen Prioritätenliste der Sowjetführung weiterhin obenan.“²⁷⁸ Parallel zu den Rüstungsanstrengungen mit dem wahrscheinlichen Ziel, strategische Überlegenheit zu erlangen, würden vor diesem Hintergrund von sowjetischer Seite vielfältige Versuche unternommen, auf dem Verhandlungswege Rüstungsbeschränkungen zustande zu bringen, die jedoch teilweise rein propagandistischen Charakter hätten und insgesamt vor allem auf die Wahrung des eigenen Vorteils ausgerichtet seien.²⁷⁹

275 Vgl. ebd., S. 134-135: „Sollte die Ausweitung der Ost-West-Kooperation auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet, in Fragen der Sicherheitspolitik, des Krisenmanagements und auf anderen Gebieten zur Aushöhlung der Atlantischen Allianz, zum Abbau der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa, zur Arretierung des westeuropäischen Integrationsprozesses, womöglich sogar zur Verstärkung desintegrativer Tendenzen innerhalb der EG führen oder beitragen, so würde dies zweifellos in jedem Falle von zahlreichen, wenn nicht gar den meisten maßgeblichen Sowjetpolitikern als bedeutsamer Erfolg der Kooperationsstrategie verbucht werden.“ So auch ebd., S. 146.

276 Sowjetunion 1974/75, S. 182.

277 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 185.

278 Ebd., S. 194.

279 Vgl. Sowjetunion 1976/77, S. 180-184. Die Möglichkeiten der Sowjetunion, militärische Überlegenheit zu erlangen, seien jedoch nicht vorhanden: „UdSSR/WPO können außer bei tief greifen-

Mit Beginn des Berichtszeitraums 1976/77 werden in der Expertenriege zum ersten Mal Töne laut, die das Supermachtpotential der Sowjetunion als durchaus begrenzt einschätzen. Konkret sehen die Experten die Sowjetunion in einem „Konflikt zwischen den Anforderungen der internen Systemerhaltung und den Interessen [...] als Supermacht, die mit einer in vieler Hinsicht überlegenen Außenwelt in Wettbewerb steht“²⁸⁰. Wie 1978/79 festgestellt wird, resultiere aus dem Weltmachtanspruch ein „permanentes politisches und militärisches, aber auch ökonomisches Überengagement“²⁸¹ – eine Feststellung, die in ihrer Aussagekraft und ihren Konsequenzen jedoch insofern relativiert wird, da die Experten sie als ebenso zutreffend für die Weltmacht USA ansehen. Insgesamt wird die Sowjetunion in Hinblick auf die wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit als den USA nach wie vor weit unterlegen eingeschätzt und es wird vermutet, dass die Sowjetführung vor allem aus diesem Grund an Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen mit dem Westen interessiert sei, in denen die überlegenen rüstungstechnischen Möglichkeiten der USA und anderer NATO-Staaten engen Restriktionen unterworfen würden.²⁸²

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan stellen sich die Experten die Frage, ob die Sowjetunion eventuell am Anfang einer neuen imperialen Ära stehe und in Zukunft zu einem verstärkten Expansionismus neigen werde. Diesen Befürchtungen steht die Einsicht gegenüber, dass sich das Land einen eskalierenden Rüstungswettlauf eigentlich nicht leisten könne.²⁸³ Als äußerst bedeutsam werten die Wissenschaftler in dieser Hinsicht die ideologische Komponente der sowjetischen Außenpolitik, die zu einem gefährlichen Zweckoptimismus führen könne.²⁸⁴ Ebenfalls besorgniserregend sei die Tatsache, dass die sowjetische Weltmachtrolle fast

der Störung der bestehenden Machtverhältnisse in der Welt keine absolute militärische Überlegenheit und damit Übermacht gewinnen. Sie sind jedoch bei Fortsetzung ihres ‚Friedensprogramms‘ zur Erlangung einer temporären, selektiven und regionalen relativen militärischen Überlegenheit und damit zur Bedrohung der westeuropäischen Unabhängigkeit und des Weltfriedens imstande.“, vgl. auch ebd., S. 250.

280 Ebd., S. 45-46.

281 Sowjetunion 1978/79, S. 206-207.

282 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 202.

283 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 102 und S. 116-117.

284 Vgl. ebd., S. 109: „Perzeptionen und modus operandi des Sowjetregimes sind von seinem politisch-ideologischen Erbe mitgeprägt, ein Erbe, dessen bleibende ‚operative‘ Werte man durchaus noch ernst nehmen sollte, so wenig Vitalität die Ideologie noch als ‚Utopie‘ [...] haben mag.“

ausschließlich auf militärischer Macht basiere und militärische Stärke daher ihr politischer Haupttrumpf darstelle.²⁸⁵

Insgesamt spiegelt sich die Unsicherheit über das eigentliche zugrunde liegende Konzept der sowjetischen Außenpolitik und das zukünftige Vorgehen der sowjetischen Politiker deutlich in den Berichten der Experten wider.²⁸⁶

4.4.2 Sowjetische Hegemonialpolitik

Die Sicherung des politischen, ökonomischen und ideologischen Zusammenhalts der kommunistisch regierten Länder und der sowjetischen Hegemonie im Warschauer Pakt bzw. im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stand nach Auffassung der Experten seit jeher in großem Interesse der sowjetischen Außenpolitik.²⁸⁷ Besondere Bedeutung schreiben sie in diesem Zusammenhang der Ideologie zu, die sie als die „entscheidende Klammer“²⁸⁸ für den festen Zusammenhalt der sozialistischen Staatengemeinschaft betrachten. Die KSZE-Konferenz in Helsinki und die in „Korb III“ festgelegten Vereinbarungen schätzen die Wissenschaftler in diesem Zusammenhang als besonders problematisch für die Sowjetführung ein, da sich nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den sozialistischen Ländern Osteuropas aktive Bürgerrechtler-Komitees gebildet hätten, die sich in ihren Forderungen auf die Bestimmungen der Schlussakte beriefen und als mitverantwortlich für die ideologischen Krisenerscheinungen im Ostblock anzusehen seien.²⁸⁹ Daher versuche die Sowjetunion, die Implementierung der KSZE-Bestimmungen im sowjetischen Hegemonialbereich so begrenzt wie möglich zu halten.²⁹⁰

285 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 108 und Sowjetunion 1982/83, S. 71. „Politik bleibt für sowjetische Funktionäre im wesentlichen Konflikt; militärische Stärke ihr politischer Haupttrumpf. Schließlich basiert die neue sowjetische Weltmachtrolle fast ausschließlich auf militärischer Macht. Die Sowjetunion besitzt kein politisches oder ökonomisches Instrumentarium, das die Funktionen der Militärmacht ersetzen könnte.“

286 So in Sowjetunion 1980/81, S. 118. „Es gibt Determinanten in der sowjetischen Politik, aber schwerlich Determinismen.“

287 Vgl. Sowjetunion 1974/75, S. 13.

288 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 207.

289 Vgl. Sowjetunion 1976/77, S. 184-186. „Im ganzen sind so die kommunistischen Regime im Gefolge der KSZE und der gesamteuropäischen Kommunistenkonferenz von Ost-Berlin in gewissem Grade in die innenpolitische Defensive geraten, und zwar zum ersten Mal seit 1956 in mehreren Ländern zugleich und zum ersten Mal auch in der Sowjetunion selbst.“, vgl. S. 186.

290 Vgl. Sowjetunion 1975/76, S. 243 und Sowjetunion 1976/77, S. 244.

In wirtschaftlicher Hinsicht, so die Experten, seien die osteuropäischen Länder in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre angesichts der schlechten ökonomischen Entwicklung und des doch begrenzten Umfang des Westhandels für die Sowjetführung noch wichtiger als bereits zuvor. Gleichzeitig habe die Sowjetunion jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern im Rahmen des RGW Belastungen auf sich genommen, die ihre gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten noch zu vergrößern scheinen.²⁹¹ Die Westöffnung der Sowjetunion und der anderen RGW-Länder habe zwar einerseits einen Entlastungseffekt mit sich gebracht, stelle jedoch andererseits ein politisches Risiko für den sowjetischen Hegemonialeinspruch dar, denn durch die Aufnahme bilateraler Beziehungen zwischen RGW-Ländern und westlichen Staaten hätten sich die latent immer vorhandenen zentrifugalen politischen Interessen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft verstärkt.²⁹²

Ebenfalls als problematisch schätzen die Experten gegen Ende des Jahrzehnts die Folgen der sowjetischen Politik in den Ländern der Dritten Welt ein. Da die kommunistische Ideologie als solche für diese Länder ganz offensichtlich keinen Anlass biete, sich für den Sozialismus als Staatsform zu entscheiden, habe die Sowjetunion durch verstärkte Waffenlieferungen und Hilfeleistungen sonstiger Art versucht, weitere machtpolitische Stützpunkte zur Untermauerung des Weltmachtstatus zu gewinnen.²⁹³ Die Forderungen der Entwicklungsländer nach wirtschaftlicher Unterstützung würden jedoch die Möglichkeiten der Sowjetunion mittlerweile übersteigen.²⁹⁴

Im Berichtszeitraum 1980/81 stellen die Experten fest, dass die sowjetische Führung in ihrer Politik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten auf eine Vertiefung der ökonomischen Integration und eine verbesserte Zusammenarbeit in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen hinarbeite, um den Stabilitätsproblemen im osteuropäischen Hegemonialbereich entgegenzutreten. Wie betont wird, führe dieses Unterfangen zu einer erneuten erheblichen Mehrbelastung der stark angespannten sowjetischen Ressourcen.²⁹⁵ Die krisenhaften Ereignisse in Polen 1980 hätten diese Bemühungen um Zusammenhalt und Reintegration jedoch stark einge-

291 Vgl. Sowjetunion 1978/79, S. 214 und S. 218.

292 Vgl. ebd., S. 218.

293 Vgl. Sowjetunion 1976/77, S. 275 und Sowjetunion 1980/81, S. 23.

294 Vgl. die sarkastische Feststellung in Sowjetunion 1978/79, S. 12. „Kosten und Nutzen einer traditionell großspurigen Propaganda müssen wohl generell kritisch überprüft werden, nachdem die massiven Forderungen der Entwicklungsländer nach wirtschaftlicher Hilfe auf die Dauer nicht mehr durch Zitate aus den Lehrbüchern des Historischen Materialismus abgespeist werden können.“

295 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 213 -216 und S. 272.

schränkt.²⁹⁶ Die polnische Reformbewegung sei ein Indiz dafür, dass der Marxismus-Leninismus zu einer reinen Rechtfertigungsideologie verkommen sei und es bestünde die eindeutige Gefahr, dass die Entwicklungen in Polen auf die anderen Länder des Realsozialismus ausstrahlen könnten. Vor diesem Hintergrund schätzen die Wissenschaftler die dortigen Vorgänge als sehr bedenklich für den sowjetischen Vorherrschaftsanspruch ein.²⁹⁷

4.5 Über Andropov und Černenko zu Gorbačev

1982 endete die lange Ära Brežnev. Das greise sowjetische Staatsoberhaupt habe seinem Nachfolger keine leichte Aufgabe hinterlassen, so die Experten. Wie bereits angesprochen wurde, verwenden die Wissenschaftler mehrfach die Bezeichnung „Krise“, um die Situation der Sowjetunion zu Beginn der achtziger Jahre zu charakterisieren.²⁹⁸ Nach ihrer Auffassung deuten die kritischen außenpolitischen Entwicklungen, speziell die drohende Eskalation des Rüstungswettlaufs, zusammen mit den immer komplexeren und miteinander verflochtenen inneren Problemen insgesamt auf eine abnehmende Leistungs- und Steuerungsfähigkeit des politischen Regimes hin.²⁹⁹ Daher besitze der neue Mann im Staate eine entscheidende Rolle für die weitere Entwicklung der Sowjetunion: „Ob der ganze sich abzeichnende Komplex potentiell kritischer Entwicklungen schließlich in die eigentlich Regimekrise einmündet, wird in entscheidendem Maße auch von der Qualität der politischen Führung abhängen.“³⁰⁰ Diese müsse dabei die Kunst beherrschen, „Neuerungen im Namen der

296 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 272. „Die Ereignisse in Polen haben dieser Form der Zusammenarbeit, die gleichsam das ideologische Unterfutter für die koordinierten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aktivitäten der Länder der sozialistischen Gemeinschaft bildet, einen empfindlichen Schlag versetzt.“

297 Vgl. ebd., S. 277 und S. 279. „Die angeführten Beispiele unterstreichen, dass die KPdSU die kommunistischen Parteien nach wie vor als nützliche Instrumente zur Legitimation ihres Herrschaftssystems und vor allem als Kräfte benötigt, die ihre außenpolitischen Initiativen flankierend begleiten. Eigenständige Transformations- und Sozialismusmodelle kommunistischer Parteien dagegen und insbesondere eigenständige Konzeptionen hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen und der Politik gegenüber der Dritten Welt werden von ihr als bedrohliche Störfaktoren angesehen.“

298 Vgl. Sowjetunion 1982/83, S. 11, S. 27-28, S. 113 und S. 150-151.

299 Vgl. ebd., S. 19-20.

300 Ebd., S. 29.

Tradition³⁰¹ durchzusetzen. Mit Andropov ist nach Einschätzung der Experten ein Mann an die Macht gekommen, der als potentieller Innovator zu sehen ist und die anstehenden Probleme mit mehr Rigorosität und Energie anzupacken verspricht.³⁰² Indiz dafür sei sein Feldzug für Ordnung und Disziplin, mit dem alle vorhandenen Reserven mobilisiert und „Volksschädlinge“ konsequenter bekämpft werden sollten.³⁰³ Nichtsdestotrotz werde allerdings nach wie vor an den bisherigen planungspolitischen Maßnahmen festgehalten.³⁰⁴ Daher seien einschneidende Veränderungen in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht zu vermuten.³⁰⁵

Den 11. Fünfjahresplan betrachten die Experten im Berichtszeitraum 1982/83 als gescheitert. Die Aussichten, den Rückstand im Konsumbereich wettzumachen und den Lebensstandard bis 1985 auf das geplante Niveau anzuheben, seien verschwindend gering und die Wachstumsraten hätten sich weiter abgeschwächt. Interessanterweise und im Gegensatz zu bereits zuvor geäußerten Einschätzungen³⁰⁶ wird jedoch im Wirtschaftsteil des Jahrbuches davor gewarnt, das niedrige Wirtschaftswachstum mit einer Krise gleichzusetzen.³⁰⁷ Begründet wird dies folgendermaßen:

„Weiterreichende Untersuchungen, die eine Destabilisierung der sowjetischen Gesellschaft erwarten und die Stabilisierungsmöglichkeiten durch das politische System der Sowjetunion skeptisch einschätzen, haben Anklänge an den methodischen Ansatz politischer Analysen der Stabilität westlicher Staaten, wo ausreichende Wachstumsraten des Sozialprodukts wesentliche Voraussetzung für einen positiven ökonomischen Verteilungsspielraum, für ausreichen-

301 Sowjetunion 1982/83.

302 Vgl. ebd., S. 13 und S. 25.

303 Vgl. ebd., S. 82 und S. 91.

304 „Der Glaube an die Richtigkeit des Planungperfektionismus scheint innerhalb der neuen Führung ungebrochen; durch Straffung der Entscheidungsprozesse und Wiederbelebung von Elementen der aus den vierziger Jahren bekannten Kommandowirtschaft will man wohl ‚Sand aus dem Getriebe‘ entfernen. Nach den bisher zu registrierenden Worten und Taten der neuen Führung ergibt sich der Eindruck, dass mit diesem harten Kurs auch die Umstellung der Wirtschaft von der extensiven auf die intensive Phase durchgesetzt werden soll...“, vgl. ebd., S. 92.

305 Vgl. ebd., S. 119.

306 Vgl. ebd., S. 11, dort ist von einer „krisenhaften Entwicklung“ der sowjetischen Wirtschaft die Sprache.

307 Vgl. ebd., S. 150-151.

de Beschäftigungsquoten und damit für den innenpolitischen Minimalkonsens sind.³⁰⁸

Gegen diesen Analogieschluss wehren sich die Experten, da in ihren Augen die Struktur des politischen Systems, das Fehlen einer offenen Arbeitslosigkeit, das Vorhandensein von noch positiven, wenn auch niedrigen Wachstumsraten und die vergleichsweise hohe Belastbarkeit des sowjetischen Verbrauchers Punkte sind, die einen Vergleich zwischen kapitalistischem und sozialistischem System nicht korrekt erscheinen lassen. Wie an dieser Stelle mehr als deutlich zu erkennen ist, fehlt den Wissenschaftlern ein Erklärungsmodell, das die Folgen der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung angemessen erfassen könnte. Nach ihrer Auffassung gebe es mit Andropov an der Spitze des Staates durchaus noch Optionen, die, anders als es im Westen zu erwarten wäre, im Spezialfall Sowjetunion zu einer Kehrtwende führen und zumindest kurzfristig stabilisierend wirken könnten.³⁰⁹ Langfristig seien jedoch weiterreichende wirtschaftspolitische Maßnahmen nötig, für die die innenpolitischen, außenpolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken allerdings nach wie vor um einiges zu hoch seien.³¹⁰

In außenpolitischer Hinsicht sehen die Experten Andropov ebenfalls vor großen Aufgaben, dies vor allem angesichts der Desintegrationserscheinungen, die den Zusammenhalt des osteuropäischen Hegemonialraums zu gefährden drohen, und des sehr angespannten Verhältnisses zu den USA. Wie es scheint, versuche die neue Sowjetführung, die Entwicklungen im Ostblock durch weitere Kontroll- und Disziplinarmaßnahmen einzudämmen. Hinsichtlich des weltpolitischen Vorgehens seien auch unter Andropov nach wie vor globale Aspirationen und die Machtrivalität mit den USA richtungweisend.³¹¹

Mit Beginn des Berichtszeitraums 1984/85 sind sowohl Andropov als auch Černenko mittlerweile verstorben; Gorbačev steht im Fokus der Beobachtungen.³¹² Die Amtsjahre seiner beiden Vorgänger werden bereits zu diesem Zeitpunkt als „In-

308 Sowjetunion 1982/83, S. 151.

309 So zum Beispiel mehr Dynamik durch Andropov und seine Disziplinierungskampagnen, eine Steigerung des Niveaus des technischen Fortschritts, Rationalisierung des Ressourcenverbrauchs..., vgl. ebd., S. 154-156.

310 Vgl. ebd., S. 168.

311 Vgl. ebd., S. 212 und S. 217 sowie S. 270-271.

312 Černenkos Amtszeit findet in den Analysen der Experten kaum Beachtung, da sie in den Berichtszeitraum der Jahre 1984/85 fällt und vom Regierungsantritt Gorbačevs und den darauf folgenden Entwicklungen völlig überblendet wird.

termezzi³¹³ beschrieben, als Phase des Übergangs von der Bewegungslosigkeit der Brežnev-Ära zu einem neuen energischen Anlauf unter Gorbačev. Nach Auffassung der Wissenschaftler ist der Handlungsdruck auf die Sowjetführung mittlerweile noch größer geworden, der „historische Optimismus“ endgültig einem „allgemeinen Krisenbewusstsein“ gewichen.³¹⁴

4.6 Innenpolitik unter Gorbačev

Unter dem neuen Generalsekretär zeichnet sich nach Auffassung der Experten relativ schnell eine neue politische Konzeption mit dem Ziel einer umfassenden Modernisierung ab.³¹⁵ Die Wissenschaftler haben jedoch deutliche Schwierigkeiten, die neue Linie Gorbačevs und die zum Teil rasanten Entwicklungen³¹⁶ zu analysieren und hinsichtlich deren weiteren Bedeutung zu einem Konsens zu kommen. Dies beweist unter anderem auch folgende Tatsache: Erstmals wird in der Einleitung des Jahrbuchs *Sowjetunion 1984/85* explizit darauf hingewiesen, dass die versammelten Analysen den Stempel der wissenschaftlichen Kompetenz und spezifischen Einschätzung des jeweiligen Autors trügen.³¹⁷ Wie in folgendem Zitat warnend anklingt, sollte auch nicht zu vorschnell über die Politik der neuen Staatsführung geurteilt werden: „Ob Gorbatschow der ‚Reformer‘ sein wird, zu dem er in Ost und West – weniger aufgrund der Fakten als der Erwartungen – hochstilisiert wird, kann man gegenwärtig schwer beurteilen.“³¹⁸

Die Meinungsverschiedenheiten und Unsicherheiten über Gorbačevs Politik und ihre Konsequenzen erstrecken sich auch auf die nächsten Jahre und gehen mit einer offensichtlichen Zurückhaltung bei der Formulierung längerfristiger Perspektiven einher. So wird noch im Berichtszeitraum 1988/89 in der Einleitung festgestellt: „Wo die einen im Vergleich mit früheren Strukturen ‚tiefgreifende Veränderungen‘ konsta-

313 Sowjetunion 1984/85. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1985, S. 13.

314 Ebd., S. 13.

315 Vgl. ebd. S. 15.

316 So ist für das Jahrbuch Sowjetunion 1988/89 der Redaktionsschluss im Frühling 1989, zu diesem Zeitpunkt lagen die Unabhängigkeitserklärungen der sozialistischen Länder Osteuropas noch in der Zukunft; bereits im nächsten Jahrbuch sind diese Entwicklungen jedoch schon wieder Geschichte und können nur noch rückblickend interpretiert werden.

317 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 13.

318 Ebd., S. 46.

tieren, sehen andere im Blick auf weiterhin offene Grundsatzfragen bestenfalls ‚halbherzige Versuche‘. So bleibt eine Zwischenbilanz auch nach vier Jahren innenpolitischer Perestrojka und außenpolitischen ‚neuen Denkens‘ ein Wagnis.³¹⁹ Gemäß dieser Ankündigung unterscheiden sich die zukunftsbezogenen Beobachtungen der Experten hinsichtlich ihrer Quantität und ihrer Aussagekraft auffallend von denen der Brežnev-Ära, in der die Bewegungslosigkeit der politischen Führung mehr Zeit gelassen hatte, Zukunftsperspektiven zu formulieren. Der rasante Charakter der Reformpolitik Gorbačevs gibt den Experten hingegen kaum eine Chance, diese hinsichtlich ihrer zukünftigen Erfolge und Konsequenzen zu bewerten.³²⁰

Schwerpunkte in der Beobachtung der sowjetischen Innenpolitik bis 1991 sind wie nicht anders zu erwarten die Reformansätze am Parteiapparat im Rahmen der *Perestrojka* und die Auswirkungen von *Glasnost*.

4.6.1 Reformversuche

Trotz der neuen Reformmaßnahmen des Generalsekretärs sind sich die Wissenschaftler 1985 nahezu einig, dass ein Systemwandel in der Sowjetunion in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, denn „insgesamt zielt das Gorbatschow-Konzept [...] eher auf eine Modernisierung ohne einschneidende Reformen im westlichen Verständnis.“³²¹ Dennoch wird vermutet, dass Gorbačev mit seiner weit reichenden Forderung nach einem radikalen Umbau der Planungs- und Leitungsmechanismen der Wirtschaft innerhalb der Partei auf Widerstand stoße, eine Einschätzung, die in den nächsten Jahren noch deutlicher akzentuiert wird. So gehen die Experten weiter davon aus, dass Gorbačev durch den Versuch, Altes zu verändern, auf Kollisionskurs mit den etablierten Interessen breiter Funktionärskreise und Bevölkerungsschichten geraten sei. Da ein Generalsekretär auf sich allein gestellt aber nur wenig bewirken könne, sei es

319 Sowjetunion 1988/89. *Perestrojka in der Krise?*, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1989, S. 13. Zur Problematik, die Entwicklungen der Politik Gorbačevs zu bewerten, siehe auch Sowjetunion 1986/87. *Ereignisse, Probleme, Perspektiven*, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1987, S. 19.

320 Dazu passt auch, dass die Ankündigung von „Perspektiven“ aus dem seit 1978/79 üblichen Untertitel der Jahrbücher verschwindet; so heißt es ab Jahrbuch Sowjetunion 1988/89 nicht mehr „Ereignisse, Probleme, Perspektiven“ trägt, sondern eher situationsbezogen „Perestrojka in der Krise?“ bzw. für das Jahrbuch Sowjetunion 1990/91 „Krise – Zerfall – Neuorientierung“.

321 Sowjetunion 1984/85, S. 15.

durchaus fraglich, ob Gorbačev frei handeln und auf lange Sicht die Oberhand behalten könne.³²²

Dass der sowjetische Generalsekretär ab 1986 dazu aufrief, sich intensiv mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, werten die Experten als Indiz, dass Gorbačev zum einen seine Position innerhalb der Partei festigen konnte und zum anderen zu der Einsicht gekommen war, dass man tiefer ansetzen müsse, um den für weitere Reformen erforderlichen Rückhalt in der sowjetischen Bevölkerung, vor allem in den Kreisen der Intelligenz, zu erhalten und der Partei wieder zu mehr Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft zu verhelfen.³²³ Die intendierte, offizielle *Glasnost* neige jedoch ganz offensichtlich zu einer nicht gewollten Verselbständigung. Im öffentlichen und kulturellen Diskurs werde mittlerweile auch vor Tabuthemen keinen Halt mehr gemacht, Missstände würden deutlich beim Namen genannt. Dies zeige, dass man die Bevölkerung auf Dauer nicht mit einem Bruchteil der vorhandenen Informationen abspeisen könne.³²⁴ Für die Sowjetführung sei diese Entwicklung gefährlich.³²⁵ Sollten jedoch irgendwann das Selbstverständnis und damit das Machtmonopol der KPdSU zur Debatte stehen, ist nach Ansicht der Experten damit zu rechnen, dass von Parteiseite aus in diesen Prozess eingegriffen werde.³²⁶

Zu dieser Schlussfolgerung gelangen die Experten angesichts der Erkenntnis, dass die Reformansätze Gorbačevs in ideologischer Hinsicht in ihrer Substanz ganz offensichtlich nicht von den Grundsätzen Lenins abzuweichen scheinen und nach wie vor an den so genannten allgemeinkommunistischen Prinzipien festgehalten werde. Schließlich sei Gorbačev trotz *Glasnost* und *Perestrojka* ganz offenkundig nicht angetreten, um den Sozialismus abzuschaffen, sondern um ihn vielmehr effizienter zu machen.³²⁷ Die ideologische Orientierung des Generalsekretärs steht nach Auffassung der Wissenschaftler jedoch in entschiedenem Widerspruch zu einer wirkungsvollen Reformpolitik, denn: „Gerade diese allgemeinkommunistischen Prinzipien haben nun aber in der Vergangenheit dazu geführt, dass die sozialistischen Produktionsverhält-

322 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 18 und Sowjetunion 1986/87, S. 15-16.

323 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 29 und S. 92, sowie Sowjetunion 1988/89, S. 22.

324 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 111.

325 Vgl. ebd., S. 31. Ebenso Sowjetunion 1988/89, S. 14. „Die um Staatsmythen errichteten Tabuzonen schmelzen zusammen.“

326 „Die KPdSU wird spätestens dann eingreifen müssen, wenn sie die politische Elite durch die Kritik getroffen fühlt oder wenn das Selbstverständnis der KPdSU als der einzig möglichen moralischen und politischen Kraft im Land direkt oder indirekt in Frage gestellt werden sollte.“, s. Sowjetunion 1986/87, S. 111.

327 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 22.

nisse in der Sowjetunion aus Antrieben der Produktivkräfte zu deren Fesseln, zu deren Hemmschuh geworden sind.³²⁸ Die deutliche Skepsis, mit der die Experten den Reformvorhaben Gorbačevs begegnen, zeigt sich auch in der folgenden kritischen Feststellung: „Eine Reform, die diesen Namen verdient, müsste damit beginnen, dass man den Unfehlbarkeitsanspruch der KPdSU ganz erheblich reduziert.“³²⁹

Die neue Kaderpolitik des Generalsekretärs sehen die Experten als Schlüssel für den Erfolg jeglicher Reformvorhaben an, denn das allgemeine Kompetenzchaos, die Korruption und Klientelwirtschaft in der Nomenklatura und die allgemeine Aufgeblätheit der zahlreichen Apparate würden jegliche Reformansätze bereits im Kern behindern.³³⁰ Im Kampf um weniger Bürokratie stehe Gorbačev allerdings vor einem grundsätzlichen Dilemma, denn zum einen sei eine quantitative Reduzierung der Apparate und somit der Machtkompetenzen von Nöten, zum anderen stellten aber gerade diese Strukturen die Grundlage für die Durchführung aller weiteren Reformvorhaben dar.³³¹ Wie des Weiteren vermutet wird, stoße der Generalsekretär mit seinen Versuchen, den Parteiapparat in Hinblick auf mehr Effizienz und weniger Ressortegoismus umzugestalten, in den konservativen Funktionärskreisen auf erbitterten Widerstand.³³² Welcher Erfolg Gorbačev letzten Endes mit seinem Vorhaben beschieden sein würde, ist den Experten Anfang 1989 daher noch nicht klar.

4.6.2 *Auflösungserscheinungen*

Mit dem weiteren Verlauf von Gorbačevs Reformen werden die Beurteilungen der Experten über deren Erfolg immer skeptischer. Im Berichtszeitraum 1988/89 wird erstmals festgehalten, dass die innenpolitische Situation trotz aller Reformversuche kritisch, „das heißt für krisenhafte Zuspitzungen bis hin zur Destabilisierung anfäl-

328 Sowjetunion 1986/87, S. 57

329 Sowjetunion 1984/85, S. 35.

330 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 33-37.

331 Vgl. ebd., S. 25 und S. 36.

332 Vgl. ebd., S. 37. „Schmerzhaft ist ein solcher Prozess nicht nur für die Parteibürokratie, sondern für das gesamte politbürokratische Establishment. Insbesondere dann werden mächtige Widerstände mobilisiert, wenn die Reformen durch institutionelle und kaderpolitische Rationalisierungsmaßnahmen (z. B. den Abbau der aufgeblähten Bürokratien) untermauert werden soll. [...] Wenn es nicht mehr um die Losungen (Demokratie, Entbürokratisierung usw.), sondern um die Amtssessel geht, hört der Spaß an der Perestrojka auf.“

lig³³³ einzuschätzen sei. Durch *Glasnost* hätten sich „lawinenartig“ gesellschaftliche Eigenkräfte entwickelt, die „in der Tendenz System verändernden Charakter haben, weil sie das Macht- und Weltanschauungsmonopol der Partei direkt oder indirekt in Frage stellen.“³³⁴ Die Schwäche der Partei zeige sich auch in der Tatsache, dass die nationalen Bewegungen durch das innenpolitische Tauwetter eine große Eigendynamik entwickelt hätten.³³⁵ Was der Sowjetführung zu diesem Zeitpunkt als Endziel aller Reformen vorschwebt, sei bislang völlig unklar. Eindringlich warnen die Experten jedoch davor, Gorbačev als „Konkursverwalter des Leninismus“ zu sehen, der letzten Endes auf ein sozialistisches Mehrparteiensystem hinsteuere, denn „mit unkritischer Sympathie [...], wie sie im Westen verbreitet ist, ist niemandem gedient.“³³⁶ Nach wie vor wird dennoch für möglich gehalten, dass der Generalsekretär langfristig erfolgreich sein und den „dramatischen Kampf um Veränderung“³³⁷ der in den siebziger Jahren gewachsenen und bis in die Gegenwart prägenden Strukturen bewältigen könnte.

Im Berichtszeitraum 1990/91 wird diese Möglichkeit nicht mehr gesehen. Gorbačev und seine Reformvorhaben werden für gescheitert erklärt, da sie ganz offensichtlich keinerlei Entspannung und Problemlösung bewirkt, sondern oftmals sogar das Gegenteil des Erwünschten zur Folge gehabt hätten³³⁸: So habe *Glasnost* dazu geführt, dass das Machtmonopol der Partei nicht erneuert, sondern dem Verfall preisgegeben worden sei und das Riesenimperium ohne diese machtpolitische Klammer nicht mehr zusammenzuhalten sei. Die Wirtschaft stehe trotz aller Reformen am Abgrund und das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsführung sei endgültig dahin.³³⁹ In den Augen der Experten hat sich der sowjetische Sozialismus nunmehr als unre-

333 Sowjetunion 1988/89, S. 16.

334 Ebd., S. 25.

335 Vgl. ebd., S. 51. „Durch das Nachlassen des Drucks von oben und durch die Glasnost sind inzwischen jedoch Kräfte freigesetzt worden, die Gorbatschow zum Getriebenen machen können. Heute vermag man bereits der divergierenden Tendenzen in den Nationalitäten, die sich in jüngster Zeit Bahn gebrochen haben, kaum noch Herr zu werden.“

336 Vgl. ebd., S. 53.

337 Ebd., S. 17, des Weiteren S. 31. Es wird an dieser Stelle erstmals ausdrücklich betont, dass die Problemstrukturen der Gegenwart bereits in der Vergangenheit angelegt worden seien und sich über die Jahre entwickelt hätten, siehe S. 17.

338 Vgl. Sowjetunion 1990/91. Krise – Zerfall – Neuorientierung, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München u. a. 1991, S. 13.

339 Vgl. ebd., S. 14-17, S. 23 und S. 29.

formierbar manifestiert.³⁴⁰ Im Ergebnis sehen sie die Sowjetunion 1991 „am Rand eines Systemzusammenbruchs“³⁴¹, in einem „Umbruch von gigantischen Ausmaßen“³⁴², dessen Ausgang bis jetzt nicht absehbar sei, da die reaktionären Kräfte ein nach wie vor beträchtliches Widerstandspotential besäßen, das letzten Endes sogar zu Anarchie und Bürgerkrieg führen könnte, sollte es nicht ein Kompromiss unter den politischen Kräften kommen.³⁴³

Neben dieser Einschätzung finden sich jedoch auch andere Perspektiven für die zukünftige Entwicklung der Sowjetunion. Während in der Einleitung zum Jahrbuch 1990/91 davon gesprochen wird, dass mit dem Beginn der neunziger Jahre „die Fortexistenz des Staates Sowjetunion“³⁴⁴ fraglich geworden sei, lässt einige Kapitel später die Aussage „Die Sowjetunion hat noch immer den mühsamen Weg zur parlamentarischen Demokratie und zur Marktwirtschaft vor sich.“³⁴⁵ durchklingen, dass nicht mit dem Ende der Sowjetunion als solcher gerechnet wird. Ein weiterer Standpunkt wird im Folgenden deutlich: „Die Desintegration der UdSSR wird voraussichtlich auch in der Zukunft fortgehen. Es ist unwahrscheinlich, dass der Prozess der Entkolonialisierung auf längere Sicht durch politische oder militärische Mittel aufgehalten werden kann. Dies bedeutet nicht, dass die Sowjetunion notwendig in einem Chaos versinkt...“³⁴⁶ Mit Redaktionsschluss des Jahrbuches *Sowjetunion 1990/91* ist die Unsicherheit unter den Experten über die weitere Entwicklung der Sowjetunion somit groß; ihr definitives Ende wird trotz der ganzen Zerfallsprozesse, wenn überhaupt, erst langfristig erwartet.

340 „Warum ist die Perestrojka gescheitert? Weil sie einen Weg beschritten hat, der in die Sackgasse führte, den Weg ‚zurück zu Lenin‘, zu den ‚guten‘ Anfängen und Traditionen der bolschewistischen Revolution und zum ‚wahren‘ Sozialismus. [...] Die Reformversuche am sowjetischen Sozialismus haben seine Unreformierbarkeit an den Tag gebracht.“, s. Sowjetunion 1990/91, S. 13.

341 Ebd., S. 17. „Die seit 1988 offensichtlich werdende Talfahrt der Wirtschaft stand mit der innenpolitischen Krise in enger Wechselwirkung: beide Krisenentwicklungen verstärkten einander und führten 1991 an den Rand des Systemzusammenbruchs.“

342 Ebd., S. 30. „Die Sowjetunion befindet sich in einem Umbruch von gigantischen Ausmaßen. Das Tempo der Entwicklung ist so schnell, dass von Monat zu Monat neue Kräftekonstellationen entstehen. [...] Mit stabilen Verhältnissen wird man fürs erste nicht rechnen können.“

343 Vgl. ebd., S. 30 und 48.

344 Ebd., S. 15.

345 Ebd., S. 30.

346 Ebd., S. 45.

4.7 Wirtschaft unter Gorbačev

Die Reformierung der sowjetischen Wirtschaft nimmt einen zentralen Platz in den Beobachtungen der Sowjetunionexperten ein, denn besonders in diesem Bereich wurde bereits seit dem Tode Brežnevs der Handlungsbedarf als besonders akut eingeschätzt. Die Grenzen des wirtschaftspolitischen Handlungsrahmens sehen die Experten dabei auch unter Gorbačev unverändert, da sich die etablierten Interessen des Verwaltungsapparats, die ideologischen Vorgaben und die sozialen und ökonomischen Risiken umfassender Reformen mit System veränderndem Charakter nach wie vor restriktiv auf den Aktionsradius der sowjetischen Führung auswirken würden.³⁴⁷

Wie auch im Bereich der Innenpolitik fällt es den Experten deutlich schwerer als zuvor, die sowjetische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu bewerten. Neben der Schnelligkeit der Veränderungen behindern die schlechten methodischen Grundlagen die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen. Ausdrücklich wird betont, dass die Einschätzungen der Reformpolitik und -chancen nur vorläufige Bilanzen sein können, denn nach wie vor fehle es an einem leistungsfähigen Forschungsparadigma, das die strukturellen Veränderungen in der Sowjetunion angemessen analytisch erfassen könnte.³⁴⁸ Dass der sowjetischen Wirtschaftsmisere ein multidimensionales Problemgefüge zu Grunde liege, sei jedoch nicht zu bezweifeln:

„Die Schwierigkeiten der wirtschaftspolitischen Neuorientierung in der UdSSR entziehen sich einfachen Formeln und lassen sich analytisch kaum mit dem in Ost wie West beliebten Gleichnis vom vergeblichen Kampf des Ritters Michail mit dem Drachen Bürokratie erfassen. Es ist vielmehr die vielschichtige Interdependenz einer Reihe von Problemkreisen, die die derzeitige Lage der sowjetischen Wirtschaft und ihre zukünftigen Perspektiven kennzeichnet.“³⁴⁹

347 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 154, sowie S. 211. Schlussfolgerung daher: „Die Phase des administrativen Sozialismus ist in der UdSSR trotz wachsender Kritik noch keineswegs am Ende.“, s. ebd., S. 211.

348 Vgl. ebd., S. 114, sowie Sowjetunion 1988/89, S. 123. Dort wird zur Erklärung der unterschiedlichen Einschätzungen der Reformfolge bzw. -misserfolge neben dem unterschiedlichen „Vorverständnis“ der Beurteiler ebenfalls auf das „offenkundige Defizit an befriedigenden theoretischen Erklärungsmustern“ verwiesen.

349 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 124.

4.7.1 Möglichkeiten der Perestrojka

Gleich zu Beginn ihrer Beobachtungen der sowjetischen *Perestrojka* in der Wirtschaft weisen die Experten nachdrücklich darauf hin, dass von Gorbačev keine Wunder erwartet werden sollten und die Forderung nach „Umgestaltung“ nicht im Sinne einer tief greifenden Reform zu verstehen sei. Gerechnet werden könne jedoch mit einer gestrafften und revidierten Wirtschaftspolitik, die mit einem Bündel von Kurskorrekturen in vielen Bereichen die schlechte ökonomische Entwicklung zu wenden versuche.³⁵⁰ Dieser neuen Wirtschaftspolitik messen die Experten eine große Chance bei, die angestrebte und notwendige Wachstumsstabilisierung und Effizienzsteigerung tatsächlich zu realisieren. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass sie sich in ihrer Planung als konsistent erweise und von der Sowjetführung längerfristig durchgesetzt werden könne: „Aufeinander abgestimmt und konsequent durchgehalten, könnte eine solche ‚revidierte Wirtschaftspolitik‘ auch ohne eigentliche Systemreform leistungssteigernde und wachstumsstabilisierende Effekte zur Folge haben.“³⁵¹ Auch wenn einige grundlegende Funktionsprobleme auf diese Weise nicht behoben werden könnten, da sie im Planungssystem als solchem verwurzelt seien, seien partielle Verbesserungen durch Gorbačevs Vorhaben durchaus im Rahmen des Möglichen zu verorten.³⁵² Wie die Wissenschaftler 1984/85 vermuten, sei die gegenwärtige Lage auch noch stabil genug, um ohne Überstürzung dieses Konsolidierungsprogramm in die Tat umsetzen.³⁵³

Dieser Optimismus wird bereits im nächsten Jahrbuch *Sowjetunion 1986/87* wieder etwas zurückgenommen. Die rasche Redynamisierung der Wirtschaft, wie sie von Gorbačev erwünscht und von den Experten für durchaus möglich gehalten wurde, hatte sich nicht eingestellt. Wie die Wissenschaftler anmerken, werde nun versucht, weitere Wirtschaftsmaßnahmen durch *Glasnost* und *Perestrojka* im Innern zu flankieren.³⁵⁴ Nichtsdestotrotz sei es offensichtlich, dass die Wachstumsdynamik gegen Ende des 11. Planjahrhunderts ein historisches Tief erreicht habe, das, sollte es sich fortsetzen, zwar nicht zu einem ökonomischen Zusammenbruch führen, aber eine Politik im

350 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 142. „Trotz intensiver Suche nach Verbesserungen der Leitungs- und Planeffizienz gehört ein Wandel in Grundinstitutionen und Funktionsmechanismen des Wirtschaftssystems der UdSSR als Ganzes nicht zu den gegenwärtigen Optionen der sowjetischen Wirtschaftspolitik.“ Ebenso ebd., S. 156 und S. 204.

351 Ebd., S. 157, dazu auch S. 156.

352 Vgl. ebd., S. 206.

353 Vgl. ebd., S. 158.

354 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 114.

Weltmachtprofil zukünftig unmöglich machen könnte. Darüber hinaus müsse eine solche Entwicklung „auch die Legitimität des Sozialismus-Kommunismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem weiter untergraben.“³⁵⁵ Da der 12. Fünfjahresplan für die Jahre 1986-1990 zwar trotz aller Angespanntheit wenigstens in seinen Grundideen aufeinander abgestimmt zu sein scheint, rechnen die Experten jedoch zumindest mit einer Stabilisierung des sowjetischen Wirtschaftswachstums oberhalb des Niveaus des 11. Fünfjahresplans.³⁵⁶

Als besonders ehrgeizig schätzen die Wissenschaftler die konsumpolitischen Ziele des neuen Plans ein. Zwar sei endlich der Faktor Mensch für die Produktionsintensität wahrgenommen worden, aber selbst wenn die Konsumgüterproduktion gesteigert werden könne, sei absehbar, dass die kaufkräftige Nachfrage der Bevölkerung bei vielen Warengruppen nicht erfüllt werden könne und der Lebensstandard nach wie vor weit von einem mit dem Westen vergleichbaren Niveau entfernt bleibe. Wie vermutet wird, könnte dies dennoch reichen, um Motivation und Leistung der Arbeitnehmer zu steigern und Gorbatschows zukünftigen Reformmaßnahmen in der Bevölkerung Rückendeckung zu geben.³⁵⁷

4.7.2 Fehlschläge und Grenzen der Reformen

Während die Reformen in Außenpolitik und Innenpolitik nach der Meinung der Wissenschaftler immerhin in einigen Aspekten etwas bewirken konnten, lässt sich gegen Ende der achtziger und mit dem Beginn der neunziger Jahre für den Bereich der Wirtschaft lediglich eine Negativbilanz ziehen. So sei die Sowjetunion von einem neuen, stabilen und effektiven Kurs wirtschaftlicher Politik nach wie vor weit entfernt. Die alten Probleme aus der Ära Brežnev verbänden sich mittlerweile mit neuen Schwierigkeiten, die zu einem großen Teil auf die konzeptionelle Inkonsistenz und die wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Gorbatschow-Regierung zurückzuführen sei-

355 Sowjetunion 1986/87, S. 123, des Weiteren S. 115 und S. 119.

356 Vgl. ebd., S. 124-127.

357 Vgl. ebd., S. 167, S. 171-172 und S. 175. „Wenn auch zu bezweifeln ist, dass die konsumpolitischen Ziele in vollem Umfang erreicht werden, so ist doch anzunehmen, dass sich Verbesserungen gegenüber der sehr unbefriedigenden Situation der letzten Jahre erzielen lassen. Dadurch könnten Motivation und Leistung gesteigert werden, was der Gesamtwirtschaft (und daher auch dem Konsumbereich) zugute käme, Gorbatschows Ansehen mehren, seine Position stärken, die Zustimmung breiter Schichten zu dem von ihm vertretenen System sichern und ihm eine aktivere Unterstützung seiner Politik als bisher einbringen würde.“

en, so dass sich die wirtschaftliche Krise letztendlich insgesamt sogar noch verschärft habe.³⁵⁸ Als kurzfristig akut hätten sich vor allem die Versorgungskrise, die wachsende Verarmung der Bevölkerung, die steigende Inflation und die desintegrative Entwicklung im Bereich der Nationalitäten herausgestellt.³⁵⁹ Durch die Verbindung von Staats- und Wirtschaftskrise ist darüber hinaus nach Ansicht der Experten das sowjetische Außenwirtschaftssystem in seiner Funktionsfähigkeit deutlich beeinträchtigt sowie der Handlungsspielraum in diesem Bereich erheblich eingeschränkt worden, so dass nunmehr von einer tiefen Liquiditätskrise der sowjetischen Außenwirtschaft gesprochen werden könne.³⁶⁰ Anders als noch zu Beginn der *Perestrojka* sind die Wissenschaftler angesichts der gewaltigen Dimension der ökonomischen Misere mittlerweile davon überzeugt, dass der sowjetische Generalsekretär nunmehr unter einem enormen Zeitdruck stehe.³⁶¹

Trotz der mit dem Ende der achtziger Jahre einsetzenden intensiven Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem mit marktwirtschaftlichen Elementen vermuten die Experten auch im Berichtszeitraum 1990/91, dass bislang kein überzeugendes Gesamtkonzept gefunden worden sei, denn „einer funktionstüchtigen Mischung von Plan und Markt, von Einparteienherrschaft und gesellschaftlichem Pluralismus stehen gravierende konzeptionelle, politische und gesellschaftliche Hindernisse im Wege.“³⁶² Als Voraussetzungen für den Übergang zur Marktwirtschaft werden genannt: ein breiter gesellschaftlicher Konsens, die Wiederherstellung von Führungsfähigkeit und stabiler innenpolitischer Ordnung und die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Union und Republiken. Da diese von den Experten als grundlegend erachteten Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist in ihren Augen auch in der nächsten Zukunft eher mit einer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer Politik des routinierten „Durchwurstelns“ und der Ad-hoc-Notstandsmaßnahmen als mit einem ökonomi-

358 Vgl. Sowjetunion 1990/91, S. 135. „Das Wesen der tiefen ökonomischen Krise der sowjetischen Wirtschaft besteht in einem Zusammenfallen von chronischen, aus der Breshnew-Zeit ererbten, entgegen den Beschleunigungszielen des 12. Fünfjahresplans (1986-1990) nicht überwundenen, sondern weiter verschärften Fehlentwicklungen und neuen Problemen, die im Zuge der Perestrojka selbst entstanden sind und zu denen die Maßnahmen der Gorbatschow-Führung bzw. deren Halbheiten, Widersprüche und sozio-politischen Auswirkungen entscheidend beigetragen haben.“

359 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 30 und S. 123, sowie Sowjetunion 1990/91, S. 140 und S. 143.

360 Vgl. Sowjetunion 1990/91, S. 224 und S. 226.

361 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 133-135.

362 Ebd., S. 135, und Sowjetunion 1990/91, S. 146-148.

schen Systemwechsel zu rechnen. Langfristig, so die Vermutung, dürfte es zum Übergang zu einer Form der Marktwirtschaft jedoch keine Alternative geben.³⁶³

4.8 Außenpolitik unter Gorbačev

Der von Gorbačev in die Wege geleitete sowjetische Kurswechsel in der internationalen Außenpolitik führt unter den Sowjetunionexperten – ebenso wie dies in den Bereichen der Innenpolitik und der Wirtschaft der Fall war – anfänglich zu großen Bewertungsunsicherheiten. Der welt- und innenpolitische Hintergrund macht sich in den Analysen der Wissenschaftler vor allem in den ersten zwei Jahren der Gorbačev-Regierung deutlich bemerkbar, denn zentrales Thema vieler Untersuchungen ist die Frage nach der Mehrdeutigkeit und Glaubwürdigkeit des außenpolitischen „Neuen Denkens“ vor allem im Hinblick auf die Abrüstungsinitiativen des Generalsekretärs. Vielfach ist davon die Rede, dass auf diese Weise versucht werde, die westliche Sicherheit zu untergraben und Keile zwischen die NATO-Staaten beiderseits des Atlantiks zu treiben.³⁶⁴ Wie die Experten weiter vermuten, solle durch die betonte Hinwendung zur Friedens- und Abrüstungsbereitschaft die Sicherheitspolitik der NATO diskreditiert und den westeuropäischen Ländern ihr bisheriges Bedrohungs- und Feindbild genommen werden.³⁶⁵

Diese von einem expansionistischen und feindlichen Sowjetunionbild geprägten Beobachtungen bestimmen die Bewertung der sowjetischen Außenpolitik nachhaltig. Sie machen deutlich, dass der Sowjetunion zumindest in den ersten Amtsjahren Gorbačevs trotz aller inneren und ökonomischen Probleme nach wie vor ein nicht zu verachtendes außenpolitisches Potential eingeräumt wird.³⁶⁶ Kritische Beobachtungen zu den Schwächen der Supermacht finden sich erst verstärkt gegen Ende der achtziger

363 Vgl. Sowjetunion 1990/91, S. 148-149.

364 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 198, S. 241 und S. 244.

365 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 214-215.

366 Dazu auch folgende, doch sehr optimistische Einschätzung aus dem Berichtszeitraum 1984/85: „Selbst bei weiter absinkendem oder stagnierendem Wirtschaftswachstum bliebe deshalb die Sowjetführung voraussichtlich noch auf lange Sicht in der Lage, die innere Stabilität der UdSSR zu sichern und ihren Supermachtstatus aufrechtzuerhalten. Allen Nachbarn des Sowjetstaats, im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden ist anzuraten, sich auf eine solche Perspektive einzustellen.“, s. Sowjetunion 1984/85, S. 22.

Jahre, Perspektiven für die Zukunft ebenso. Ausgenommen davon sind die Entwicklungen in Osteuropa, die schon früh als bedenklich eingestuft werden.

4.8.1 Aspekte des „Neuen Denkens“

Mit dem Kurswechsel in der sowjetischen Außenpolitik unter der Federführung Gorbačevs sehen die Experten recht bald die Chance einer schrittweisen Verbesserung des festgefahrenen Ost-West-Verhältnisses. Hinter der sowjetischen Abrüstungsbereitschaft vermuten die Wissenschaftler mehrere Motive: die potentielle Erkenntnis, dass im Atomzeitalter jede weitere Aufrüstung unübersehbare Gefahren für den Fortbestand der Menschheit berge³⁶⁷, den taktischen Versuch, die amerikanische Innovationsdynamik auf dem Rüstungssektor sowie Reagans Strategische Verteidigungsinitiative zu bremsen, um einen die eigene Wirtschaft belastenden Rüstungswettlauf zu vermeiden³⁶⁸, die Wünsche nach intensiverer wissenschaftlich-technischer Kooperation³⁶⁹, das Vorhaben, die westliche Militärmacht durch Reduzierung der Kernwaffen zu schwächen und dabei gleichzeitig das konventionelle Übergewicht der eigenen Streitkräfte zu wahren³⁷⁰, sowie die bereits zuvor angesprochenen Möglichkeiten, unter den Westalliierten Unstimmigkeiten zu provozieren.³⁷¹ Somit ergibt sich 1986/87 als Fazit: „Die neue Strategie hat viele Aspekte, die sich nicht alle miteinander in Einklang bringen lassen.“³⁷²

Grundlegend für alle außenpolitischen Maßnahmen sind nach Einschätzung der Experten zu diesem Zeitpunkt nach wie vor die vom Marxismus-Leninismus vorgegebenen ideologischen Kriterien, somit die Doktrin der „Friedlichen Koexistenz“.³⁷³ Die ideologische Komponente im „Neuen Denken“ zeige sich auch darin, dass die Sowjetunion nach wie vor intensiv um Einfluss in den Ländern der Dritten Welt bemüht sei. Allerdings vermuten die Experten, dass einem Einbezug weiterer Entwicklungsländer in das sowjetische Hegemonialsystem vorerst wirtschaftliche Aspekte im Wege stünden, denn Mehrkosten durch neue hilfsbedürftige Klienten würden die ei-

367 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 21.

368 Vgl. ebd., S. 20 und Sowjetunion 1986/87, S. 219.

369 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 208, S. 220 und S. 245.

370 Vgl. ebd., S. 241-242.

371 Diese Motivation vermuten die Experten auch hinter der sowjetischen Deutschlandpolitik, s. Sowjetunion 1984/85, S. 266-269 und S. 278.

372 Sowjetunion 1986/87, S. 221, ebenso bereits S. 218.

373 Vgl. Sowjetunion 1984/85, S. 20 und Sowjetunion 1986/87, S. 203.

gene Wirtschaft zu sehr belasten. Daher sei Gorbačev vorerst darum bemüht, die geopolitischen Gewinne der Brežnev-Ära zu konsolidieren, die dafür zu zahlenden Kosten möglichst gering zu halten und den höchstmöglichen wirtschaftlichen Gewinn aus den Klientelländern herauszuholen.³⁷⁴

1988/89 verzeichnen die Experten entgegen ihren zuvor angestellten Einschätzungen einen beginnenden sowjetischen Rückzug aus den weltweiten Verpflichtungen. Wie festgestellt wird, brauche die Sowjetunion die immer knapper werdenden Ressourcen des eigenen Landes für die Bewältigung der eigenen Wirtschaftskrise. Die durch das Engagement in der Dritten Welt erzielten politischen und militärischen Vorteile, so die Einschätzung, würden in den meisten Fällen die laufenden Kosten nicht mehr aufwiegen. Stärker als zuvor betonen die Wissenschaftler nunmehr die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ursachen der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere der Abrüstungsinitiativen.³⁷⁵ In diesem Zusammenhang wird auch der Truppenabzug aus Afghanistan interpretiert, der der Sowjetunion darüber hinaus zu einer größeren Glaubwürdigkeit ihrer Friedens- und Abrüstungspolitik verholfen habe.³⁷⁶

Wie die Experten 1990/91 feststellen, ziehe diese Politik des Rückzugs und der allgemeinen Entspannung des Ost-West-Verhältnisses neben den positiven weltpolitischen Folgen³⁷⁷ jedoch bedeutende innenpolitische Konsequenzen für Gorbačev nach sich. So zumindest erklären sie sich den seit Herbst 1990 spürbaren Kurswechsel weg vom kooperationsbereiten „Neuen Denken“ hin zu einer erneut konservativen und deutlich konfrontativeren Politik des „Alten Denkens“. Es wird vermutet, dass der Regierung von Seiten der reaktionären Kräfte ein Ausverkauf der sowjetischen Weltmachtinteressen vorgeworfen werde, an dessen Ende der Abstieg der Sowjetunion als Supermacht stünde.³⁷⁸ Zum Redaktionsschluss des Jahrbuchs *Sowjetunion 1990/91* ist nach Meinung der Sowjetunionforscher noch nicht absehbar, ob sich die-

374 Vgl. Sowjetunion 1986/87, S. 209.

375 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 15, S. 205-206 (Schlagwort „Ökonomisierung der Außenpolitik“) und S. 244.

376 Vgl. ebd., S. 269 und S. 276, sowie Sowjetunion 1990/91, S. 18.

377 Dazu folgende Feststellung: „Der insgesamt für die Gorbatschow-Führung negativen Bilanz im Innern stand eine positive Bilanz im Blick auf das Image der Sowjetunion in der Welt gegenüber. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Außenpolitik an den meisten Fronten durch Rückzugsbewegungen bestimmt war. Aber es gelang der Gorbatschow-Schewardnadse-Führung, die Rückzüge in diplomatische Erfolge umzuwandeln und so das Ansehen der Sowjetunion im Westen auf eine zuvor ungekannte Höhe zu führen.“, s. Sowjetunion 1990/91, S. 18.

378 Vgl. ebd., S. 241 und S. 251.

se konservativen Kräfte vor allem aus dem Bereich des Militärs oder die erstarkenden demokratischen und reformorientierten Gegner Gorbačevs in der kommenden Zeit durchsetzen würden und welche Richtung die sowjetische Außenpolitik im jeweiligen Fall einschlagen könnte.³⁷⁹

4.8.2 *Entwicklungen in Osteuropa*

Zu Beginn der Amtszeit Gorbačevs vermuten die Sowjetunionexperten, dass die Konsolidierung der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa neben der Aufrechterhaltung des Weltmachtstatus auf der Prioritätenliste der Außenpolitik nach wie vor ganz weit oben stehe. Nach ihrer Einschätzung habe die Krise in Polen zu Beginn der achtziger Jahre den gesamten osteuropäischen Hegemonialbereich „in den Grundfesten“³⁸⁰ erschüttert und zu einer Lockerung des östlichen Blockgefüges geführt. Diese Tendenz zur Desintegration sei durch die Tatsache verstärkt worden, dass viele der sozialistischen Regimes sich dazu gezwungen gesehen hätten, im Bereich ihrer Wirtschaftspolitik autonom zu handeln, da die Leistungsfähigkeit der Sowjetwirtschaft nicht einmal mehr ausreiche, um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen: „In den kleineren Ostblockstaaten setzte sich eine Tendenz zur ‚partikularistischen‘ Konzentration auf ihre ‚nationalen‘ Wirtschaftsinteressen durch. Stellenweise wurden sogar Ansätze zu einem gewissen ‚sicherheitspolitischen Nationalismus‘ sichtbar.“³⁸¹

Wie die Experten des Weiteren beobachteten, scheint die Sowjetführung jedoch ganz offensichtlich trotz ihres Vorhabens, die innere Geschlossenheit des eigenen Machtbereichs wiederherzustellen, dazu bereit, den kommunistischen Regimes im Rahmen der vorgeschriebenen Systemgrenzen etwas mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Politik zu gewähren:

„Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass Gorbatschow seine Forderung nach Festigung der Sozialistischen Gemeinschaft ernst meinte; und doch scheint die sowjetische Führung derzeit ein wenig nach der Devise zu handeln, dass in der Gemeinschaft ein jedes Land nach seiner Façon selig werden soll. Der nationale Spielraum scheint nicht mehr so eng bemessen zu sein wie

379 Vgl. Sowjetunion 1990/91, S. 267.

380 Sowjetunion 1984/85, S. 279-280.

381 Ebd., S. 280.

früher, solange die innere Stabilität und die Bindung an die Sowjetunion gewährleistet bleiben.³⁸²

Durch diese neue Toleranz im Verhältnis zu den osteuropäischen Satellitenstaaten hat die Sowjetunion nach Ansicht der Experten dort deutlich an politischem Einfluss verloren. Die Tatsache, dass die Sowjetregierung trotz der sich abzeichnenden inneren Entwicklungen in Ungarn und Polen seit 1988 ihre liberale Haltung nicht geändert habe, führt die Wissenschaftler zum Schluss, dass auch in Zukunft mit weit reichenden Toleranzen zu rechnen sei. Offen bleibt zu diesem Zeitpunkt allerdings noch die Frage, ob die Sowjetunion bei gravierenden Verstößen gegen unverzichtbare sozialistische Grundsätze ähnlich wie 1968 in der ČSSR wieder militärisch intervenieren könnte und wo die Freiheit in der Auslegung der sozialistischen Prinzipien somit ihre Grenzen finden werde.³⁸³

Bereits im nächsten Berichtszeitraum 1990/91 stellt sich diese Frage nicht mehr, denn die Sowjetunion hat den Systemwechsel in Osteuropa nicht militärisch zu verhindern versucht und die Auflösung des Warschauer Paktes sowie des RGW ist bereits beschlossene Sache. Damit sei das „Ende des Sowjetblocks“³⁸⁴ besiegelt, so die Experten. Durch die Umbrüche in Osteuropa hätten sich auch innerhalb der Sowjetunion die secessionistischen Kräfte in den einzelnen Republiken verstärkt. Vor diesem Hintergrund sind die Experten skeptisch, inwiefern die „geschwächte und zerbröselnde Sowjetunion“³⁸⁵ unter neuen Rahmenbedingungen überhaupt in der Lage sein könne, für sich erneut eine Interessensphäre in Osteuropa durchzusetzen. Dass solche Überlegungen gar in Zukunft wichtig sein könnten, macht folgende Einschätzung deutlich: „Der Zerfall der UdSSR wird sich aber auf Dauer überhaupt nicht aufhalten lassen – und vorübergehend nur durch Anwendung militärischer Gewalt.“³⁸⁶ Wie deutlich wird, ist das Ende der Sowjetunion in der gegenwärtigen Form somit im Frühjahr 1991 nach Ansicht zumindest eines Teils der Wissenschaftler nur noch eine Frage der Zeit. Ein Hinweis darauf, dass bereits ein Dreivierteljahr später die Zeit dafür gekommen sein würde, findet sich jedoch nicht.

382 Sowjetunion 1986/87, S. 273. Dazu auch ebd., S. 199.

383 Vgl. Sowjetunion 1988/89, S. 218.

384 Sowjetunion 1990/91, S. 294.

385 Ebd., S. 298.

386 Ebd., S. 257.

5 *Bewertung der Expertenarbeit*

5.1 **Leistungen und Versäumnisse**

Lässt man die in der vorangegangenen Quellenanalyse zusammengetragenen Experteneinschätzungen Revue passieren, so fällt auf, dass die Wissenschaftler am BIOst im Prinzip wesentliche kritische Entwicklungen in der Sowjetunion richtig erkannt haben, also durchaus auf die in der Einleitung zitierte „Bugwelle von Problemen“ aufmerksam machten. Dies gilt vor allem für die siebziger und die frühen achtziger Jahre bis zum Amtsantritt Gorbačevs, wie folgender Abgleich mit den in Kapitel 2 dargestellten Problemstrukturen und Entwicklungslinien demonstriert:

So definierten die Wissenschaftler schon im ersten Band ihrer Jahrbücher die Ära Brežnevs als eine Zeit des Stillstands, der Immobilität und damit auch der Reformunfähigkeit, wie an mehreren Stellen deutlich wird. Dass auf diese Weise in der Tat punktuell Stabilität erreicht wurde, ungelöste Schwächen und Spannungen sich jedoch auf Dauer anstauen und Probleme verursachen könnten, vermuteten die Experten bereits 1973. Die immer größere Bedeutung der Nomenklatura für die operative sowjetische Politik und gleichzeitig auch der Widerstand, den diese Funktionärschicht und die Parteiapparate insgesamt jeglichen tiefer greifenden Reformansätzen entgegenbrachten, erachteten sie zu Recht als einen wesentlichen Grund für die Stagnation im politischen Alltag der Sowjetunion. Neben den parteiinternen Gegebenheiten verengten weitere Faktoren den politischen Handlungsspielraum der Sowjetführung: Als zusätzlich einschränkend bewerteten die Wissenschaftler zum einen die Ansprüche der immer mündiger werdenden (Konsum-)Gesellschaft, die sich nicht länger mit den Lebensstandards der vorigen Generationen zufrieden gab, gleichzeitig aber auch nicht mehr mit den repressiven Maßnahmen der Vergangenheit unter Kontrolle gehalten werden konnte. Zum anderen betonten sie, dass die Sowjetführung im Rahmen ihrer ideologischen Herrschaftslegitimation mit liberalen Konzessionen nur begrenzt operieren konnte; dies vor allem angesichts der richtig erkannten Tatsache,

dass die einstige revolutionäre Dynamik des Marxismus-Leninismus, der die Grundlage für das Herrschaftsmonopol der KPdSU darstellte, deutlich abgeschwächt war und die Ideologie in der breiten Masse der sowjetischen Bevölkerung zunehmend an Glaubwürdigkeit verlor.

Die Krise der Ideologie schätzten die Experten somit korrekterweise als sehr bedeutsam ein. Mit Beginn der achtziger Jahre vermuteten sie, dass die Unterhöhlung des Machtanspruchs der KPdSU durch die immer offensichtlicher werdende Kluft zwischen sowjetischer Realität und ideologischer Verheißung und durch die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft irreversibel sein könnte. In der geistigen Unterwanderung des Regimes sahen die Wissenschaftler dabei den wesentlichen Beitrag der Dissidentenbewegung, der sie ganz richtig keine konkrete politische Oppositionsfunktion, sondern vielmehr eine moralische Bedeutung für die Entwicklung systemalternativer Einstellungen innerhalb der breiten sowjetischen Bevölkerung zuwiesen. Besonders interessant ist, dass sie im Zusammenhang mit der nachlassenden Integrationsfunktion der Ideologie bereits Mitte der siebziger Jahre die Differenzierungsprozesse im Bereich der sowjetisierten Nationalitäten thematisierten und den nichtrussischen Völkern gegen Ende des Jahrzehnts eine bedeutsame, wenn auch noch nicht definierte Rolle für die weitere Zukunft der Sowjetunion beimessen.

Nicht nur im Bereich der Innenpolitik, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht beobachteten die Sowjetunionexperten treffsicher kritische Entwicklungen. Über die Jahre hinweg identifizierten sie eine ganze Palette von Problemen: mangelnde Plankonsistenz, zu hohe Planvorgaben, Innovationsträgheit, Fehlinvestitionen, qualitative und quantitative Materialengpässe, Ressourcenknappheit bei gleichzeitiger Ressourcenverschwendung, technologischer Rückstand, Motivationsprobleme bei den Arbeitnehmern und die Tatsache, dass der Übergang vom extensivem zum intensiven Wirtschaften trotz aller Versuche immer wieder scheiterte. Spätestens Mitte der siebziger Jahre gingen die Wissenschaftler daher zu Recht von einer Phase rückläufiger Wirtschaftsdynamik und somit sinkender Wachstumsraten aus.

Zu diesem Zeitpunkt wurde ebenfalls immer deutlicher, dass die Ursachen sämtlicher ökonomischer Mängel in der Funktionsweise des sowjetischen Planwirtschaftsystems zu sehen waren, das mit seiner hochbürokratischen Organisationsweise den Ansprüchen einer flexiblen und ausdifferenzierten Ökonomie nicht mehr gerecht werden konnte. Einer umfassenden Wirtschaftsreform sahen die Wissenschaftler berechtigterweise zahlreiche Hindernisse in den Weg gestellt: So erkannten sie vor allem in der Tatsache, dass das System der Planwirtschaft ein entscheidendes Mittel der

Herrschaftssicherung darstellte, eine deutliche Einschränkung des Reformspielraums der Sowjetführung, denn wie sie zutreffend vermuteten, musste eine grundsätzliche Umstellung des administrativen Planungs- und Lenkungssystems zwangsläufig unerwünschte Rückwirkungen auf das gesamte politische System haben. Als ein zusätzliches Hemmnis für die Reformmöglichkeiten der sowjetischen Regierung nannten die Experten des Weiteren den Supermachtstatus der Sowjetunion, denn er erlaubte keine vorübergehende Schwächung der sowjetischen Wirtschaft durch Transformationsstörungen, die ein Wandel der Wirtschaftsstruktur mit sich gebracht hätte. Nicht zuletzt bewerteten sie den unter anderem auch über wirtschaftliche Hegemonie definierten sowjetischen Vormachtsanspruch in den Satellitenstaaten und im Bereich der nicht-russischen Nationalitäten des Sowjetimperiums sowie die inneren Widerstände der Nomenklatura als durchaus reformeinschränkende Faktoren. Mit dem Beginn der achtziger Jahre schließlich stellten sich die Experten dann nicht mehr nur die Frage, inwiefern tief greifende Reformen überhaupt möglich waren, sondern äußerten erstmals die Vermutung, dass diese eventuell sehr viel weniger bewirken könnten als bislang gedacht worden war. In dieser Feststellung klingt deutlich die Skepsis an der prinzipiellen Reformierbarkeit des bestehenden sowjetischen Wirtschaftssystems an.

In der Bilanz glich die sowjetische Wirtschaftspolitik nach Definition der Experten einer Fahrt durch eine Einbahnstraße, ohne Möglichkeiten einer durchgreifenden Kurskorrektur. Wie sie richtig bemerkten, konnte auch eine verstärkte Ausrichtung der Außenpolitik auf wirtschaftliche Belange kaum dazu beitragen, die Sowjetökonomie aus der zunehmenden Misere zu führen. Mitte der siebziger Jahre äußerten sie erstmals die Vermutung, dass der Weltmachtanspruch die östliche Supermacht überfordern könnte. Vor allem die ökonomischen Belastungen durch die Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Bruderstaaten und den Ländern der Dritten Welt fanden in diesem Zusammenhang zu Recht Erwähnung. Ideologische Krisenerscheinungen im Ostblock seit Mitte der siebziger Jahre sowie die zunehmenden Stabilitätsprobleme gegen Ende des Jahrzehnts akkumulierten 1980 in der Polenkrise, die die Experten in ihrer Tragweite als sehr bedenklich für den sowjetischen Vormachtsanspruch bewerteten.

Krisen und Probleme in allen Bereichen – das war die treffende Diagnose der Sowjetunionexperten zum Ende der Ära Brežnevs. Der Handlungsdruck auf die neue Staatsführung – zunächst auf Andropov und Černenko, dann auf Gorbačev – wurde daher als immens eingeschätzt. Schon zu Zeiten Andropovs und noch deutlicher mit dem Amtsantritt Gorbačevs warnten die Wissenschaftler allerdings davor, angesichts

der krisenhaften Gesamtsituation die Reformbereitschaft und vor allem die Reformmöglichkeiten der sowjetischen Staatsführung zu überschätzen, da der neue Generalsekretär nicht mit dem Ziel angetreten sei, den Sozialismus abzuschaffen, sondern ihn vielmehr wiederbeleben und funktionsfähig machen wolle. Wie bereits im Verlauf der Quellenanalyse in Kapitel 4.6 angesprochen wurde, ließ die rasante Gangart Gorbačevs den Experten kaum Zeit, dessen Reformmaßnahmen zu bewerten geschweige denn Zukunftsperspektiven zu formulieren. Die immer wieder neuen Aspekte, Dimensionen und Widersprüchlichkeiten der Gorbačevschen Reformvorhaben waren nicht mit der sowjetischen Politik der Vorjahre vergleichbar und in ihrer Tragweite schwer einzuordnen. Für die Jahre 1985-1991 wurden langfristige Zukunftsperspektiven nur noch an wenigen Stellen gewagt. Vielmehr versuchten die Experten nur, die unmittelbaren Folgen der verschiedenen Reformversuche zu erfassen. Dabei gingen sie bis 1988/89 mit offensichtlicher Skepsis, aber auch ebenso augenscheinlichem Optimismus vor.

Berechtigte Skepsis zeigten die Experten beispielsweise in Bezug auf die tatsächlichen Reformmöglichkeiten Gorbačevs. Von Anfang an schätzten sie diese vor allem angesichts der Widerstände im Parteiapparat und der offensichtlichen Ideologieverhaftung des Generalsekretärs wie auch aufgrund der ökonomischen und sozialen Risiken als sehr begrenzt ein. Zwar war erkennbar, dass Gorbačev den Willen hatte, mit seinen Reformen weiter zu gehen als seine Vorgänger, auf lange Sicht schien es den Wissenschaftlern aber fraglich, ob sich der Generalsekretär gegen die genannten Widerstände würde durchzusetzen können. Wie sie zutreffend anmerkten, war eine wirkliche Reform im eigentlichen Wortsinn im Grunde erst dann möglich, wenn ernsthafte Einschränkungen am Machtmonopol der KPdSU vorgenommen werden würden. Im Kampf um weniger Bürokratie sahen die Wissenschaftler Gorbačev in einem grundsätzlichen Dilemma gefangen: Mit seiner neuen Kaderpolitik versuchte dieser zwar, sich die nötigen Grundlagen für die Realisierung der Reformvorhaben zu schaffen, durch die Reduzierung der Apparate und somit der Einflussmöglichkeiten sägte er jedoch genau an dem Ast, auf dem er selbst saß, wie die Experten gut erkannten. Als problematisch schätzten sie des Weiteren bereits 1986/87 die selbstläuferische Tendenz der *Glasnost* ein. Auch an dieser Stelle schien Gorbačev zwar nötige Grundlagen für Reformvorhaben schaffen zu wollen, der plötzlichen Eigendynamik der neuen „Offenheit“ trauten es die Experten jedoch korrekterweise zu, das Machtmonopol der Partei längerfristig endgültig zersetzen zu können.

Die Grenzen des wirtschaftspolitischen Handlungsrahmens, die die Wissenschaftler bereits in den siebziger Jahren definiert hatten, sahen sie auch unter Gorbačev nach wie vor gegeben. Daher gingen sie mit berechtigten Misstrauen davon aus, dass die grundlegenden Funktionsprobleme des Planwirtschaftssystems auch von der neuen Sowjetführung nicht beseitigt werden könnten. Das historische Tief der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik gegen Ende des 11. Planjahrhunderts war Ausgangspunkt für die treffende Vermutung, dass die Sowjetunion ihre Politik im Weltmachtprofil zukünftig nicht mehr betreiben könnte und der Sozialismus-Kommunismus als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem weiter untergraben würde, sollte die ökonomische Wachstumskurve nicht bald wieder nach oben gehen.

In außenpolitischer Hinsicht schließlich verzeichneten die Experten einen Rückgang des sowjetischen Engagements im eigenen Hegemonialbereich und eine Tendenz zu partikularistischen, nationalorientierten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen in den Ostblockländern. Aufgrund der größeren Freiheit, die Gorbačev den sozialistischen Ländern Osteuropas in der Auslegung der sozialistischen Prinzipien zugestanden hatte, rechneten sie 1986/87 auch für die Zukunft in diesem Bereich mit weit reichenden Toleranzen; Unklarheit herrschte über die endgültigen Grenzen dieser neuen liberalen Tendenzen. Sicher war, dass die Sowjetunion im eigenen Hegemonialbereich eindeutig an politischem Einfluss verloren hatte.

Ein wichtiger Aspekt der sowjetischen Abrüstungsbereitschaft im Rahmen der Politik des „Neuen Denkens“ stellte nach Einschätzung der Wissenschaftler der Versuch dar, einen die eigene Wirtschaft belastenden Rüstungswettlauf nach Möglichkeit zu vermeiden. Wie sie richtig vermuteten, konnte die Sowjetunion auf dem Bereich der wissenschaftlich-technischen Innovationen nicht mehr mithalten und versuchte deshalb, durch forcierte Abrüstungsvorschläge die amerikanische Dynamik auf dem Rüstungssektor zu bremsen und die eigene Wirtschaft zu entlasten.

Ab dem Jahr 1988/89 häuften sich schließlich die Negativbilanzen. Das Krisenpanorama, das die Experten zu jenem Zeitpunkt entwarfen, nannte dabei durchaus die wesentlichen akuten Problembereiche deutlich beim Namen: Die Partei war eindeutig geschwächt, die Destabilisierungsvorgänge in der sowjetischen Gesellschaft und im Bereich der Nationalitäten akut. Die Wirtschaft stand vor dem Aus, Versorgungsprobleme und Inflation wuchsen weiter an und der osteuropäische Hegemonialraum war in Auflösung begriffen. Gorbačevs Reformvorhaben wurden als gescheitert erklärt; wie die Experten feststellten, hatten sie sogar die Probleme zu einem großen Teil eher verschärft denn gelöst: Der Sozialismus hatte sich letzten Endes als unreformierbar

erwiesen. Die Ergebnisse der Quellenanalyse für die Jahre 1988 bis Frühling 1991 zeigen allerdings auch deutlich, dass den Experten zu diesem Zeitpunkt das weitere Schicksal der Sowjetunion alles andere als klar war. Die identifizierte Problemlage führte die Wissenschaftler zu unterschiedlichen, widersprüchlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen. Ein Zusammenbruch der Sowjetunion wurde in diesem Zusammenhang von einigen Experten als durchaus denkbare Option genannt, sein Eintritt allerdings in einem längerfristigen Zeithorizont verortet.

An diesem Punkt sollten zwei Dinge klar geworden sein: Auch in der Ära Gorbačev haben die Sowjetunionexperten zwar nach wie vor wesentliche Probleme der sowjetischen Entwicklung erkannt. Sie haben aber auch – und dies gilt nicht nur für die Jahre 1985-1991, sondern für den ganzen Berichtszeitraum ab den frühen siebziger Jahren – an vielen Stellen aus ihren Beobachtungen nicht die richtigen bzw. überhaupt keine Schlussfolgerungen gezogen. Insgesamt betrachtet stellen die zuvor zusammenfassend dargestellten Leistungen der Sowjetunionforscher somit nur *eine* Seite der Medaille dar. Auf der anderen Seite – und diese Seite lastet schwer, denn sie trübt das zuvor entstandene positive Bild nachhaltig – steht die Tatsache, dass die Wissenschaftler trotz der vielen richtigen Erkenntnisse über Probleme, Schieflogen und Krisenherde aus ihren Beobachtungen über zwei Jahrzehnte hinweg vielfach die falschen Schlüsse abgeleitet haben: Reformmöglichkeiten, Konfliktfähigkeit, Manövrierfähigkeit, Gefährlichkeit und letztendlich somit die Stabilität der Sowjetunion wurden fast bis zuletzt schlichtweg überschätzt. Charakteristisch dafür ist vor allem der Glaube an das mehrmals genannte „Potential zum Durchwursteln“, der sich wie ein roter Faden teils explizit – vor allem in den siebziger Jahren –, teils im Hintergrund durch die Sowjetunionanalysen der Wissenschaftler zieht und in eklatantem Widerspruch zu der im Prinzip korrekt erkannten „Bugwelle von Problemen“ steht. Folgende Aspekte sollen diese Feststellung zunächst für die Regierungszeit Brežnevs und im Anschluss für die Ära Gorbačev exemplarisch illustrieren:

Seit Beginn ihrer Sowjetunionbeobachtung stellten die Experten fest, dass die Integrationskraft der Ideologie im Schwinden begriffen wäre und die Gesellschaft sich nicht mehr so leicht kontrollieren ließe, andere Ansprüche entwickelte und in der Folge dem Regime mehr und mehr die Loyalität aufkündigte. Trotz dieser Unterhöhung des Machtanspruchs der Partei und der Bedrohung des politischen Herrschaftsystems in seiner bisherigen Funktionsweise wurde mit dem Ende der Ära Brežnev davon ausgegangen, dass die Sowjetführung stabil genug sei, um diesen Tatsachen weiterhin zu begegnen – Polizei und Militär schienen intakt, die Interessen der No-

menklatura garantierten einen gewissen Interessenausgleich und somit Stabilität im Rahmen des Status quo. Nicht zuletzt verwiesen die Wissenschaftler auf die nach wie vor bestehende Weltmachtposition als Garant für eine gewisse Legitimation der sowjetischen Politik in der Bevölkerung sowie auf die Probleme in den westlichen Demokratien, die der Sowjetunion international und innenpolitisch Aufwind geben könnten. Konfliktpotential wurde von den Experten somit zwar durchaus gesehen, die Sowjetführung jedoch für den Moment und für die nächsten Jahre in ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten, diese Probleme vielleicht nicht unbedingt zu überwinden, sich aber zumindest längerfristig irgendwie mit ihnen zu arrangieren, überschätzt.

Noch deutlicher zeigt sich dies für den Bereich der sowjetischen Wirtschaft. Schon früh hatten die Experten sämtliche Probleme der Planwirtschaft erkannt und auf die begrenzten Reformmöglichkeiten verwiesen. Vor diesem Hintergrund überrascht der Optimismus, mit dem sie in den siebziger und frühen achtziger Jahren trotz aller immer wieder geäußerten Skepsis der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung gegenüberstanden: Auch wenn sie nicht von einem nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung ausgingen, wurden begrenzte Verbesserungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dennoch immer wieder für möglich gehalten. Bis Mitte der siebziger Jahre vermuteten die Wissenschaftler, dass die sowjetische Planwirtschaft den neuen Anforderungen scheinbar „noch nicht“ gerecht werden konnte; sie attestierten somit dem System für die Zukunft ganz offensichtlich Anpassungs- und Wandlungspotential. Erst mit dem Tode Brežnevs äußerten sie vorsichtige Zweifel an der generellen Reformierbarkeit des Wirtschaftssystems, indem sie feststellten, dass der Übergang zur intensiven Wirtschaftsweise „bisher [...] immer wieder“ nicht gelingen wollte. Dennoch sahen sie letzten Endes die Option, unter verbesserten Rahmenbedingungen, sprich mit einer politisch-moralischen Flankierung der Reformmaßnahmen, wie sie Andropov und später Gorbačev einführen sollten, durch Teilreformen weiterhin vorangehen bzw. sich „durchwursteln“ zu können.

In der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik schließlich dominiert ganz eindeutig der Eindruck einer nicht saturierten und potentiell nach wie vor gefährlichen Sowjetunion. Zwar problematisierten die Experten die Stabilitätsprobleme und ideologischen Krisenerscheinungen im Ostblock sowie die augenscheinlichen finanziellen Überlastungen durch die Verpflichtungen in der Dritten Welt, es wurde sogar – wie zuvor bereits betont – von einem politischen, militärischen und ökonomischen „Überengagement“ der Weltmacht Sowjetunion gesprochen. Genau an dieser Stelle zeigt sich jedoch besonders eindrücklich, wie aus richtig erkannten Problemlagen

falsche Schlüsse gezogen wurden, denn dieses Phänomen identifizierten die Wissenschaftler auch bei den USA: Anstatt ihre richtige Beobachtung für die zukünftige Entwicklung der Sowjetunion weiterführend zu interpretieren, relativierten die Experten das Überengagement vielmehr zu einem sozusagen „weltmachtüblichen“ Problem und verkannten damit seine besondere Tragweite für die sowjetische Zukunft.

Mit dem Tode Brežnevs waren sich die Experten mehr oder weniger sicher, dass der Gesamtzustand der Sowjetunion die Bezeichnung „Krise“ verdiente. Sie vermuteten gar, dass die kritischen Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen insgesamt auf eine abnehmende Leistungs- und Steuerungsfähigkeit des politischen Regimes hindeuten könnten. Diese Überlegungen wurden jedoch im gleichen Jahrbuch in zweierlei Hinsicht im Prinzip wieder revidiert: Zum einen warnten die Wissenschaftler davor, das westliche Verständnis einer „Krise“ samt ihrer Folgen für die Stabilität des Systems auf die Sowjetunion zu übertragen. Zum anderen räumten sie dem Nachfolger Brežnevs die Möglichkeit ein, durch mehr Rigorosität und Innovationsbereitschaft der sowjetischen Politik eine neue Qualität zu verleihen und die Probleme wieder in den Griff zu bekommen.

Diese Einstellung schlägt sich in der Sowjetunionanalyse der Folgejahre nieder: Zwar wiesen die Wissenschaftler ganz deutlich darauf hin, Gorbačev als Reformier nicht zu überschätzen, und wie zuvor ausgeführt sahen sie seine Erfolgchancen als gering an. Trotz dieser Skepsis wurden die Konfliktfähigkeit und die Reformmöglichkeiten der Sowjetunion auch in diesen Jahren immer wieder überschätzt. Dies gilt vor allem für die Frühphase der *Perestrojka*. Einerseits waren sich die Wissenschaftler einig, dass mit Gorbačevs Reformenbündel nicht die grundsätzlichen Funktionsprobleme des Planwirtschaftsystems behoben werden könnten, andererseits sahen sie partielle Verbesserungen, die zu einer langfristigen Restabilisierung der Wirtschaft führen könnten, jedoch bis 1988/89 im Rahmen des Möglichen. In Bezug auf die innenpolitische Reform der *Glasnost* vermuteten sie, dass diese genau dann ihre Grenzen gefunden hätte, wenn das Selbstverständnis und somit das Machtmonopol der KPdSU in Gefahr geraten sollte. Für diesen Fall rechneten die Experten mit einem rigorosen Eingreifen der KPdSU: *Glasnost* wurde trotz aller selbstläuferischen Tendenzen als noch zügelbar eingeschätzt, der Partei nach wie vor Durchsetzungsvermögen und Konfliktfähigkeit zugetraut.

In weltpolitischer Hinsicht stellten die Experten fest, dass sich die Sowjetunion auf dem Rückzug befand, sich aus finanziellen Verpflichtungen zu lösen versuchte und offensichtlich auch nicht das Potential hatte, einen Rüstungswettlauf mit den

USA anzutreten. Im Ostblock musste sie gar gegen desintegrative Entwicklungen ankämpfen. Aus dieser doch wohl mehr als offensichtlichen Schwäche der Sowjetunion zogen die Experten jedoch bis 1988/89 keinerlei Schlüsse, welche Folgen dies für die weitere Entwicklung der Weltmacht haben könnte. Erst mit den dortigen – nicht erwarteten – Systemwechseln gegen Ende der achtziger Jahre wurde das „Zerbröseln“ der Sowjetunion beim Namen genannt.

Zu diesem Zeitpunkt war das Ausmaß des Desasters in der Sowjetunion im Prinzip nicht mehr zu übersehen. Trotzdem war der Gedanke an einen Zusammenbruch der Sowjetunion nur eine von mehreren möglichen Optionen, die die Experten für die weitere Zukunft nannten. Langfristig ließe sich der Zerfall der Sowjetunion nicht aufhalten, so die Überzeugung eines Teils der Sowjetunionexperten. Kurzfristig wurden jedoch zunächst andere Entwicklungen vermutet, beispielsweise im Bereich der Wirtschaft ein weiteres „Durchwursteln“ wie schon in den Jahren zuvor, oder eine Machtübernahme durch die konservativen Kräfte und bürgerkriegsähnliche Zustände.

Diese Beispiele sollen genügen, um aufzuzeigen, dass die Sowjetunionexperten in der Tat an vielen Stellen mit ihren Schlussfolgerungen daneben lagen. Die fehlenden bzw. falschen Rückschlüsse muten auf den ersten Blick fast paradox an: Trotz offenkundiger und sich verschlimmernder Krisenherde an allen Stellen wurde dennoch über viele Jahre keine Überlegungen angestellt, ob und wie lange die Sowjetunion auf diese Weise würde weiter bestehen können. Diese Sichtweise beruht allerdings auf der Perspektive und dem Fragehorizont des heutigen Betrachters, für den sich aufgrund von Kenntnissen, die die Experten damals nicht hatten – nämlich das Wissen um den Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 – die sowjetische Entwicklung in ihren Kausalzusammenhängen ganz anders darstellt als für den zeitgenössischen Wissenschaftler. Der Geschichte wird eine immanente Zwangsläufigkeit zugeschrieben, die diese nicht hat und niemals hatte. Aus einem solchen Blickwinkel gerät man in die Versuchung, fehlende und falsche Schlussfolgerungen als Versäumnisse zu bewerten und nur die Mängel der Forschungsarbeit hervorzuheben. Daher muss vor einem abschließenden Urteil unbedingt die Frage gestellt werden, woran es gelegen haben könnte, dass die Experten die Entwicklung der Sowjetunion falsch eingeschätzt haben, und inwiefern sie im gegebenen Kontext ihrer Forschungsarbeit überhaupt mehr hätten leisten *können*.

5.2 Die Rolle des Kontextes

Wie zu Beginn der Arbeit betont wurde, besitzt der Kontext einen nicht zu verachtenden Einfluss auf den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess: Die Standortbezogenheit des Wissenschaftlers ist ein wesentlicher Faktor für die Sichtweise auf und die Fragestellungen an den Untersuchungsgegenstand. Nicht zuletzt sind zeitgeschichtliche Forscher nach wie vor auch Zeitgenossen mit eigenen Erfahrungen und Erinnerungen, die sich nicht einfach eliminieren lassen und in den Forschungsprozess mit einfließen. Als zentrale Elemente des Kontextes, die für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung sind, wurden eingangs festgelegt: die innenpolitische Situation in Westdeutschland, insbesondere das Verhältnis zwischen BRD und Sowjetunion, die politikbezogene Ausrichtung der Forschungsarbeiten am BIOst sowie die methodische und theoretische Problematik der Sowjetunionforschung. Die genauen Hintergründe der einzelnen Experteneinschätzungen können an dieser Stelle aus Gründen des Umfangs nicht im Detail untersucht werden; als Thema einer separaten Studie wäre es allerdings mit Sicherheit lohnenswert, diese Zusammenhänge noch eingehender zu analysieren. Deutlich werden sollen an dieser Stelle jedoch vielmehr die grundsätzlichen Implikationen des Kontextes auf die Forschungsarbeit, denn nur mit dem Wissen um diese Zusammenhänge kann im Anschluss eine gerechte Bewertung der Experteneinschätzungen überhaupt erst geleistet werden.

Beginnen möchte ich mit den theoretischen und methodischen Defiziten. Die Schwierigkeiten der Experten, die Sowjetunion mit wissenschaftlichen Konzepten analytisch angemessen zu erklären, ist bei der Untersuchung der Quellen an vielen Stellen deutlich geworden. In den Jahrbüchern *Sowjetunion 1982/83* sowie *Sowjetunion 1984/85* wurden diese Probleme sogar explizit von den Experten angesprochen.³⁸⁷ Als besonders akut erschien ihnen der Mangel an leistungsfähigen Forschungsparadigmen vor allem hinsichtlich der Analyse der sowjetischen Wirtschaft. Wie die Wissenschaftler selbst betonten, konnten Theorien zur Erklärung der westlichen kapitalistischen Wirtschaftssysteme nicht analog auf die Sowjetunion und die dortige Planwirtschaft übertragen werden.³⁸⁸ Untersuchungen zur Funktionsweise des

387 Vgl. *Sowjetunion 1982/83*, S. 151 und *Sowjetunion 1984/85*, S. 114.

388 Vgl. *Sowjetunion 1982/83*, S. 150-151. „Gegen die implizite Übertragung solcher Kriterien in die Analyse des inneren Zustandes der UdSSR spricht neben der Struktur ihres politischen Systems, dem Fehlen einer nennenswerten offenen Arbeitslosigkeit und der vergleichsweise hohen Belastbarkeit des sowjetischen Verbrauchers auch das Vorhandensein von Wachstumsraten, die nach wie vor positiv sind, d.h. über Null liegen.“

sowjetischen Wirtschaftssystems und den Auswirkungen seiner Schwächen auf die Stabilität des kompletten politischen Systems mussten den Spezialfall Sowjetunion berücksichtigen – ein allgemein anerkannter und passender Forschungsansatz hierfür fehlte jedoch.

Ein gewichtiger Faktor in der Analyse und Bewertung dieses Spezialfalls war mit Sicherheit die Tatsache, dass sich das sowjetische Wirtschaftssystem in der Vergangenheit trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse und auch trotz der ab Mitte der siebziger Jahre immer offenkundigeren Krise stets von neuem als überlebensfähig erwiesen hatte. Bislang hatte das Wirtschaften im Sinne eines „Durchwurstelns“ trotz aller Rückschläge immer „irgendwie“ funktioniert; es scheint, dass die Experten vor diesem Hintergrund so lange davon ausgegangen sind, die Sowjetführung könnte auch in Zukunft mit diesem Kurs erfolgreich sein. Dass die Planwirtschaft mit halbherzigen Reformen schwer zu verbessern war, ist den Wissenschaftlern dabei durchaus bewusst gewesen. Unklar war ihnen allerdings, inwiefern diese Reformansätze nicht doch stabilisierende Effekte hätten nach sich ziehen können. In dieser Hinsicht machte es sich bemerkbar, dass man es im Falle der Sowjetunion mit einem Staats- und Wirtschaftssystem zu tun hatte, für das aus der vergangenen Forschung keine Erfahrungs- und Vergleichswerte vorlagen. Insgesamt haben die fehlenden Kenntnisse der tatsächlichen Funktionsweise des sowjetischen Wirtschaftssystems zusammen mit dem Wissen um die in der Vergangenheit immer wieder eindrucksvoll bewiesene Manövrier- und Überlebensfähigkeit und der insgesamt schlechten Quellenlage mit Sicherheit dazu beigetragen, dass die Belastungsmöglichkeiten der sowjetischen Planwirtschaft zu lange überinterpretiert wurden.

Ähnliches gilt in Hinblick auf die Funktionsweise des politischen Systems. Für dessen Erklärung hatten sich die Experten unter anderem auf Interessengruppen- und Bürokratieansätze gestützt. Die mehr oder weniger intensive Integration unterschiedlicher Interessen in den politischen Entscheidungsprozess nahmen sie dabei zwar einerseits als reformpolitisch hinderlichen, andererseits aber auch als machtpolitisch stabilisierenden Faktor wahr. Nicht der Rückschluss auf eine dem Westen ähnliche pluralistische Entwicklung des sozialistischen Systems im Sinne einer Konvergenz, sondern die Ableitung von Stabilität aus dieser Erkenntnis ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung: Die auf diese Weise als stabil definierten Verhältnisse in der Sowjetführung und in den bürokratischen Apparaten gaben den Wissenschaftlern Grund zur Annahme, man könnte sämtlichen Problemen aufgrund der inneren Geschlossenheit und des gemeinsamen Interesses am Privilegien wahren Status quo

erfolgreich gegenüberreten. Vor diesem Hintergrund schlossen sie beispielsweise zu Anfang der achtziger Jahre trotz aller Probleme und Krisen einen baldigen Zusammenbruch des Regimes aus.

Wie Manfred Hildermeier betont, stehe die wachsende Bedeutung der Apparate in der nachstalinistischen Sowjetunion außer Frage. Ihrer Stabilität vor allem gegen Ende der Ära Brežnev, die auf das Zusammenwirken einflussreicher Interessen in Parteilührung, Armee und KGB zurückzuführen sei, standen die sich verschlimmernde Wirtschaftskrise, die Legitimationsdefizite und die Krise der Ideologie, die abnehmende internationale Konkurrenzfähigkeit und die desintegrativen Entwicklungen in der Gesellschaft diametral gegenüber.³⁸⁹ Die Stabilität in den politischen Apparaten mit den Krisenerscheinungen auf allen anderen Gebieten der Sowjetunion in Bezug zu setzen und aus dieser Synthese zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten abzuleiten, war mit dem isolierten Erkenntnisfokus der Interessengruppen- und Bürokratieansätzen nicht möglich. In diesem Sinne fehlte in der Tat eine umfassende „Makrotheorie“³⁹⁰.

Insgesamt betrachtet hatten Theorie- und Methodenschwierigkeiten also durchaus einen Anteil daran, dass die Sowjetunionexperten die Alarmsignale der sowjetischen Entwicklung fehlinterpretiert haben. Von einer leichtfertigen Übertragung der Fragestellungen und Forschungsansätze von den westlichen Industriegesellschaften auf die Verhältnisse des osteuropäischen Sozialismus, wie Gerhard Simon sie den Sowjetunionforschern vorgeworfen hat³⁹¹, kann vor diesem Hintergrund allerdings kaum die Rede sein. Auch haben die Experten am BIOst die Sowjetunion nicht mit den Augen eines Modernisierungstheoretikers als ein „normales“ System aufgefasst³⁹², wie dies Assen Ignatov den Osteuropawissenschaftlern pauschal anlastet. Ebenfalls als nicht stichhaltig sind Vermutungen anzusehen, in denen davon ausgegangen wird, dass die Sowjetunionexperten aus Rücksicht auf das allgemeine innenpolitische Klima und die Erfordernisse und Interessen der westlichen Entspannungspolitik im Sinne der Konvergenz- und Modernisierungstheoretischen Ansätze die Entwicklungs-, Anpassungs- und Wandlungsfähigkeiten der Sowjetunion überbetont hätten³⁹³, im Gegenteil: Sol-

389 Vgl. Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991, S. 153.

390 So Borcke u. a.: Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, S. 144.

391 Vgl. Simon: Die Osteuropaforschung, S. 33.

392 Vgl. Ignatow: Osteuropaforschung, S. 1108-1110.

393 Dass Gedanken in diese Richtung durchaus geäußert wurden, findet Erwähnung bei Simon: Die Osteuropaforschung, S. 32; sie werden ebenso aufgeführt in der Einleitung zum Sammelband der

che Überlegungen, die eine Instrumentalisierung der Wissenschaftler durch die Politik nahe legen, finden sich in den Jahrbüchern *Sowjetunion* an keiner Stelle. Nach dem Mund geredet haben die Sowjetunionexperten den Politikern in dieser Hinsicht eindeutig nicht.

Deutlich spürbar ist der Einfluss des institutionellen und innenpolitischen Kontextes jedoch in den Bereichen der Forschungsarbeit, die sich mit der sowjetischen Außenpolitik beschäftigen. Dort befand sich die unmittelbare Schnittstelle zwischen westdeutschen und sowjetischen Interessen; dies war der Bereich, wo die Einschätzung der Sowjetunion für die eigene Politik und Zukunft am meisten erforderlich war, um ohne Eigengefährdung und Risiken Entspannungspolitik betreiben zu können. Wie bereits im Verlauf der Quellenanalyse angesprochen wurde, resultierte aus diesem kontextgebundenen und politikorientierten Denken eine überdeutliche selektive und interessen geleitete Perzeption der sowjetischen Außenpolitik. Zwar versuchten die Experten, durch ein breites Themenspektrum weite Gebiete abzudecken. Dies geschah jedoch aus dem Blickwinkel deutschland- und weltsicherheitspolitischer Interessen, wie die Konzentration auf Rüstungsfragen und mögliche expansive Hintergedanken der sowjetischen Entspannungspolitik verdeutlicht.

Interessanterweise zeigten sich die Experten bereits ab 1973 den sowjetischen Entspannungsbestrebungen gegenüber sehr misstrauisch. Der Gedanke, die Sowjetunion versuche durch eine intensive Ost-West-Zusammenarbeit einen Keil zwischen die westlichen Verbündeten zu treiben, findet sich in den Beobachtungen zur sowjetischen Außenpolitik immer wieder.³⁹⁴ Die bereits zuvor geäußerte Überlegung, die Experten hätten in Rücksicht auf den westdeutschen Interessensfokus keine Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik geübt, ist somit ein weiteres Mal widerlegt, denn genau das Gegenteil ist der Fall: Nicht die Friedfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Sowjetunion wurden hervorgehoben, sondern vielmehr die Tatsache, dass diese nach wie vor als eine aggressive, „nicht saturierte Macht“³⁹⁵ einzuschätzen sei, die die Entspannungspolitik nutze, um sich Vorteile in wirtschaftlicher und rüstungstechnischer Hinsicht zu verschaffen.³⁹⁶ Ganz offensichtlich waren also nicht die Kooperationsinteressen und deutschlandpolitischen Ziele der westdeutschen Regierungspolitiker, sondern vielmehr die sicherheitspolitischen Aspekte der Öffnung in Richtung Osten

Osteuropa-Fachdebatte, vgl. Kreuzberger u. a.: Osteuropaforschung im Umbruch, S. 14, des Weiteren vgl. Simon u. a.: Verfall und Untergang, S. 11.

394 So beispielsweise in *Sowjetunion* 1973, S. 134-135 und *Sowjetunion* 1984/85, S. 266-269.

395 Vgl. *Sowjetunion* 1973, S. 134.

396 Vgl. beispielsweise *Sowjetunion* 1976/77, S. 180-184.

dominierend für die Sichtweise der Experten auf die Sowjetunion. Mit dieser ausgesprochenen Bedrohungswahrnehmung befinden sich die Wissenschaftler in den siebziger Jahren in größerer Nähe zu der negativen und misstrauischen Haltung der konservativen Oppositionspolitiker als zu den optimistischen Überzeugungen der Entspannungsbefürworter.

Die Fixierung auf den militärischen Bereich der Außenpolitik wurde durch den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Prinzip bestätigt. Wie die Experten betonten, basierte die sowjetische Weltmachtrolle zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich auf militärischer Macht; die Funktionen der Militärmacht konnten ihrer Ansicht nach zu diesem Zeitpunkt nicht durch ökonomische oder politische Stärke ersetzt werden.³⁹⁷ Aus diesem Grunde dominierte im Westen bis weit in die Ära Gorbačev hinein das Bild einer expansionistischen und feindlichen Sowjetunion.

Diese Einschätzung der Sowjetunion als militärisch starke und aggressive Supermacht scheint alle anderen Wahrnehmungen, nicht nur in den anderen Gebieten der sowjetischen Außenpolitik, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung des Staates insgesamt immer wieder überlagert zu haben. Die Sowjetunion stellte ungeachtet aller nicht zu übersehenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme nach wie vor eine Weltmacht dar, und selbst als Gorbačev nach und nach begann, die weltweiten sowjetischen Engagements einzuschränken, ließ dies zunächst keine Zweifel an dem zukünftigen Supermachtstatus der Sowjetunion aufkommen. Auch hier wurde Belastungsfähigkeit gesehen, wo eigentlich Konsolidierungsprobleme und Schwäche samt ihrer Konsequenzen hätten erkannt werden müssen. In gewisser Hinsicht wurde diese Sichtweise den Experten mit Sicherheit vom Kontext mitdiktiert. Zwar versuchten sie sich insofern von ihrem politikbezogenen Forschungsauftrag zu distanzieren, als dass sie mit Prognosen für die weitere Entwicklung der Sowjetunion sehr vorsichtig umgingen – gerade für die sowjetische Außenpolitik lassen sich wie bereits erwähnt kaum konkrete Zukunftsaussagen finden. Nichtsdestotrotz blieb der Blickwinkel in seiner Ausrichtung in diesem Bereich – stärker als für die Gebiete Innenpolitik und Wirtschaft – politikorientiert.

Darüber hinaus kommt an dieser Stelle ein weiterer Aspekt zum Tragen, der zur Betonung und Überschätzung der militärischen Stärke und Bedeutung der Sowjetunion mit beigetragen haben dürfte: die Beeinflussung durch das kollektive (Feind-)Bild, das in der BRD bis Ende der achtziger Jahre die öffentliche Meinung dominierte und weithin das bestimmende Deutungsmuster für das internationale und weltpolitische

397 Vgl. Sowjetunion 1980/81, S. 108 und Sowjetunion 1982/83, S. 71.

Auftreten der Sowjetunion darstellte.³⁹⁸ Spuren dieses antikommunistischen Feindbildes, das nach der Studie von Weller unter anderem durch die Wahrnehmung der Sowjetunion als expansive, nach Überlegenheit strebende und permanente bedrohliche Militärmacht konstituiert wurde³⁹⁹, finden sich auch in den Einschätzungen der Sowjetunionexperten. Beispielhaft dafür seien folgende Stellen genannt: Im Jahrbuch *Sowjetunion 1973* äußerten die Wissenschaftler die Vermutung, die Sowjetunion könnte mit ihrer Entspannungspolitik bewusst einen Keil zwischen die westlichen Verbündeten treiben, eine „Aushöhlung der Atlantischen Allianz“ käme ihr entgegen.⁴⁰⁰ Im Jahrbuch *Sowjetunion 1976/77* findet sich die Aussage, die Sowjetunion könnte durch ihre angebliche „Friedenspolitik“ eine temporäre Überlegenheit erreichen und auf diese Weise die westeuropäische Unabhängigkeit und den Weltfrieden bedrohen.⁴⁰¹ Auch Gorbachevs „Neues Denken“ wurde vor dem Hintergrund eines solchen Feindbildes und mit Sicherheit auch angesichts der verstärkten Westorientierung der BRD ab 1982 als doppeldeutig und westfeindlich interpretiert: Die Sowjetunion würde versuchen, mit ihrer Abrüstungsinitiative die Bindungen zwischen Westeuropa und USA zu lockern und „möglichst viele Keile zwischen die NATO-Partner diesseits und jenseits des Atlantiks zu treiben“⁴⁰², die Sicherheitspolitik der NATO zu diskreditieren und „den westeuropäischen Ländern ihr bisheriges Bedroher- und Feindbild zu nehmen.“⁴⁰³ Eine solche Interpretation des gegnerischen Handelns für ein negatives, den eigenen Interessen zuwiderlaufendes Ziel ist, wie Weller betont, ein zentrales, aus dem Feindbildschema resultierendes Muster.⁴⁰⁴

Ganz offensichtlich hat somit der Kontext der Experten Auswirkungen auf die Ergebnisse der Forschungsarbeit gehabt. Dieser Einfluss kommt in den verschiedenen Bereichen der Sowjetunionbeobachtung unterschiedlich stark zum Tragen. Man kann sicherlich nicht sagen, dass sich die Wissenschaftler gänzlich von ihm hätten beeinflussen lassen; der Zusammenhang zwischen Forschungsumgebung sowie -grundlagen und Forschungsergebnissen ist insgesamt jedoch nicht abzustreiten. Wie dargestellt wurde, hatte der Kontext einen großen Anteil daran, dass die Sowjetunion letzten Endes aus einem Blickwinkel wahrgenommen wurde, der die Interpretation der

398 Vgl. zu diesem Thema die in Kapitel 1.3 erwähnte Studie von Weller: Feindbilder und ihr Zerfall.

399 Vgl. ebd., S. 4-6.

400 Vgl. *Sowjetunion 1973*, S. 134-135.

401 Vgl. *Sowjetunion 1976/77*, S. 250.

402 Vgl. *Sowjetunion 1986/87*, S. 244.

403 *Sowjetunion 1988/89*, S. 215.

404 Weller: *Feindbilder und ihr Zerfall*, S. 4.

sowjetischen Entwicklungsmisere und der Krisen in allen Bereichen in eine falsche Richtung lenkte.

Welch abschließendes Urteil soll nun vor diesem Hintergrund über die Expertenarbeit am BIOst gefällt werden?

6 *Fazit und Ausblick*

Mit Blick auf die Leistungen und die Versäumnisse der Sowjetunionexperten sowie die Bedeutung des Kontextes für die Forschungsarbeit ergibt sich folgendes Urteil:

Auf der einen Seite haben die Wissenschaftler über Jahre hinweg insgesamt treffsichere Analysen der sowjetischen Entwicklung vorgenommen und auf diese Weise die sich auftürmende „Bugwelle von Problemen“, die die Sowjetunion in den Siebzigern und Achtzigern vor sich her schob, durchaus aufgezeigt. Schwächen, Missstände und Krisen wurden nicht übersehen oder vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik schöneredet, sondern beim Namen genannt. Auch wenn die Experten im Endeffekt mit ihren Schlussfolgerungen von einer Stabilität und Konfliktfähigkeit der Sowjetunion ausgingen, die diese nicht besaß, haben sie dennoch an verschiedenen Stellen korrekt darauf hingewiesen, in welche Richtung die beobachteten Entwicklungen langfristig einmünden könnten. Diese Leistung verdient Anerkennung und sollte nicht geschmälert werden. Sie geht jedoch in der mit Pauschalurteilen geführten Debatte um das Versagen oder Nicht-Versagen der Osteuropawissenschaften völlig unter. In diesem Sinne macht die vorliegende Arbeit darauf aufmerksam, dass es im Prinzip zu einfach ist, die rückblickende Beschäftigung mit der Forschungsarbeit von mehreren Jahrzehnten mit der Begründung, Prognosen seien nicht Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften gewesen, für irrelevant zu erklären.⁴⁰⁵ Diejenigen, die in der Fachdiskussion in *Osteuropa* auf diese Weise argumentiert hatten, machen damit weder den Vorwurf der Kritiker, die Osteuropaforschung habe versagt, substanzlos, noch werden sie den tatsächlich vollbrachten Leistungen der Sowjetunionexperten, wie sie die vorliegende Quellenuntersuchung unter anderem aufweist, gerecht. Diese werden sogar vielmehr gänzlich außer Acht gelassen. Eben nicht der Verweis auf die mangelnde Prognosefähigkeit, sondern gerade diese durchaus vorhandenen Erfolge der Forschungsarbeit lassen den pauschalen Vorwurf des Versagens zumindest für den vorliegenden Fall zweifelhaft erscheinen.

405 Vgl. Kapitel 1, S. 5.

Auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu bestreiten: Trotz vieler richtiger Erkenntnisse sind die Schlussfolgerungen der Experten insgesamt durchweg als mangelhaft zu bewerten. Zu einem großen Teil sind dafür wie zuvor ausgeführt methodische Rückstände und äußere Einflüsse verantwortlich. Die defizitäre Theorie- und Methodenentwicklung – nicht die ausschließliche Konzentration auf das eine oder andere Erklärungsmuster oder eine einseitige, wertbedingte Vorentscheidung zugunsten des Sozialismus!⁴⁰⁶ – ist dem Forschungszweig der Osteuropawissenschaften sicherlich als Manko anzukreiden. In Bezug auf die äußeren Einflüsse ist jedoch ein vorsichtigerer Umgang mit Vorwürfen und Negativurteilen angebracht, denn letztendlich ist eine komplette Ausblendung des Forschungsumfeldes und somit jeglicher kontextueller Interferenzen schlichtweg nicht möglich. Wie Klaus von Beyme betont, gibt es keine rationale und wertfreie Wissenschaft: Letztendlich geht es nie nur um innere, rationale Logik, sondern immer auch um Ziele und Interessen⁴⁰⁷, die sich in einer selektiven Perzeption manifestieren.⁴⁰⁸ Nichtsdestotrotz sollte allerdings versucht werden, all diese äußeren Beeinflussungen vergleichsweise gering zu halten. Zwar kann man nicht sagen, dass die Experten sich in ihren Analysen durchweg und ausschließlich von äußeren Einflüssen, Feindbildern und politischen Konjunkturen oder Erfordernissen haben leiten lassen.⁴⁰⁹ Wie sich gezeigt hat, ist an entscheidenden Punkten die Einwirkung dieser Faktoren jedoch groß. In dieser Hinsicht hätten die Experten wohl noch deutlicher als bereits geschehen versuchen müssen, sich von den Suggestionen des Kontextes, dem „Zeitgeist“, wie Gerhard Simon es formuliert hat⁴¹⁰, zu distanzieren.

Im Nachhinein ist es allerdings nunmehr schwerlich nachzuvollziehen und darüber hinaus auch wenig sinnvoll zu überlegen, inwiefern dies überhaupt möglich gewesen wäre und ob dies unweigerlich zu den „richtigen“ Zukunftsprognosen verholten hätte: Zu mehr als Spekulationen können solche Überlegungen kaum führen. Die zentralen Aussagen der kognitionspsychologischen Theorie der Kognitiven Dissonanz⁴¹¹ legen zumindest nahe, dass eine komplette Loslösung vom Kontext und den

406 So lautete der Vorwurf von Assen Ignatow, vgl. Ignatow: Osteuropaforschung, S. 1100-1101.

407 Beyme, Klaus von: Russland zwischen Anarchie und Autokratie. Wiesbaden 2001, S. 25.

408 Vgl. Niedhart: Einleitung: Perzeption und Politik, S. 23.

409 Dies klingt in den Vorwürfen Gerhard Simons an, vgl. Simon: Die Osteuropaforschung, S. 32.

410 Vgl. ebd.

411 Die Theorie der Kognitiven Dissonanz wurde 1957 von Leon Festinger entwickelt und stellt eine zentrale Theorie der Kognitionspsychologie dar. Vgl. Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance. Evanston, Illinois 1957.

eigenen subjektiven Einstellungen prinzipiell kaum möglich ist, denn trotz allen Bemühens um Objektivität und Reflexion gibt es immer Prozesse der Wahrnehmung und Informationsverarbeitung, die im Unterbewusstsein ablaufen und daher zu verfälschten und verzerrten Erkenntnissen führen können.⁴¹² Es bleibt jedoch Desiderat jeder zukünftigen Forschungsarbeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, sich somit des kontextuellen Einflusses zumindest bewusst zu sein, ihn zu reflektieren und nach Möglichkeit zu reduzieren. Die Grenzen gegenwartsbezogener Forschung – und damit wohl auch die Grenzen der vieldiskutierten Prognosefähigkeit – können letzten Endes allerdings kaum überschritten werden, sondern bleiben Charakteristikum dieser Art von wissenschaftlicher Erkenntnis, wie der Geschichtsphilosoph Arthur C. Danto treffend formuliert: „Nicht wissen, wie das alles noch ausgehen wird, ist kennzeichnend für das unmittelbare Erleben der Ereignisse.“⁴¹³

Abschließend ist daher festzuhalten, dass die Forschungsarbeit der Sowjetunionexperten sowohl Leistungen als auch Defizite aufweist. Weder die eine noch die andere Tatsache sollte jedoch in den nachträglichen Diskussionen überbetont oder unter den Tisch gekehrt werden, denn wie gezeigt wurde, verzerrt eine einseitige Sichtweise das tatsächliche Bild. Ohne eine grundlegende Untersuchung über die vergangene Forschungsarbeit ist solch ein differenzierender Blick kaum möglich; Urteile über Leistungen und Defizite müssen ohne ein konkretes Fundament, auf das sie sich stützen könnten, zwangsläufig pauschal und punktuell bleiben. Mit der vorliegenden Untersuchung über die Sowjetunionanalysen der Experten am BIOst wurde zumindest der erste Grundstein für dieses Fundament gelegt.

In Anbetracht des großen Zeitraums, der in der Analyse zu bewältigen war, und der Tatsache, dass nicht die Untersuchung en detail, sondern vielmehr ein grundlegender Überblick Ziel des Längsschnitts durch zwei Jahrzehnte Sowjetunionfor-

412 Menschen verarbeiten Informationen nach ihrem Grad an Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit bereits bestehenden Vorstellungen. Informationen, die nicht im Einklang mit bereits bestehenden Denkmustern stehen, werden dabei eher ignoriert oder verzerrt wahrgenommen und an die bereits vorhandenen Schablonen angepasst. Etablierte Denkschemata werden zumeist erst dann geändert, wenn solche dissonanten Informationen sehr umfangreich und überzeugend sind, siehe dazu Jervis, Robert: *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton, New Jersey 1976, S. 143 und S. 145. Dementsprechend wurden die Informationen über wirtschaftliche Fehlentwicklungen und sonstige kritische Veränderungen zwar wahrgenommen, aber dem bereits bestehenden Sowjetunionbild angepasst, das in seinen bestimmenden Grundzügen die Möglichkeit eines allmählichen und schleichenden Niedergangs der sowjetischen Weltmacht nicht vorsah.

413 Danto, Arthur C.: *Analytische Philosophie der Geschichte*. Frankfurt/Main 1974.

schung gewesen war, musste auf eine spezielle Betrachtung einzelner Aspekte verzichtet werden. Es wäre jedoch sicherlich sehr lohnenswert, mit weiterreichenden Untersuchungen an die nunmehr vorliegende Gesamtüberschau anzuknüpfen und spezifische Einzelthemen vor allem in Hinblick auf eine genauere Analyse des konkreten Zusammenspiels zwischen Forschungskontext, Politikbezug und Erkenntnismöglichkeiten der wissenschaftlichen Forschung zu vertiefen, um weitere Grundsteine für eine fundierte Diskussion zu ergänzen. Interessant wäre eine solche Untersuchung dieser Zusammenhänge und wechselseitigen Beeinflussungen auch im Hinblick auf die aktuelle westliche Wahrnehmung des heutigen Russlands und den daraus resultierenden Umgang mit Putins Regierung, denn nach wie vor ist die Einschätzung des russischen Staates von großem Interesse für die Politik in Westeuropa und in den USA. Das Wissen um die Mechanismen, politischen Notwendigkeiten, Stereotypen und (Feind-)bilder, die die westliche Wahrnehmung der Sowjetunion einst geprägt haben, und die kritische Auseinandersetzung mit diesen Einflüssen kann daher für die heutige zeitgeschichtliche Russland- und Osteuropaforschung nur von Nutzen sein.

7 *Quellen und Sekundärliteratur*

7.1 **Editierete Quellen**

Erlass über die Errichtung des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie). In: Gemeinsames Ministerialblatt, hg. v. Bundesministerium des Innern, 12. Jahrgang. Berlin/Bonn 1961, S. 250.

Sowjetunion 1973. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München 1974.

Sowjetunion 1974/75. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1975.

Sowjetunion 1975/76. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1976.

Sowjetunion 1976/77. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1977.

Sowjetunion 1978/79. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1979.

Sowjetunion 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1981.

Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1983.

Sowjetunion 1984/85. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1985.

Sowjetunion 1986/87. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1987.

Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1989.

Sowjetunion 1990/91. Krise – Zerfall – Neuorientierung, hg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München u. a. 1991.

7.2 Quellen im Internet

Bundesarchiv der Bundesrepublik Deutschland: *Protokoll der 74. Kabinettsitzung vom 6. August 1959*. Online im Internet, URL:
http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1959k/kap1_2/kap2_29/para3_6.html (Stand: 12. Oktober 2007).

7.3 Sekundärliteratur

Adomeit, Hannes: *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews* (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 48), hg. v. der Stiftung Wissenschaft und Politik. Baden-Baden 1998.

Altrichter, Helmut: *Die Auflösung der Sowjetunion*. In: *Das Ende von Großreichen* (= Erlanger Studien zur Geschichte, Bd. 1), hg. v. Helmut Altrichter und Helmut Neuhaus. Erlangen u. a. 1996, S. 283-310.

Amalrik, Andrej: *Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?* Zürich 1970.

- Anweiler, Oskar: Aspekte und Probleme der Osteuropaforschung seit 1945. In: Osteuropa 8-9/1980, S. 673-687.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt/Main 1955.
- Ash, Timothy G.: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent. München u. a. 1993.
- Baberowski, Jörg: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Kreuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 27-42 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 784-799).
- Baberowski, Jörg: Die Entdeckung des Unbekannten: Russland und das Ende Osteuropas. In: Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, hg. v. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart u. a. 2001, S. 9-42.
- Baberowski, Jörg: Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault. München 2005.
- Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre, hg. v. Carl-Christoph Schweitzer. Baden-Baden 1989.
- Behnke, Joachim/Baur, Nina u.a.: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn 2006.
- Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. Zweite Auflage München 1989.
- Beyme, Klaus von: Russland zwischen Anarchie und Autokratie. Wiesbaden 2001.
- Beyrau, Dietrich: Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplinen im Dschungel der Wissenschaften. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung, S. 43-51, hier S. 43 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 10/1998, S. 1041-1049).
- Birkenbach, Hanne-Margret: Wahrnehmungsmuster in den Ost-West-Beziehungen. Der Wandel der Perzeption der Sowjetunion in der Bundesrepublik. In: Friedensgutachten, hg. v. Klaus von Schubert, Egon Bahr u. a. Heidelberg 1988, S. 71-82.

- Bleek, Wilhelm: Politikwissenschaftliche Politikberatung in Geschichte und Gegenwart. In: Der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik, hg. v. Uwe Jens. Marburg 2002, S. 75-94.
- Bonwetsch, Bernd: Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht. In: Osteuropa 7/1992, S. 551-563.
- Borcke, Astrid von/Simon, Gerhard: Neue Wege der Sowjetunion-Forschung. Beiträge zur Methoden- und Theoriediskussion (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 6). Köln 1980.
- Brahm, Heinz: Drehscheibe der Osteuropaforschung. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Osteuropa 12/2005, S. 163-175.
- Bremer, Thomas/Meurs, Wim van u. a.: Vorwärts in die Vergangenheit? Zur Zukunft der Osteuropaforschung. In: Osteuropa 4/1998, S. 408-416.
- Bruder, Wolfgang: Sozialwissenschaften und Politikberatung (= Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 43). Düsseldorf 1980.
- Brzezinski, Zbigniew: Dilemmas of Change in Soviet Politics. New York 1969.
- Buchholz, Arnold: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Osteuropa 8-9/1980, S. 948-956.
- Buchholz, Arnold: Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Internationale Osteuropaforschung. Organisation, Finanzierung und Politikbezug (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropaforschung Bd. 9), hg. v. Arnold Buchholz. Berlin 1982, S. 84-94.
- Buchholz, Arnold: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. In: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990, hg. v. Erwin Oberländer. Stuttgart 1992, S. 238-246.
- Christophe, Barbara/Legutke, Annette: Vorwärts und nicht vergessen! Zur Zukunft der Osteuropaforschung. In: Osteuropa 11-12/1998, S. 1202-1207.
- Creuzberger, Stefan/Mannteufel, Ingo u. a.: Osteuropaforschung im Umbruch. Motive, Hintergründe und Verlauf einer Fachdebatte in Deutschland. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 13-23.

- Dallin, Alexander: Causes of the Collapse of the USSR. In: The Structure of Soviet History. Essays and Documents, hg. v. Ronald Grigor Suny. New York u. a. 2003, S. 549-564, besonders S. 551 und S. 560-562 (erstmalig veröffentlicht in: Post-Soviet Affairs VIII, 4/1992), S. 279-302).
- Danto, Arthur C.: Analytische Philosophie der Geschichte. Frankfurt/Main 1974.
- Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance. Evanston, Illinois 1957.
- Franzke, Jochen: Imperium unter dem roten Banner. Überlegungen zum Ende der Sowjetunion. In: WeltTrends 6/1995, S. 55-75.
- Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew: Totalitarian Dictatorship and Autocracy. Cambridge 1956.
- Geiss, Imanuel: Zukunft als Geschichte. Historisch-politische Analysen und Prognosen zum Untergang des Sowjetkommunismus, 1980-1991 (= Historische Mitteilungen, Beiheft 30). Stuttgart 1998.
- Geyer, Dietrich: Der Zerfall der Sowjetunion in historischer Perspektive. In: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entstehung – Entwicklung – Probleme, hg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart u. a. 1992, S. 27-36.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 2004.
- Götz, Roland: Strukturerbe und Systemtransformation in der früheren UdSSR: Erfahrungen der Perestrojka. In: Aussenpolitik 45, 2/1994, S. 166-175.
- Gransow, Volker: Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz. Frankfurt/Main 1980.
- Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss. München 1986.
- Hildemeier, Manfred: Osteuropäische Geschichte an der Wende. Anmerkungen aus wohlwollender Distanz. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46, 1/1998, S. 244-256.
- Hildemeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991: Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998.

- Hildemeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 31). München 2001.
- Horn, Hannelore: Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen. In: Osteuropa 1/1993, S. 33-43.
- Ignatow, Assen: Osteuropaforschung: Fehler der Vergangenheit aufarbeiten. Einige theoretisch-methodische Lehren aus dem Zusammenbruch des Kommunismus. In: Osteuropa 10-11/1997, S. 1099-1114.
- Jervis, Robert: Perception and Misperception in International Politics. Princeton, New Jersey 1976.
- Jesse, Eckhard: Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen. In: Totalitarismus im 20. Jahrhundert, hg. v. Eckhard Jesse. Zweite Auflage Bonn 1999, S. 9-40.
- Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Lizenzausgabe Bonn 2006.
- Kailitz, Steffen: Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung. In: Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, hg. v. Eckhard Jesse und Steffen Kailitz. Baden-Baden 1997, S. 219-250.
- Kenez, Peter: A History of the Soviet Union from the Beginning to the End. Cambridge 1999.
- Kleßmann, Christoph: Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung. In: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, hg. v. Martin Sabrow, Ralph Jessen u. a. München 2003, S. 240-262.
- Kriz, Jürgen/Lisch, Ralf: Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse. Bestandsaufnahme und Kritik. Hamburg 1978.
- Lapins, Wulf-Winrich: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse: dargestellt am Beispiel der „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutschen Zeitung“ und „Die Zeit“ im Untersuchungszeitraum 1975-1981. Diss. Bonn 1982.
- Laqueur, Walter: Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945-1992. München 1992.

- Linn, Gottfried: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse: dargestellt am Beispiel „Die Welt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ im Untersuchungszeitraum 1975-1981. Diss. Bonn 1983.
- Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung. München 1998.
- Malia, Martin: The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917-1991. New York 1994.
- Merten, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. 2. verbesserte Auflage Opladen 1995.
- Meyer, Fritjof: Nicht die Osteuropaforschung hat versagt.... In: Osteuropa 2/1998, S. 173-177.
- Mommsen, Wolfgang J.: Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis. In: Objektivität und Parteilichkeit (= Theorie der Geschichte: Beiträge zur Historik, Bd. 1), hg. v. Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen u. a. München 1977, S. S. 441-468.
- Niedhart, Gottfried: Einleitung: Perzeption und Politik im Umgang mit der Sowjetunion. In: Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, hg. v. Gottfried Niedhart. Paderborn 1983, S. 7-24.
- Oldenburg, Fred: Glasnost, Perestrojka und neues Denken. Rahmenbedingungen und Praxis sowjetischer Außenpolitik unter Gorbatschow. In: Russland – Sowjetunion – Russland. Hundert Jahre russische Außenpolitik, hg. v. Elisabeth Vyslonzil und Paul Leifer (= Wiener Osteuropastudien, Bd. 10). Frankfurt/Main 1999, S. 115-152.
- Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbačevs. In: 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, hg. v. Boris Meissner und Alfred Eisfeld. Berlin 1999, S. 121-178.
- Pfeiler, Wolfgang: Die Deutschlandpolitik Brežnevs – Kontinuität und Wandel. In: 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen

- auf das gegenseitige Verhältnis, hg. v. Boris Meissner und Alfred Eisfeld. Berlin 1999.
- Plaggenborg, Stefan: Die Sowjetunion – Versuch einer Bilanz. In: Osteuropa 7/2001, S. 761-777.
- Plaggenborg, Stefan: Macht und Ohnmacht der Sowjetunion. In: Russlands langer Weg zur Gegenwart, hg. v. Gottfried Schramm. Göttingen 2001, S. 70-83.
- Plaggenborg, Stefan: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg. Frankfurt/Main 2006.
- Rudloff, Wilfried: Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen. In: Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, hg. v. Stefan Fisch und Wilfried Rudloff. Berlin 2004, S. 13-57.
- Schössler, Dietmar: Militär und Politik. Das Sowjetunionbild in der sicherheitspolitischen Analyse. Koblenz 1983.
- Sharman, Jason C.: Vorhersage und Vergleich. Zur Osteuropaforschung in den USA. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Kreuzberger, Ingo Mannteufel, Alexander Steininger u. a. Köln 2000, S. 189-204 (erstmalig veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 821-836).
- Siegel, Achim: Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 20/1998, S. 19-31.
- Simon, Gerhard: Zeitgeschichtliche Phänomene, die es gar nicht gibt. Methodische Überlegungen zum Nationalismus in der UdSSR. In: Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde Bd. 13), hg. v. Bernd Bonwetsch. Berlin 1985, S. 95-104.
- Simon, Gerhard: Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 52-53/1992, S. 32-38.
- Simon, Gerhard/Simon, Nadja: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993.
- Simon, Gerhard: Die Desintegration der Sowjetunion. In: Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion, hg. v. Alexander Demandt. München 1997, S. 174-210.

- Staack, Michael: Die Entwicklung der internationalen Beziehungen und die Bundesrepublik Deutschland. In: Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, hg. v. Werner Süß. Opladen 1991, S. 269-286.
- Steininger, Andreas: Osteuropaforschung – gestern, heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 263-271 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 759-766).
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 3: 1955-1974. Frankfurt/Main 2002.
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 4: 1974 bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 2002.
- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Lizenzausgabe Bonn 2007.
- Umbach, Frank: Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 211-224 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 800-813).
- Vogel, Heinrich: Transformation in Russland und Probleme der politikbezogenen Forschung. Thesen. In: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, hg. v. Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel u. a. Köln 2000, S. 205-210 (erstmal veröffentlicht in: Osteuropa 8-9/1998, S. 767-772).
- Christoph, Weller: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion (= Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 18). Tübingen 1992.
- Winkler, Heinrich A.: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990. Lizenzausgabe Bonn 2005.